

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Dezember 1998
bis zum 16. Dezember 1999**

NWO-Sonderheft Nr. 101



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Dezember 1998 bis zum 16. Dezember 1999**

NWO-Sonderheft Nr. 101

Terror der Antichristen vom 01.12.1998-16.12.1999

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Dezember 1998 bis zum 16. Dezember 1999	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Dezember 1998 bis zum 16. Dezember 1999

Die deutschen Bären werden stets wie Bären tanzen, aber nie die Kette brechen. <i>Heinrich Heine (1797-1856, deutscher Dichter)</i>
--

1998

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>Es geht auch um viel Geld

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington.

... Elie Wiesel Jahrgang 1928, geboren in einem rumänischen Dorf, Kind armer, orthodox jüdischer Eltern, Friedensnobelpreisträger, ist ein Überlebender der Judenverfolgung. Er ist einer derjenigen, deren Schicksal im Mittelpunkt der Konferenz in der amerikanischen Hauptstadt steht. Geht es dort doch darum, Überlebenden späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, "Brücken zwischen Brutalität und Menschlichkeit zu bauen", wie Stuart Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, über die Beratungen sagt.

Eizenstats Chefin Madeleine Albright beeindruckt die Zuhörer, als sie berichtet, wie schmerzhaft es für sie einst gewesen sei, ihre jüdischen Wurzeln in der Tschechoslowakei wiederzuentdecken. "Ich denke jetzt oft an das Blut in meinen Adern. Es sollte keine Rolle spielen. Aber für Hitler spielte es eine Rolle und deshalb starben sechs Millionen Juden."

So zynisch es angesichts des unsagbaren menschlichen Leids erscheinen mag: In Washington geht es auch und nicht zuletzt um viel Geld, um Kunstschatze, Versicherungspolice, um Häuser und Grundstücke. Um Werte, die jüdischen Familien und Gemeinden gehört haben; sie sind enteignet und gestohlen sowie bis heute nicht zurückgegeben worden.

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat (Staatssekretär im US-Außenministerium) oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür auf-

gewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und – wo möglich – den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben – im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts. Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung. Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."

Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...

Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."

Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."

Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...

Die Deutschen und Österreicher sind froh, in Washington nicht an den Pranger gestellt zu werden. Wenn hier von Greueln die Rede ist, sind immer die "Nazis" die Täter. Und sollten auf der Konferenz klare Richtlinien für die Rückgabe gestohlener Kunstwerke formuliert werden, käme dies nicht zuletzt deutschen Museen zugute und zwar in ihrem Streit mit den russischen Behörden um einst aus der russischen Zone entführte Beutekunst.

Teilnehmer der Konferenz waren eingeladen, nach der feierlichen Tagungseröffnung das Holocaust-Museum zu besichtigen, durch einen Viehwaggon zu gehen, in dem Juden zusammengepfercht nach Auschwitz transportiert wurden, oder einen schnellen Blick auf die Fotos zu werfen, zum Beispiel von jenem kleingewachsenen Juden, der von deutschen KZ-Ärzten erstochen und zerlegt wurde, um sein außergewöhnliches Skelett einer medizinischen Sammlung zuführen zu können. Die Ärzte haben den "Vorgang" penibel dokumentiert.

Nur wenige Delegierte nahmen die Einladung an. Weit größer war der Andrang am Büfett.<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe (x169/13-15): >>... Obwohl meine Eltern bis zu ihrem Todestag die Vergangenheit jeden Tag aufs neue erlebten, verloren sie gegen Ende ihres Lebens das Interesse an dem Holocaust als öffentlichem Schauspiel.

Einer der lebenslangen Freunde meines Vaters war mit ihm gemeinsam Lagerinsasse in Auschwitz gewesen, ein scheinbar nicht korrupter Idealist vom linken Flügel, der die

deutsche Entschädigungszahlung nach dem Krieg aus Prinzip ablehnte. Am Ende wurde er einer der Leiter der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

Zögernd und mit aufrichtiger Enttäuschung räumte mein Vater schließlich ein, daß selbst dieser Mann von der Holocaust-Industrie korrumpiert worden war und seine Überzeugungen angepaßt hatte an das, was Macht und Gewinn versprach.

Als die Darstellung des Holocaust immer absurdere Formen annahm, zitierte meine Mutter gern (und ironisch) Henry Ford: "Geschichte ist Quatsch."

Die Geschichten der "Überlebenden des Holocaust" - alle waren KZ-Insassen, alle Helden des Widerstands gewesen - bildeten zu Hause eine ganz besondere Quelle der Erheiterung. Vor langer Zeit hat John Stuart Mill erkannt, daß Wahrheiten, die nicht ständig hinterfragt werden, schließlich "nicht länger als Wahrheit wirken, weil sie durch Übertreibung zur Unwahrheit werden".

Meine Eltern fragten sich oft, weshalb mich Verfälschung und Ausbeutung des Völkermords der Nazis so empörten. Der Hauptgrund ist der: Man hat ihn dazu benutzt, die verwerfliche Politik des israelischen Staates und die amerikanische Unterstützung für diese Politik zu rechtfertigen. Doch es gibt auch ein persönliches Motiv. Ich Sorge mich um das Andenken an die Verfolgung meiner Familie. Die laufende Kampagne der Holocaust-Industrie, mit der im Namen "bedürftiger Opfer des Holocaust" Geld von Europa erpreßt werden soll, hat das moralische Format ihres Martyriums reduziert auf einen Einsatz im Casino von Monte Carlo.

Doch auch abgesehen von dieser Besorgnis: Wir sollten die Integrität der historischen Überlieferung bewahren, ja, für sie kämpfen.

... (Wir) können ... durch das Studium der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht nur etwas über "die Deutschen" oder "die Nichtjuden" erfahren, sondern über uns alle. Wenn wir jedoch wirklich etwas aus der Massenvernichtung der Juden "lernen" wollen, so muß, wie ich glaube, deren physische Dimension verkleinert und die moralische Dimension vergrößert werden. Zu viele öffentliche und private Mittel sind für das Gedenken an den Völkermord der Nazis eingesetzt worden. Was dabei herauskommt, ist zumeist wertlos; es ist nicht dem Leiden der Juden gewidmet, sondern dient ihrer Erhöhung.

Es ist schon seit langer Zeit überfällig, daß wir unser Herz für das Leiden der übrigen Menschheit öffnen. Das war die wichtigste Lektion, die mir meine Mutter auf den Weg gab. Niemals hörte ich sie sagen: Du sollst nicht vergleichen. Meine Mutter stellte "immer" Vergleiche an. Zweifellos muß man historische Unterschiede machen.

Doch wenn man moralisch zwischen "unseren" und den Leiden "jener" unterscheidet, ist das selbst eine moralische Farce. "Man kann zwei Menschen im Elend nicht vergleichen", erklärte Plato, "und behaupten, der eine sei glücklicher als der andere."

Angesichts der Leiden der Afro-Amerikaner, Vietnamesen und Palästinenser lautete das Credo meiner Mutter stets: Wir sind alle Holocaust-Opfer. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Dezember 1998: >>**Russischer Kommunist fordert Zwangsarbeit**

Der kommunistische Vorsitzende des russischen Parlaments, Gennadi Selesnjow, hat sich für die Wiedereinführung der Zwangsarbeit in Rußland ausgesprochen. Massenmörder und andere Schwerverbrecher mußten zur Zwangsarbeit verurteilt werden, "damit sie Gott jeden Tag um den Tod anflehen", zitierte die Nachrichtenagentur Interfax Selesnjow. Dann könne man die Todesstrafe in Rußland abschaffen.

Zugleich begrüßte Selesnjow die Empfehlung des von Kommunisten beherrschten Parlaments das Denkmal von Felix Dserschinski, Gründer des berüchtigten sowjetischen Geheimdienstes und KGB-Vorläufers Tscheka wieder aufzustellen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Dezember 1998: >>**Keine Entschädigung für griechische NS-Opfer**

Die griechischen Wünsche nach Wiedergutmachung für Nazi-Verbrechen sind auch bei der neuen Bundesregierung auf taube Ohren gestoßen. ...

Die Bundesregierung halte das Thema für abgeschlossen und sehe keine Möglichkeit, es wieder aufzunehmen. Nach griechischen Berechnungen belaufen sich die Entschädigungsforderungen jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in Griechenland auf rund 50 Milliarden Mark. Außerdem wird eine Anleihe von 25 Milliarden Mark zurückverlangt, die zu gewähren die Bank von Griechenland vom Deutschen Reich (NS-Regime) gezwungen worden war.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Dezember 1998 über antisemitische Ausfälle führender Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands: >>**Duma: Weiter Wirbel um Antisemitismus**

Der Kreml hat die jüngsten antisemitischen Ausfälle führender Mitglieder der Kommunistischen Partei als schädlich für das Ansehen Rußlands im Ausland scharf kritisiert.

Auch der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, verurteilte am Mittwoch die Äußerungen des kommunistischen Duma-Abgeordneten Viktor Iljuchin. Trotz der Kritik der russischen Führung lehnte es die von Kommunisten beherrschte Duma aber ab, Iljuchin zu verurteilen.

Die wiederholten antisemitischen Äußerungen von KP-Mitgliedern bestätigten, daß es sich nicht um "Versprecher" oder einen "Zufall" handele, wie die Parteispitze es darstelle, sagte Kreml-Sprecher Dimitri Jakuschkin im russischen Fernsehen. Die Diskussion appelliere an "niedrigste menschliche Instinkte".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Dezember 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter**

In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.

Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 30. Dezember 1998 über ein Gespräch mit dem unermüdlichen "Nazijäger" Simon Wiesenthal: >>**Langer Kampf für das Recht**

... "Das Wichtigste war es nicht, Hunderte von Leuten vor Gericht zu bringen, sondern gegen das Vergessen zu kämpfen." Er sagte das mit Blick auf die Zukunft: "Ich wünsche nämlich nicht, daß die Enkel mitmachen müssen, was ich mitgemacht habe." ...

Glaubt Wiesenthal, daß der Holocaust vergessen wird, wenn irgendwann auch die jüngsten unter Hitlers Helfern gestorben sein werden? ...

Nein, antwortet Wiesenthal: "Der Holocaust wird auch mit dem Generationswechsel nicht vergessen. Die Geschichte selbst wird an ihn erinnern. Schandflecke in der Geschichte haben ihr eigenes Leben."

Die heftige Debatte um Walsers Frankfurter Friedenspreisrede sei exemplarisch für das Umgehen mit dem Holocaust: "Es ist eben eine Rache der Geschichte, daß - wie Walser - viele Deutsche nicht wissen, wie sie damit fertig werden sollen, wie sie bei der Sache bleiben oder wie sie aus ihr herauskommen." ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 31. Dezember 1998 (x887/...):

>>1999 - ein Jahr ungewisser politischer Experimente

Das Volk als demokratischer Souverän hat den politischen Wechsel gewählt. Nun ist dieser Souverän verunsichert ob der Tragweite seiner Entscheidung. Diese Unsicherheit wurde auch nicht beseitigt durch die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Darin bezeichnet er die Regierung als eine "Generation", die aufgewachsen ist "in dem Aufbegehren gegen autoritäre Strukturen und im Ausprobieren neuer gesellschaftlicher und politischer Modelle".

Diese Phase des "Ausprobierens" erschwert den Blick in die Zukunft und verstärkt die Unsicherheit. Wie sollen insbesondere wir Heimatvertriebene den altbekannten Satz interpretieren: "Wir wollen uns den Realitäten stellen und wieder einmal mehr Demokratie praktizieren." Oder die Aussage: "Die Rechte der Opfer von Verbrechen werden wir stärken."

Als Opfer und Überlebende der größten "ethnischen Säuberung" in der Geschichte der Menschheit haben wir den 1969er Wechsel noch schmerzhaft in Erinnerung. Unter der Maxime "Entspannung" wurden damals unsere Menschenrechte völlig ignoriert und auf dem Altar "Machtpolitik" geopfert. Dabei bedeutet Rechtsstaat "Herrschaft des Rechts". Alle Staatsorgane sind an das Recht gebunden, insbesondere das Völkerrecht wie die Grund- oder Menschenrechte. Wo immer auf der Erde Menschen leben, kommen ihnen bestimmte unveräußerliche Fundamentalrechte zu. Das ist für alle Rechtsstaaten spätestens seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 anerkannt.

Doch immer noch, mehr als 50 Jahre nach Kriegsende, kann von der Herrschaft des Rechts, von Gerechtigkeit und Frieden, keine Rede sein. Im Gegenteil, es zeigt sich, daß Unrecht und Eingriffe in elementare Menschenrechte immer noch praktiziert werden, auch in den "Rechtsstaaten". Doch sie verjähren nicht, solange die Entrechteten um Recht und Gerechtigkeit kämpfen.

Ein Beispiel: In den USA sind "Wiedergutmachungsklagen" gegen Staaten wie Unternehmen in Millionen-, ja Milliardenhöhe, an der Tagesordnung. Der US-Anwalt Ed Fagan begründet sie wie folgt: "Die Industrieunternehmen spielten eine wesentliche Rolle beim Holocaust. Sie bildeten und realisierten mit dem Nazi-Regime eine Verschwörung, um die Holocaust-Opfer bewußt zwangsweise zu verpflichten und auszubeuten und so vom Holocaust zu profitieren." Nach der "Nazigold-Konferenz" 1997 in London fand 1998 in Washington die "Holocaust-Vermögenskonferenz" statt. Wann kommt die "Vertreibungs-Vermögenskonferenz"?

Beflissentlich vergessen wird bei diesen Konferenzen, daß auf allen Seiten Opfer zu beklagen sind, die nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung "schreien" und an das moralische Weltgewissen appellieren. Mehr als 15 Millionen Deutsche flohen aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches und aus den Siedlungsgebieten der Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen oder wurden auf äußerst brutale Art und Weise vertrieben, wie die ungeheure Zahl von fast drei Millionen Vertreibungstoten zeigt. Ihren ganzen Besitz - Hab und Gut, Haus und Hof - mußten sie zurücklassen.

Mehr als zwei Millionen deutsche Soldaten und Zivildeportierte mußten in russischen Arbeitslagern Zwangsarbeit verrichten. Die meisten verhungerten, erfroren, wurden von Seuchen dahingerafft oder ermordet. Nur wenige Zehntausende wurden zum Teil erst zehn Jahre nach Kriegsende freigelassen. Es ist kein billiges Aufrechnen von Verbrechen, auch für diese Opfer Entschädigung zu fordern, sondern nur eine Gleichstellung. Denn Mord bleibt Mord, egal an wem, auf welche Art oder unter welchen Regimen auch immer er geschieht.

Nach György Konrad, Präsident der Berliner Akademie der Künste, gibt es kein höheres Interesse, durch das Vertreibungen und Deportationen zu rechtfertigen wären. "Kollektive Bestrafung und Verfolgung von Gemeinschaften, die notwendigerweise die Peinigung von ganzen Familien, Kindern, Frauen und Alten also, nach sich ziehen, können weder politisch noch religiös in irgendeiner Weise legitimiert werden. ... Jeder Deportierte, unabhängig von seiner

nationalen, ethnischen, religiösen Zugehörigkeit, hat ein Recht auf - zumindest moralische - Wiedergutmachung."

Dies betonen zu müssen ist angesichts des 50. Jahrestages der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" 1948 durch die Vereinten Nationen eigentlich beschämend für die internationale Staatengemeinschaft. Dies besonders deswegen, weil der Satzung der Vereinten Nationen sowohl die Atlantik-Charta als auch das Nürnberger Statut zugrunde liegen. Den UN wurde die Kompetenz zugesprochen, sich mit der Förderung der Achtung der Menschenrechte zu befassen. Grundrechte gelten für alle Menschen, wie die Formulierungen "Jeder Mensch hat das Recht auf ..." und "Niemand darf ..." deutlich zu erkennen geben. In Artikel 1 heißt es: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."

1999 jähren sich zum 50. Male erstens am 12. Mai die Bewilligung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneure und zweitens am 23. Mai das Inkrafttreten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz ist als Provisorium für die Übergangszeit bis zur Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen worden. Nach dem Verständnis Konrad Adenauers war die Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich völkerrechtlich identisch. Hierzu Konrad Adenauer im ersten Band seiner "Erinnerungen":

"Die Deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Aber viele, darunter auch ich, waren der Auffassung, daß Deutschland damit nicht aufhörte, als völkerrechtliches Subjekt und Objekt weiterzubestehen. Die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, die am 7. und 8. Mai 1945 erfolgte, war ein militärischer Akt, durch den der völkerrechtliche Status Deutschlands nicht ausgelöscht wurde."

Das Haus Bundesrepublik Deutschland wird politisch völlig neu gestaltet, einer ungewissen gesellschaftsverändernden Revision unterzogen. Wie es eines Tages aussehen wird und welche Veränderungen wir verkraften müssen, das ist bisher nur schemenhaft zu erkennen. Was uns Heimatvertriebene betrifft, so hat die neue Bundesregierung die Menschenrechte zum Maßstab ihrer Politik erhoben. Doch geben wir uns keinen Illusionen hin. Die erste Abfuhr haben wir bereits erhalten.

Wir Heimatvertriebene haben offensichtlich keine Rechte, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joseph Fischer es bei ihren Antrittsbesuchen in Warschau klar und unmißverständlich zum Ausdruck brachten. Die Zukunft wird nicht mit Problemen der Vergangenheit belastet. Mit anderen Worten: Den Völkermord durch Vertreibung hat es "politisch" nicht gegeben.

Dabei bleibt unverständlich, daß gerade diejenigen, die der "Gleichheit" aller Menschen wie der "Einen Welt" das Wort reden, immer wieder vor der Macht kapitulieren, das unteilbare Recht für teilbar erklären und damit ganze, insbesondere eigene (!), Volksgruppen diskriminieren. Wer "ethnische Säuberungen" als Verbrechen gegen das Völkerrecht wie die Menschenrechte brandmarkt, muß auch die Vertreibung der Deutschen als Völkermord verurteilen und ahnden.

Da wir auf der bundesrepublikanischen politischen Bühne so gut wie keine Fürsprecher für unsere Anliegen haben, müssen wir uns lauter und noch vernehmlicher auf der internationalen Bühne äußern und mehr als bisher "global" nach Verbündeten und Mitstreitern für Recht und Gerechtigkeit suchen. Wir müssen über die Ostpreußen in aller Welt unsere Vertreibung und damit den Völkermord an mehr als 15 Millionen Deutschen als "Deutsche Shoah" in der Weltöffentlichkeit bewußt machen, die wie "Auschwitz" nach Sühne und Wiedergutmachung schreit.

Die Zeit arbeitet für uns, weil wir stets auf Gewalt und Rache verzichtet und unbeugsam für eine friedliche Zukunft in Europa unter der "Herrschaft des Rechts" gefochten haben. Nehmen wir uns ein Beispiel an den jüdischen "Mithristen".

Sie ruhen nicht und artikulieren über die Jewish Claim Conference ständig das an ihnen be-

gangene Unrecht. Die individuellen Menschenrechte haben nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme sogar wieder an Stellenwert gewonnen. Hierzu haben auch sehr die blutigen Konflikte auf dem Balkan mit Massenflucht wie "ethnischer Säuberung" (Massenaus-treibung) beigetragen. Bei allen Friedensverhandlungen steht auf einmal die Frage der Rück-kehr der Flüchtlinge in die Heimat aufgrund des elementaren Rechts auf die angestammte Heimat im Mittelpunkt der internationalen Friedensbemühungen und Konfliktlösungsstrategi-en.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat am 13. Oktober 1998 eine Resolution verabschie-det, mit der alle Staaten Mittel- und Osteuropas aufgefordert werden, Enteignungen aus der Zeit des Kommunismus und Nationalismus wiedergutzumachen.

Die Vertreibung liegt einzig und allein in der Verantwortung der handelnden Staaten. Das Potsdamer Abkommen hat die Vertreibung keineswegs befohlen, sondern dem Unrecht Völ-kerkermord nur tatenlos zugesehen. Selbst die Siegermächte konnten das Völkerrecht, insbeson-dere die Haager Landkriegsordnung von 1907, nicht außer Kraft setzen, zumal sie feststellten, daß das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht.

Unsere Beharrlichkeit und unser Kampf für die Durchsetzung der Menschenrechte haben ex-emplarischen Charakter, und zwar weltweit. In einem gemeinsamen Europa wird man die iso-lierte Diskriminierung der Deutschen nicht durchhalten können, soll der Grundsatz "gleiches Recht für alle" nicht vollends zur leeren Floskel degradiert werden. Wenn Europa keine Rechtsgemeinschaft wird, dann hat es keine friedliche Zukunft. Kämpfen wir also 1999 unbe-irrt weiter für Recht und Gerechtigkeit, denn nichts ist verloren, außer man gibt es verloren.<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im Dezem-ber 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1998 (x853/...):

>>**Kirche, Zeitgeist und Geschichte**

Die Dummheit rast durch die Welt

I.

Gerade heute sollten wir fühlen, daß die Probleme der Kirche mit dem Wissen und noch mehr mit dem Verstehen der Geschichte in einem engen Zusammenhang stehen. Die Menschwer-dung Christi und damit die Existenz der Kirche kann man nicht außerhalb der Zeit und daher auch getrennt von der Geschichte sehen. Die Geschichte besteht aber nicht nur aus Daten und Fakten, sondern vor allem aus ihrem Verständnis und ihrer Auslegung. Dem Christen ist sie auch ein Stück zurückgelegten Weges zu den letzten Dingen.

Nun ist dem "reinen Historiker", der übrigens auch ein Ethiker sein muß und sich deshalb der Wahrheit (und nicht irgendeiner "These") wirklich verpflichtet fühlt, seine Arbeit in der heuti-gen Zeit unerhört erleichtert worden. Er hat nicht nur Forschungsmittel und Fernreisemög-lichkeiten, die es für seine Ahnen nicht gegeben hat, er kann mit Hilfe verschiedenster moder-ner Naturwissenschaften materielle Feststellungen machen, die seinen Vorfahren nicht zu-standen. Dafür aber scheint es heute andere, "geistige", sehr allgemein verbreitete Hindernisse zu geben, die er zu überwinden hat, um zu einem wohl ausgewogenen Urteil zu gelangen. Er muß sich zu einer "Überzeitlichkeit" durchringen. Immer wieder fühle ich mich dazu ge-drängt, den Ausspruch Chestertons zu wiederholen:

"Die Kirche allein bewahrt uns vor der erniedrigenden Knechtschaft, ein Kind seiner Zeit zu sein", eine Bemerkung, die wiederum nicht von der Warnung St. Pauli getrennt werden kann: "Gleicht euch nicht dem Aion an (Römer 12,2)", wobei dieser Ausdruck mit "Welt", "Zeit" oder "Zeitgeist" übersetzt werden muß.

Nun sehen wir rückblickend in die Vergangenheit, die Gegenwart ist "augenblicklich" und die Zukunft kann man bestenfalls erraten, zu "konstruieren" versuchen, vielleicht sogar "sehe-risch" erfassen, wobei die Möglichkeit des Irrtums allerdings überaus groß ist. Falsche histori-sche "Voraussagen" gibt es massenhaft und selbst bei den Richtigen besteht das Problem der

zeitlichen Erfüllung.

Die große Schwierigkeit, der der katholische Christ in seiner "Kirchlichkeit" jedoch gegenübersteht, ist die Einwirkung des Zeitgeistes, der heute weitgehend glaubensfremd ist und ihm die menschliche Zwiefalt eindeutig darstellt. Das erste Buch Moses sagt ihm (Genesis 1,26), daß der Mensch als Gottes Ebenbild geschaffen wurde, es sagt ihm aber auch (Genesis 8,21), daß der Sinn des Menschen von seiner Kindheit an auf das Böse gerichtet sei.

Das aber verschweigt ihm die Moderne, die von der Ursünde nichts wissen will, und unbedingt auch Satan kassieren möchte. Außerdem wird dem heutigen Menschen von allen Seiten zugeflüstert, daß es keine Ewige Seligkeit gebe und man das Tal der Tränen in das Paradies auf Erden "umorganisieren" kann. Das wäre vielleicht nicht immer sehr einfach, doch hilft uns da der "Fortschritt". Zwar gäbe es da auch manchmal Rückschläge, über die man hinwegsehen müsse (denn die erste Hälfte unseres Jahrhunderts war nicht sehr erfreulich), aber das Gute setzt sich automatisch dank des Fortschritts letztendlich eben doch durch.

Die Lebenserwartungen der Menschen steigen, die Medizinern werden zwar nicht billiger, aber doch besser, kranke Organe lassen sich ersetzen, die Zahl der Kinder, um die man sich mühen muß, wird kleiner, die Züge, Flugzeuge und Autos werden nicht unbedingt sicherer, aber schneller, zwar steigt die Kriminalität, und die Scheidungsrate (wodurch Kinder ihre autoritären Eltern zum Teil los werden), auch die Selbstmorde vermehren sich, doch in der EU wird niemand mehr hingerichtet, Diktaturen brechen zusammen, es steigen die Gehälter, aber immer weniger Leute bekommen Arbeit; denn diese übernehmen Roboter und Büromaschinen, die nicht ermüden und keine Sozialversicherung oder Karenzurlaube brauchen. Warum sich also ängstigen?

Kurioserweise ängstigt man sich aber doch, und damit der "Frust", die Unzufriedenheit, der Unmut, die Verdrossenheit. Dies sind nur zu oft die Folgen eines sehr subjektiven Gefühls der Absurdität des Lebens, wie es der Atheist Sartre sehr logisch feststellte, für den auch die Geschichte eines jeden Menschen die eines Scheiterns war. Diese gottlose Verzweiflung soll man vergessen, denn der Fortschritt siegt doch auf der ganzen Linie.

Aber warum tut da die Kirche bei diesem Streben nach irdischem Glück nicht mit? Was hat sie gegen Sexshops, Priesterinnen und Schwulereien? Warum sagt sie immer wieder "Nein", kommt mit Warnungen, Einschränkungen und Verboten? Will sie da am Ende uns die Hoffnung an das irdische Paradies nehmen? Ohne Glauben an "die Menschheit" wären wir ja alle verloren, darum auch das endlose Gerede um die Menschenrechte und kein Wort über die Menschenpflichten. Es lebe die selbstverherrlichende Anthropolatrie (gottähnliche Verehrung eines Menschen)! ...

II.

Das unmittelbare irdische Glück ist das große Anliegen der "Ibkas", der guten Leute, die sagen: "Ich bin katholisch, aber". Dem wahren katholischen Christen, der noch dazu ein Kenner und Interpret der Geschichte ist, regt der Stand der Dinge nicht übermäßig auf, denn er weiß um die Vergänglichkeit ... außer er hat Kinder und Enkel, denen das Wissen und auch die dazugehörige Reife fehlen, um zur Gegenwart Distanz zu haben. Um seine Nachkommen muß er sich kümmern.

Der "Ibka" ist kein einfacher "Fall", denn er mag sowohl ein um die Kirche ehrlich besorgter Mensch sein (der zu jedem Opfer bereit ist) oder ein Randgläubiger, der es selbst nur bequemer haben möchte. Beide unterschreiben die "Kirchenvolksaufbegehren". Sie verbindet nur Eines: das fehlende Vertrauen in die Kirche und die Versprechungen Christi.

Den Mann (oder die Frau) aus der zweiten Gruppe, muß man erst einmal bekehren. Man muß ihn vom "Rand" zurückholen, vom Absturz retten. Den ehrlich "Besorgten" muß man in drei Richtungen "angehen" - in der Psychologie, der Theologie und der Geschichte. Und geschichtlich wieder mit Tatsachen und ihrer Auslegung, damit er ihre Lehren versteht. Das heißt aber

auch, daß man ihm erklärt, wo er sich, in welcher Lage er sich befindet.

Ein geniales dreibändiges Buch eines verstorbenen Freundes hieß "Ortsbestimmung der Gegenwart". Und eine solche muß man dem Ibka geben, denn er weiß nicht, wo er sich geschichtlich aufhält und welche Faktoren auf ihn einwirken. Er ist eben "ein Kind seiner Zeit". Daher muß er vor allem einmal begreifen, was seine Zeit und der Zeitgeist darstellen und wie er sich von ihnen zu befreien hat. Das ist natürlich für jeden denkenden Menschen wichtig, vor allem aber für den Christen, der auch das Diktum Jacques Maritains kennt, daß die Welt Gottes, des Menschen und des Teufels ist, den wir jetzt endlich auch mit dem letzten Wort des Vaterunsers erwähnen.

III.

Rückblickend sehen wir in der Geschichte die "Urzeit", die auch Abraham, den Vater des Volkes Israel erwähnt, die Inkarnation, das Frühchristentum, die Antike und ihren Untergang. Dann das Mittelalter und die lange Zeit, die es brauchte, bis unsere Vorväter das hohe Niveau der Antike wieder erreicht und die islamische Kultur und Zivilisation überflügelt hatten.

Dann kommt die Reformation als Reaktion auf die Renaissance und den christlichen Humanismus und der steile Aufstieg zu den Höhen des 17. und 18. Jahrhundert, die unserer katholischen Welt ihr heutiges Profil gab. Doch ein entarteter Zweig des Humanismus, der in seiner Anthropolatrie eine Welt ohne Gott schaffen will und über den Deismus in die Erste Aufklärung gleitete, brachte die Französische Revolution hervor, eine sadistische Sexorgie, in der Mütter mit ihren Kindern in Bäckeröfen langsam gebraten und andere ebenso scheußliche Untaten, zum Teil vom Marquis de Sade inspiriert, begangen wurden.

Es ist dieses grauenhafte Gift, das philosophisch, ideologisch, politisch und moralisch das ganze 19. Jahrhundert durchsetzt und zersetzt, bis es in der Form von riesigen Geschwüren auftrat, die da und dort in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Platzen kamen. Man mache sich jedoch keine Illusionen. Das Gift ist noch lange nicht ausgeschieden und das Ärgste mag immer noch kommen - selbst im Vereinten Europa, von den anderen Kontinenten ganz zu schweigen.

IV.

Was aber sahen wir im 19. und 20. Jahrhundert? Zuerst einmal das, was Jacob Durckhardt die "Schulerei" nannte, das allmähliche Ende des Analphabetentums und dann, unaufhörlich fortschreitend, die "Bildung" der Volksmassen, die aber freilich nur sehr graduell vonstatten gehen konnte. Das erbrachte einen Zustand, in dem nunmehr die Halbgebildeten die Viertelgebildeten führen und verführen.

Heute aber stehen wir schon mitten in der Krise des Schreibens und Druckens und vor der absoluten Herrschaft des Bildes im Verein mit dem gesprochenen Wort. Die Schrift mußte noch "geistig übertragen" und "übersetzt" werden, der Fernsehschirm mit dem begleitenden Laut überwältigt jedoch unmittelbar, nicht zuletzt weil es keinen Augenblick des Überlegens gönnt. Ernst Jünger berichtet von einem Gymnasiasten, der gestand, daß das Fernsehen doch viel "natürlicher" sei als das Lesen.

Soweit nun bei uns die Kenntnis der Geschichte bei den Vielen vorhanden ist, kommt sie von einer gesteuerten Elektronik vielleicht eher denn von der "Schulerei". Das Problem des geschichtlichen Denkens (und Planens) ist also größer geworden.

Nun aber ist unsere Regierungsform nicht etwa die "Volksherrschaft" (denn eine solche ist praktisch völlig ausgeschlossen), sondern das Dominium der Vertreter einer Mehrheit über eine Minderheit der Bevölkerung. Eine solche Herrschaft hat bedeutend mehr "Gewicht" als die einer Einzelperson, die übrigens durch ein Attentat, ein "facinus memorabile", leicht beseitigt werden kann. Böse Mehrheiten lassen sich nicht so leicht ausrotten".

Die Beschwerde des Aristoteles, daß in Athen nunmehr nicht mehr die Qualität, sondern die Quantität regiere, gilt auch für unsere Zeit. Da alle Bürger gleich sind, die Mehrheit herrscht,

das Wissen aber nur von kleinen, wenn nicht kleinsten Minderheiten vertreten wird, leben wir in einem Zustand der umgestülpten Pyramide.

Die "Basis" regiert mit ihren Repräsentanten über die wirklichen Eliten. Unsere populäre und akklamierte Regierungsform, die sich auch dank des militärischen Sieges des "Westens" und der moralischen Niederlage der geographischen "Mitte" und des "Ostens" durchgesetzt hat, bildet ein ideologisches Faktum, das in alle erdenklichen Richtungen ausstrahlt.

Ein "Politikum" dringt mit seiner Botschaft in alle Lebensbezirke ein, was uns ja eigentlich nicht überraschen sollte, denn eine Form der Herrschaft, die auf dem Konzept eines restlos "verpolitisierten Volkes" beruht, ist ja schon in ihrem Ansatz totalitär. In Tirol, wo ich lebe, wird genau so wie in Belgien der nichtwählende Bürger bestraft. (Schon in Athen war der politisch uninteressierte und untätige Bürger als "idiotes" eine Zielscheibe der Verachtung und des Spotts).

V.

Unter diesen Umständen - die Herrschaft der Massen ohne Wissen und nur mit zeitlich begrenzter Erfahrung rein gefühlsmäßig urteilend -, ist ein historisches Empfinden, Denken und Reflektieren nicht zu erwarten, denn (siehe das Motto am Anfang unseres Artikels) ein solches ist eben nur bei einem vom Geist beleuchteten Wissen um die Vergangenheit möglich.

Lernen kann man ja nur durch das Studium und die Erfahrung, nicht durch utopische Träume. (Die Tatsachen und die Daten sind bitter notwendig, aber sie allein genügen nicht). Vergessen wir da nicht zwei Warnungen: "Niemals können wir von der Geschichte Urlaub nehmen!" und "Wer die Geschichte ignoriert, wird dazu verdammt, sie zu wiederholen!"

Auch Disraeli erinnerte uns daran: "Finality is not the language of politics - Endgültigkeit ist nicht die Sprache der Politik"! Gewiß nicht, denn auch die Geschichte geht weiter, und daß sie weitergeht, kann nicht bestritten werden, wohl aber wie sie weitergeht: das ist die brennende Frage und weist auf unsere Verantwortung hin". Nichts Naturhaftes bleibt unverändert. Nur das Übernatürliche kann es sein.

Das heißt aber nicht, daß das Naturhaft-Natürliche nicht Regeln unterliegt, die wiederum einen übernatürlichen Charakter haben können. Deshalb besteht für uns, die in die Zukunft wandern, die Möglichkeit, aus der Vergangenheit, also aus der Geschichte zu lernen, und zwar nicht zuletzt aus dem, was in ihr dauernd wirkt oder auch wiederholt in Erscheinung tritt. Da haben wir zum Beispiel die Überzeugung von Plato, Aristoteles und Polybios, daß Monarchien sich über Aristokratien und Demokratien auf die Tyrannis hin entwickeln. Polybios nannte dies Anakyklosis, "Kreisbewegung".

Natürlich ist der zeitliche Rhythmus in verschiedenen Kulturen und Epochen nicht derselbe und auch auf dem Globus nicht synchronisch eingerichtet, doch in groben Zügen ist diese Gesetzmäßigkeit sehr wohl zu erkennen, deutlich so in den letzten 200 Jahren und ganz besonders in unserem Jahrhundert, wobei freilich längere, oft sogar sehr lange Perioden mit bloßen Übergangsperioden abwechseln oder auch gewisse Formen synthetisch zusammenfallen.

VI.

In einer solchen Synthese leben wir auch heute im Herzen Europas. Sie wird durch zwei Ideale bestimmt: durch die Freiheit und die Gleichheit, deren innere Widersprüchlichkeit unseren einfacheren Zeitgenossen in der Regel verborgen bleibt, denn geistlos plappern sie das programmatische Schlagwort der Französischen Revolution nach: "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit".

Die Gleichheit ist offensichtlich nur in der Sklaverei und durch Zwang möglich - nicht in Freiheit. Sie hat, wie wir schon einmal früher feststellten, keinen Platz im Neuen Testament, das R. L. Bruckberger OP eine Verkündigung menschlicher Ungleichheit genannt hat, denn vor allem sind wir ungleich vor Gott. (Ganz anders steht es um die Freiheit, von der der heilige Paulus sprach)!

Wenn wir eine gleichmäßige Gartenhecke haben wollen, müssen wir sie periodisch beschneiden, bei gleichen Noten in der Schule müßten die Dummen mit Gewehr im Anschlag bis Mitternacht büffeln und die Klugen mit Alkoholien traktiert und dauernd vor den Fernsehschirm gesetzt werden um zu verblöden.

Aber nicht nur der Gegensatz von Freiheit und Gleichheit, auch die wachsende Ignoranz der Wähler als auch der Gewählten angesichts der steigenden Probleme einer Weltpolitik weist auf die Notwendigkeit einer radikalen Neuordnung hin, die sicherlich einmal kommen wird, denn der Abgrund zwischen den Scita und den Scienda klappt stets weiter auf. Wir leben eben in einer Epoche, die eine geschichtliche, geographische, soziologische, volkpsychologische, politische, technische, agrarische, biologische und wohl nicht zuletzt finanzielle und wirtschaftliche Bildung globalen Charakters allseitig notwendig macht, ein Ziel, das aber offensichtlich gar nicht erreicht werden kann.

Unsere angeblich als so fortschrittlich gepriesenen Regierungsformen waren vielleicht für kleine Dorfgemeinschaften im Hochmittelalter ideal, nicht aber für Großstaaten (oder Großföderationen) im 20. und 21. Jahrhundert. Denken wir da an den musikalischen Clown in einem amerikanischen Wanderzirkus, der sich über den Golfkrieg den Kopf zerbrechen soll oder auch an die nette Kellnerin im Kaffeehaus, die über eine Reform der Einfuhrzölle befragt wird.

Und die Volksvertreter? Wer auf einem Motorrad fahren will, muß eine strenge Prüfung ablegen. Wer gewählt wird und vielleicht über das Wohl und Wehe von Millionen verfügt, braucht lediglich "vegetativ" ein bestimmtes Lebensalter erreicht zu haben.

Das ist natürlich auch nicht viel anders in jenen Ländern, die kein Listenwahlrecht haben, sondern rein in abgegrenzten Wahlkreisen für Kandidaten stimmen. So in England oder in den Vereinigten Staaten. Nun muß man sich stets daran erinnern, daß das Hauptziel der Parteien oder der Einzelkandidaten nicht das Wohl des Landes, sondern das Gewinnen der nächsten Wahl ist. Keine Mehrheit, keine Macht! Ihr werden auch Grundprinzipien erbarmungslos geopfert.

Nun aber hat bei der Personalwahl die Persönlichkeit des Kandidaten eine ausschlaggebende Bedeutung. Ist diese für die Vielen abstoßend oder anziehend? Da spielt in unserem Jahrhundert die Erotik (viel eher als die Sexualität) eine ausschlaggebende Rolle, und dies umsomehr als die große Mehrheit der Kandidaten männlichen und die der Wähler weiblichen Geschlechts ist. Da kommt dem "Applaus der Damen" eine ungeheuere Bedeutung zu. Hätten die Männer bei Gelegenheit auch dieselbe Schwäche? Zweifelsohne.

VII.

Gerade dank dieser Irrationalität der Wählereien, hatten wir ja auch zum Teil den Aufstieg und zeitweiligen Triumph von ideologischen Bewegungen und ideologisch ausgerichteten Tyranneien, die zwar "populistische" Ursprünge hatten, aber dann methodisch und ... (brutal) recht erfolgreich sich in Szene setzten.

Wir sagten "zum Teil", weil sie eine angebliche Sicherheit anstatt Freiheit versprachen, und Freiheit interessiert schöpferische Eliten viel eher als die Massen. Vergessen wir nicht, daß, wie wir schon sagten, die Sozialpyramide politisch umgestülpt wird und die breite "Basis" nun obenauf liegt. Totalitäre Parteien und Systeme triumphierten nach ihrem anfänglichen Aufstieg geschichtlich später nur deswegen nicht, weil ihre gottlosen Grundideen grundfalsch waren und sie innerhalb dieser buchstäblich Gefangene waren. Als die Darwinisten und die Marxisten sich im Herzen Polens mit ihren blutroten Fahnen trafen, hatte die "Moderne" einen großen Sieg errungen.

Beide Ideologien, die internationalsozialistische und die nationalsozialistische, haßten die Freiheit und mit der Freiheit die Ungleichheit als auch die Verschiedentlichkeit. In ihren Reichen sollte es nur Gleiche und Gleichartige geben. Das grausige Experiment mißlang. Die

Braunen wurden im Kampf besiegt und die Roten gingen auf die banalste Weise in den finanziellen Bankrott wie eine Gemischtwarenhandlung an der nächsten Straßenecke. Ihre Ideologien waren "modern", das heißt: nichts wert.

Natürlich gehörten beide der extremen Linken an, sie waren ja nur Konkurrenten, nicht Feinde. Sie fanden in Europa ein jähes Ende ihrer Macht, was wir 1945 und 1989 (bezeichnenderweise fast zugleich mit der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution) erlebt haben. Das brachte uns einerseits ganz großes Leid, war andererseits sehr erfreulich für die ganze Welt, hatte aber einen sehr üblen, vielleicht sogar fatalen "politpsychologischen" Nebeneffekt.

VIII.

Wieso das? Was wir 1945 und 1989 sahen, war der Sieg der Französischen über die Deutsche und Russische Revolution. Also scheint dem leider gar nicht so "mündigen" Bürger die Ordnung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit freien Wahlen, Mehrheitsherrschaft und Pressefreiheit das überlegene System, als die "Endstation" einer Entwicklung, das "Ende der Geschichte", das gegen "Extremisten" aller Art verteidigt werden müsse.

Es hatte sich ja so schön bewährt! Es ist also allen anderen Systemen faktisch überlegen! Es ist doch die ideologielose "Mitte", die nur das Glück aller Menschen hier auf Erden im Auge hat, denn es ist reiner Humanismus! Da haben wir also eine Verehrung "des Menschen" und auch der "Menschheit" unter dem Banner der Toleranz.

Dieses Zauberwort hören wir aus allen Ecken und Enden. Unsere Ordnung mit ihren Wurzeln im Jahre 1789 soll, weil sie im Grunde die Richtige und die Wahre ist, erhalten und nur ausgebaut und verbessert werden, denn sie verspricht, wie die anderen totalitären Ideologien das Paradies auf Erden. Und das Paradies auf Erden macht ja die jenseitsbezogenen Religionen völlig überflüssig. Das Heil kommt nicht von Gott, den man im Notfall als "Obersten Architekten", für den Menschen unerreichbar, in Pension schicken kann, sondern das macht sich die Menschheit selbst.

Der Umstand, daß diese Auffassung irrational ist, stört die Massen nicht, denn das (stets kritische) Denken ist "elitär", das Fühlen aber ist völlig allgemein und eint uns auch mit dem Tierreich. Selbst Bettwanzen, Ohrwürmer und Blattläuse haben nicht nur Instinkte sondern auch Gefühle. Nur der Mensch denkt. Unser vorherrschendes politisches System ist jedoch rein hedonistisch und außerdem "amateuristisch". Es fußt weder auf Denken, noch auf Wissen, noch auf Erfahrung.

Hans-Hermann Hoppe, Professor an der Universität von Nevada, wies in einem brillanten Essay darauf hin, daß unsere politische Ordnung einen völlig infantilen Charakter angenommen hat. Das Kleinkind will alles sofort haben. Es kann nicht damit getröstet werden, daß es das Gewünschte später bekommt, vielleicht erst, wenn es erwachsen ist.

Die Monarchie hingegen kann in Dezennien, ja selbst in Generationen planen. Sie kann Geschichte statt bloße Politik ins Auge fassen. Und Monarchen können selbst vom Beginn an für ihren Beruf vorbereitet werden. Sie erben ihren Beruf, so wie es auch traditionell bei uns in Handwerkerfamilien stattfand. Der Vater war ein Schneider, so wurde es sein Sohn, so auch sein Enkel. Sie verfertigten Anzüge: schlechte, mittelmäßige oder gute.

Schuster, Philosophieprofessoren, Automechaniker, Advokaten oder Kanalräumer können hingegen überhaupt keine Anzüge produzieren. Europa erlebte bis zu 1789 eine Glanzzeit, es ging im 19. Jahrhundert durch eine innere Krise, 1918 und 1945 erfolgten die Abstürze. Heute aber sind unsere Völker "unhistorisch" geworden. Man sehe sich nur einmal die Wappen von Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien an. Und wenn man nicht mehr allein zu stehen vermag oder wagt, schließt man sich mit anderen zusammen. Das müssen Schwache tun. Und das geschieht auch jetzt.

IX.

Auf dem Rücken der amerikanischen Dollar-Note stehen Symbole und die Worte "Novus Or-

do Seclorum" ("Neue Ordnung der Jahrhunderte"). Und damit tröstet sich der egalitäre Spieler, darauf baut er auch, richtet sich darin ein und ist bereit, mit allen Mitteln "Alternativen" dazu zu unterdrücken, zu verfolgen oder mundtot zu machen - wobei er allerdings mit der liberalen Komponente des Systems in einen innerlichen Konflikt gerät. Wer das PC-Prinzip nicht achtet, soll gefälligst den Mund halten. Man darf nicht vergessen: "majoritär" steht nahe zu "totalitär"!

Alles rein Irdische ist nun einmal vergänglich. Man kann lediglich die Feststellung machen, daß verschiedene Phänomene langlebig und andere kurzlebig sind. Die Eintagsfliege lebt kürzer als der Elefant oder gewisse Schildkröten. Über den Tod zu reden, wirkt im Neuheidentum "obszön". Doch der christliche Rationalist weiß ganz genau, daß nach der "Moderne" eine andere Epoche kommt, und natürlich auch, daß die Demokratie keineswegs "modern" ist, sondern lediglich die Wiederbelebung einer Ordnung, die in Attika schon vor rund 2.400 Jahren militärisch und politisch bankrott war.

Politische Formen, historische Einrichtungen, kulturelle Epochen kommen und gehen. Hätte man freilich (mit unserem geschichtlichen Wissen) im Jahre 70 vor Christus einem Römer gesagt, daß seine Republik bald zu Ende gehen werde, wäre er beleidigt und entrüstet gewesen. (Wie stolz war er doch vom Senatus Populusque Romanus regiert zu werden)! Hätte man von diesem Gespräch einem seiner Nachfahren anno 250 A.D. berichtet, wäre der nur wenig erstaunt gewesen.

"Aber inzwischen würden wir sagen". "Inzwischen hat sich doch nichts geändert!" wäre seine Reaktion. "Senatus Populusque Romanus - diese Inschrift sieht man doch überall!" "Aber ihr habt doch Kaiser - Imperatoren!" "Imperator heißt General! Generäle gibt es auch in Republiken!" Doch zehn Jahre später ließ sich der "Imperator" - es war Diokletian - eine goldene Krone auf den Kopf setzen und verlangte, daß man vor ihm niederknie. Da endlich war es den Römern klar, daß ihre Republik vor 300 Jahren den Weg allen Fleisches gegangen war.

DAS KREUZ STEHT, ABER DIE WELT VERGEHT. Vergessen wir das nicht!

X.

Die einzige unzweifelhaft richtige Aussage über den Schreiber dieser Zeilen, die man machen kann, ist die, daß er sterben wird. Sogar bald. Doch der genaue Zeitpunkt bleibt in Gottes Hand. Unsere meisten Zeitgenossen können, beziehungsweise wollen nicht an das Ende unserer geschichtlichen Periode glauben, an der sie mit fast religiöser Überzeugung hängen.

Sie sind sogar überzeugt, daß sie ziemlich gerade ohne Abweichungen weitergehen, größere materielle Sicherheiten, eine längere Lebensdauer, eine bessere Gesundheit und weitere sexuelle Freiheiten bringen wird. Und wer diesen irdischen Optimismus in Frage stellt, wer die Tabus bricht, diese (anscheinend doch so unaufhaltbare) "Entwicklung" in Frage stellt, ist ein Störenfried. Wer am Glauben an den alles befreienden Fortschritt rüttelt, gehört zum Schweigen gebracht.

Nun ist doch gerade der materielle, der technische Fortschritt alles andere als befreiend, er bedingt nicht nur eine ganze Unmenge bürokratischer Vorschriften - man denke da nicht nur an die gesetzlichen Vorschriften, die sich vom Bau eines Automobils bis zum Augenblick erstrecken, da sich der Fahrer an das Lenkrad setzt, sondern auch an die Ängste, die uns von der hochentwickelten Chemie und der Physik bedrohen. Dazu kommen alle unsere neuen Abhängigkeiten. Wenn die Gänsefeder versagte, dann nahm man eine andere. Die Havarie im EDV-Gerät kann gleich eine kleine Tragödie hervorrufen. Die Technik bedeutet nicht immer Freiheit. Sie erfordert sogar die strikteste Disziplin.

Doch wer nicht "fortschrittlich" ist, an der Zweiten Aufklärung nicht teilnimmt, nicht mitglaubt und nicht mittut, dessen Überzeugungen nicht "zeitgemäß" und der die "Zeichen der Zeit" nicht wahrnimmt und sich nach ihnen richtet, der ist in der großen Agnostik ein Spielverderber, der muß den Mund halten, der Muß einfach weg. Das gilt von Einzelpersonen.

Aber auch von ganzen Körperschaften.

XI.

Da gibt es die katholische Kirche. Sie "stört die Kreise". Eine führende Enzyklopädie, der Zweiten Aufklärung devot und ergeben, merzt unter neuer Leitung in ihrer letzten Ausgabe Denker aus, die dem Fortschritt "unbequem" sind, und schreibt von unserem Herrn und Heiland, daß er keine Kirche gegründet hat. Der "kleine Mann", der seine Weisheit aus diesen Bänden holt, ist nun endlich "aufgeklärt". Mit einer Mischung von Bestürzung und Erleichterung nimmt er diese Botschaft auf, hat er nun doch ein Alibi, die Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen!

Da gibt es Leute außerhalb der Kirche, denen sie der Feind des "Fortschrittes" und damit des Paradieses auf Erden ist. Schon in der Ersten Aufklärung hörten wir das *Ecrasez l'Infame*. In allen möglichen Variationen hören wir das allerdings immer noch, manchmal leiser, manchmal lauter. Würden wir es nicht mehr hören, wäre ich sehr beunruhigt, denn Christus versprach uns, daß wir gehaßt und verfolgt werden. Eines aber erscheint mir auch sicher, daß Paulus in Rom vor seiner Enthauptung nicht die Menschenrechte zitiert oder die Christen im Kolosseum um mehr "Toleranz" gebettelt hatten.

Nein, unser Problem hier ist ein anderes. Es betrifft unsere lieben Progressisten im mystischen Leib Christi, die in ihrem Denken und Streben gleich zwei grobe Fehler begehen: sie wollen, um nicht unliebsam aufzufallen, sich nicht nur persönlich an den Zeitgeist angleichen, sondern auch die ewige, weltweite (katholische) Kirche lokal modernisieren und sie damit in geographischer Chronolatrie "provinzialisieren". Das haben allerdings schon die Entsteller des Zweiten Vatikanums getan, als sie in einem internationalen Zeitalter die Kirchensprache "nationalisierten".

Sehen wir zur Abwechslung einmal diese Haltung nicht von einem theologischen, sondern ganz banal von einem weltweiten, einem praktischen und psychologischen Standpunkt an, dessen sich ja unsere so sorgenvollen Papamäleone so oft rühmen, auch wenn sie sich einbilden, "die Kirche" und nicht nur ein "Publikum" zu sein. Was also würden ihre Kalkulationen eintragen? Schon allein das Fast-Monopol der "Volksprache" und der "Volksaltar" (die mich an die Volkspolizei und die Volksdemokratie erinnern) und keine Forderung des Zweiten Vatikanums sind, haben nicht zum Ansturm auf die Sonntagsmessen, pardon, Eucharistiefiern geführt.

Auch muß man in Betracht ziehen, daß rituelle Änderungen, die lokal gefordert werden, in einem globalen Zeitalter auf allerlei Schwierigkeiten stoßen, weil es in vielen Ländern nicht nur verschiedene Nationalitäten gibt, sondern auch weil unsere Mobilität gestiegen ist. Man reist in alle Richtungen und nicht jedermann ist polyglott (mehrsprachig). Dazu kommen Forderungen, die dem Zeitgeist entgegenkommen, aber unerfüllbar sind, weil sie der Heiligen Schrift wortwörtlich oder auch der Natur widersprechen. Es sind nun einmal fast alle Forderungen unserer Progressisten direkt oder indirekt vom Geist der Revolution von 1789 diktiert, haben also einen antichristlichen Charakter.

Doch wie würde es sich auf lange Sicht hin auswirken, wenn man anstatt die Barke Petri zu steuern, versuchte, sie einfach den Winden und Strömungen zu überlassen - und alle Moden mitmachen, um dadurch den Applaus des Publikums zu erringen.

Nein, die Kirche braucht einen Steuermann und muß, zwar zu allen Zeiten, besonders aber heute, gegen den Wind segeln. (Was aber mit Intelligenz und Eleganz, nicht spießig-verbissen getan werden soll). Das weiß natürlich der Geschichtsbewußte, der auch den Spruch des Tacitus kennt: "Tutpe est de proaevo nescire - Es ist eine Schande die Vorfahren zu ignorieren". Der "Futurist" aber kennt und respektiert die Ahnen und ihr Erbe nicht. Er ist in jeder Hinsicht wurzellos, und die nicht fest verwurzelte Pflanze kann jeder Wind umwerfen. Das sah man nur zu deutlich!

Doch selbst der moderne Mensch ist nicht nur ein Papamäleon. Er sucht, ob er es nun weiß oder nicht, auch den Abglanz der Ewigkeit hier auf Erden. Es tröstet ihn zu wissen, daß die Kirche sich eben nicht immer wie die Damen des Jet-Sets den jeweiligen Moden unterwirft. Seitdem schon die Erste Aufklärung das Werk der Reformatoren in ihr Gegenteil pervertierte, haben wir hier das erschreckende Beispiel einer Konfession, die immer "mit der Zeit" ging, während unsere Kirche – auch gerade im Mittelalter - mit den weltlichen Mächten und nicht nur mit Regierungen im Streit lag, dabei aber nie vergaß, daß der Herr uns versprach, bis zum Ende der Welt bei uns zu bleiben.

Unsere "Ibkas" mit weniger Geschichtssinn als stichelhaarige Zwergdackel begreifen nicht, daß die Lehtreue der Kirche durch die Jahrtausende ein magischer Teil unseres Kapitals ist. Altbischof Stählin von Oldenburg sagte es klipp und klar: "Eine Kirche, die nicht anstößt, kann auch nicht anziehen!"

Absolut sicher ist aber, daß das jetzige Zeitalter zu Ende kommen wird, im "Westen" und auch anderswo". Höchstwahrscheinlich kommt eine Rückkehr zu einer vertikalen Ordnung, für Kirche und Glaube die Möglichkeit - aber auch nur die Möglichkeit! - sich etwas heimischer zu fühlen als heute, in einer Zeit, da Wissen, Erfahrung, Treue und Redlichkeit auf ein Minimum gesunken sind.

Aber auch wenn die kommende Vertikalität heidnischer und böser sein wird als der horizontale Sumpf, in dem wir heute leben, so dürfen wir nicht verzagen, denn Christus hat verkündet, daß Kirche und Glauben von den Pforten der Hölle nicht überwältigt werden.<<

Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (x268/197): >>... Eine grundlegende Form des Sozialhilferechts würde auch den vermeintlichen Arbeitskräftemangel schnell beheben; denn seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert.

Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte ein repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt" mit zwei Kindern monatlich netto 2.738 DM zur Verfügung gegenüber 2.659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung. Hier betrug die obige Relation 2.112 DM zu 2.279 DM.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 1999 über den Bau eines neuen Conti-Werkes in Rumänien: >>... In die neue Fabrik in der westrumänischen Stadt Timisoara (Temesvar) nahe der ungarischen Grenze werden insgesamt mehr als 100 Millionen DM investiert, wie Continental am Montag mitteilte.

... Die neue Niedriglohnfabrik werde den konzerninternen Wettbewerb der Standorte verschärfen, räumte ein Conti-Sprecher ein. Aber das sei so gewollt. Trotz steigender Reifen nachfrage sei die Umstrukturierung der Hochlohnstandorte nicht vom Tisch. "Ein Ausruhen gibt es nicht."

Ziel sei es, den Anteil der Produktion in Niedriglohnländern von derzeit über 30 % auf 40 % zu erhöhen. ...<<

Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie soll danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...):

>>... **1. Die 68er**

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen

und in den schließlich erreichten Positionen unermesslichen Schaden in Deutschland angerichtet.

Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randalen zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat.

Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.

Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO₂-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom.

Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks.

Was sind das für Leute, deren Aufgabe es war, die Energieautarkie in Deutschland zu zerstören und das Land fast ganz von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus dem Ausland abhängig zu machen?

Wie oben erwähnt, waren es die 68er, also meist politisierende Studenten, sehr oft Soziologen und Politologen, die von der Frankfurter Schule beeinflusst waren, die Revolution machen oder alles kurz und klein schlagen wollten. Sie sollten die Bevölkerung gegen die sehr leistungsfähige deutsche Nuklearindustrie aufhetzen mit schlagkräftigen Parolen. Diese Studenten hatten nie erkannt, wie die großen Leistungen in Deutschland zustande gekommen waren, nämlich durch beharrliche zielgerichtete gemeinsame Arbeit des ganzen Volkes, geleitet durch

verantwortungsbewußte Eliten, durch die konstruktive Zusammenarbeit von Industrie, Hochschulen, Finanzinstituten und Staat. Vor allen Dingen nicht durch endloses Palavern und Abschieben der Verantwortung auf anonyme Gremien.

Die Leistungen, welche die 68er vollbracht haben, sind eher bizarr, sie liegen z.B. auf rhetorischem Gebiet. So ist ihnen die Einführung des großen Binnen-I gelungen (StudentInnen, WählerInnen usw.). Eine weitere kulturelle Großtat war, daß der fortschrittliche 68er Redner mit offenem Hemdkragen, 5-Tage-Bart, Jeans und Krokodillederschuh zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine Wahlrede halten kann, ohne die weibliche Hälfte der Menschheit zu diskriminieren, indem er seine Zuhörer dauernd mit der Floskel "Meine lieben Wählerinnen und Wähler" anredet, während der Parteigegner nur die Wähler anspricht, was ihn als Macho disqualifiziert. ...

Es ist erstaunlich, zu welch absonderlichen und krausen Ideen das menschliche Gehirn fähig ist, wenn es sich nicht an der Realität orientiert, sondern an Ideologien und suggerierten Meinungen, wie es für die 68er charakteristisch ist. Da wegen der verschiedenen Bildungsreformen seit 1945 ihr Intellekt wenig entwickelt und suggestiv stark verformt ist, können sie mit klaren Begriffen wenig anfangen. Sie führen deswegen dauernd neue schwammige Schlagworte in die Sprache ein – z.B. Nachhaltigkeit, Trauerarbeit, Betroffenheit, Hinterfragung ...- über die in Talkshows und in Feuilletons palavert wird.

Was nun sind die herausragenden Leistungen der 68er und ihrer Nachfolger?

Vor allen Dingen haben sie den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken verhindert oder behindert, den Bau der Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsanlage unterbunden, den Bau von Autobahnen, Flughäfen, Eisenbahnen (Transrapid), Kanälen boykottiert, die technische Entwicklung gebremst. Sie haben Umbenennungen von Straßen und Kasernen durchgesetzt, die verleumderische Wehrmachtsausstellung organisiert, Denkmäler zerstört ebenso wie das ganze Kulturleben der Nation, für Schwule und Lesben demonstriert, geschützte Wege für Kröten und Frösche anlegen lassen, neue Behörden geschaffen (Ausländer-, Frauen-, Gleichstellungsbeauftragte).

Sie haben Frauenhäuser organisiert, für Naturschutzparks und Biotope plädiert, (sowie verhindert), wo es etwas zu verhindern gab. Sie haben die Quotenfrau erfunden und den Trauerarbeiter. Sie kämpfen gegen den Leistungsdruck in den Hochschulen und sind die Erfinder der Sekundärtugenden und anderer Unsäglichkeiten aus dem Narrenhaus, über die seit Jahren in Feuilletons, Workshops und Talkshows auf hirnrissige Art in 68er Lyrik palavert wird. Weitere revolutionäre Ideen waren: das Fahrrad als Verkehrsmittel der Zukunft propagieren, den Mützenschirm der Kopfbedeckung nach hinten drehen, anscheinend zum Schutz des Nackens usw. ...

Sie haben die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Industrie behindert.

Vor allen Dingen haben sie es durchgesetzt, daß die erneuerbaren Energien mit erheblichen Staatsmitteln gefördert werden, ohne gleichzeitig die Speicherung dieser Energien durch Wasserstoff zu entwickeln. Ohne Speichermöglichkeit sind die erneuerbaren Energien in dem Industriestaat Deutschland völliger Unfug.

Nach den Wünschen unserer anglo-amerikanischen Freunde sollten die 68er nicht nur Randalen machen, Häuser besetzen, Straßenkämpfe mit der Polizei und Sitzblockaden veranstalten, Häuserwände und Eisenbahnwagen beschmieren, Kernkraftwerke belagern usw., sondern wirklichen Schaden in Deutschland anrichten. Dazu brauchten sie als Operationsbasis eine demokratisch legitimierte Partei, welche Regierung und Verwaltung beeinflussen konnte. Außerdem brauchten sie eine Klientel von gleichgesinnten Protestierern und Sympathisanten, die man vor allen Dingen in der studentischen umerzogenen Jugend fand.

In den Parteien der Umweltschützer und Grünen sah man die geeigneten Bundesgenossen, die nun flugs auf bolschewistische Art unterwandert und umfunktioniert wurden, unterstützt vom

Wohlwollen der Frankfurter Schule, von Geheimdiensten, von den Medien und einigen Ministerien. Bei den Grünen hatte man die Macht schnell in den Händen, bei anderen Parteien dauerte der Marsch durch die Institutionen länger.

So sind die Grünen (die ehemaligen 68er) jetzt die besten Helfershelfer der angloamerikanischen Globalisierer, die die Weltherrschaft anstreben. Nur dürfen das ihre Anhänger nicht wissen, die ja inzwischen auch von der Globalisierung betroffen werden. Genausowenig dürfen sie wissen, daß sie mit ihren Antikernkraft- und CO2-Kampagnen Millionen Deutsche dem Hungertod preisgeben, da Deutschlands Existenz von seiner Industrie und damit von ausreichender Energieversorgung abhängt.

Diese Leute ohne Realitätssinn und in Unkenntnis technischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge haben die Energieversorgung Deutschlands auf eine Basis gestellt, die das Land unweigerlich in den Abgrund führt. Statt der Versorgungssicherheit des Landes unbedingte Priorität zu geben, haben sie, als sie in der Regierung waren, den Einflüsterungen aus New York und London Folge geleistet und die blühende deutsche Nuklearindustrie vernichtet, mit verderblichen Folgen nicht nur für Deutschland, denn ohne Nutzung der Kernenergie – vor allen Dingen des in Deutschland entwickelten Hochtemperaturreaktors - wird die Welt in Kriegen und Chaos versinken.

Denn der Energiebedarf der Welt wird in den nächsten Jahren gewaltig steigen, weil die Entwicklungsländer nach mehr Wohlstand für ihre Völker streben.

Welches waren die Argumente der 68er, mit denen sie die Vernichtung der deutschen Nuklearindustrie begründeten?

Sie behaupteten, der Ausstieg aus der Kernenergie und der Abbruch der laufenden Entwicklungsarbeiten und Umfunktionierung der entsprechenden Institute sei nötig, weil diese Technik

- Radioaktivität produziere und damit lebensfeindlich sei,
- weil die Wiederaufarbeitung der Abfallprodukte der Kernreaktoren gefährlich und die Endlagerung nicht gesichert sei,
- weil die Brennstoffversorgung nicht gesichert sei,
- weil Tschernobyl die Gefährlichkeit der Kerntechnik gezeigt habe,
- weil Terroranschläge auf nukleare Einrichtungen zu befürchten seien,
- weil die Kerntechnik unwirtschaftlich sei.

In einem jahrelangen Streit wurden diese Punkte von ausgewiesenen Fachleuten widerlegt.

Da die 68er diese Sachargumente nicht widerlegen konnten, wurden die Experten als Lobbyisten der Atomindustrie und als Fachidioten verleumdet. Es war für sie halt offenkundig, daß die Kerntechnik Teufelswerk ist und nur dem Vorteil der Großindustrie dient. Dieses Dogma verteidigen sie bis heute mit Zähnen und Klauen. Die 68er sind auf Grund ihrer mangelhaften Vorbildung gar nicht in der Lage, komplizierte naturwissenschaftlich-technische Zusammenhänge zu durchschauen oder beurteilen zu können - ich meine hier nicht die 68er von der Randal-Fraktion, sondern ihre Intelligenzia (Intelligenz in sozialistischen Staaten) aus den Ministerien, Feuilletons, Instituten und Kanzeln.

Die Stichworte und Argumente für ihre Aktionen kamen aus London und New York, unterstützt wurden sie in ihrem Tun durch diverse nichtstaatliche Organisationen, Logen, Medien, selbst Ministerien und Banken. Auch wenn es nicht allgemein bekannt ist: Banken und andere Finanzinstitutionen gehören zu den wirkungskräftigsten Verhinderern der Kernenergie und anderer Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland.

Sie haben in dieser Hinsicht die gleichen Interessen wie die 68er. Nur darf es keiner wissen. Denn durch den Bau von Kernkraftwerken und durch Infrastrukturmaßnahmen werden große Kapitalmengen niedrig verzinst gebunden, die somit nicht mehr für Spekulationszwecke zur

Verfügung stehen. Neue Energietechniken (HTR, Kohleverflüssigung, Biomassevergasung, Wasserstofftechnik ...) sind forschungsintensiv, Forschung erfordert Ingenieurleistung und kostet Geld, das dann nicht mehr in die Banken fließt. Wenn in Deutschland Kernkraftwerke gebaut würden, kämen viele große Banken in erhebliche Schwierigkeiten. Die Banken nehmen also gerne die kostenlosen Dienste der 68er in Anspruch.

Im folgenden soll kurz auf die einzelnen Argumente eingegangen und ihre Stichhaltigkeit bewertet werden. Dazu ist zunächst eine kurze Beschreibung der Kernkraftwerke erforderlich.

2. Kernkraftwerke

Kernkraftwerke dienen dazu, hohe Temperaturen zu erzeugen. In Druckwasserreaktoren (sie sind die üblichen heute betriebenen Reaktoren) werden ca. 350° C erreicht, in Hochtemperaturreaktoren ca. 1.000° C. Wegen dieses Temperaturniveaus sind Druckwasserreaktoren geeignet als Wärmequelle für Dampfturbinen, die mit einem Stromgenerator gekoppelt sind und so Elektrizität erzeugen. Hochtemperaturreaktoren erzeugen Prozeßwärme für chemische Prozesse, z.B. Kohlevergasung oder Methansynthese. Bei der Kohlevergasung sinkt die Temperatur des im Kernreaktor aufgeheizten Kühlmittels (Helium) von 1.000° C auf ca. 600° C. Mit einem Wärmeträger dieser Temperatur läßt sich über geeignete Turbinen Elektrizität erzeugen.

In konventionellen Kraftwerken wird die Wärme durch Verbrennung von Kohle, Erdöl oder Erdgas erzeugt wie in Zentralheizungen. In Kernkraftwerken geschieht dies durch die bei der Spaltung von Urankernen in Kernreaktoren frei werdende Energie. Das natürliche in Mineralien vorkommende Uran besteht aus 0,7 % Uran 235 (Uran mit dem Atomgewicht 235), das durch Neutronen gespalten werden kann, und aus 99,3 % Uran 238, das nicht spaltbar ist, aus dem aber durch Anlagerung von einem Neutron mit nachfolgender Emission von zwei Beta-Teilchen das Plutonium 239 entsteht. Dieses stark radioaktive Plutonium (Alpha-Strahler) ist spaltbar. Man nennt diesen Vorgang der Herstellung von Pu 239 im Kernreaktor **Brüten**.

Für den Betrieb von Druckwasserreaktoren muß der Anteil von Uran 235 von 0,7 % auf ca. 3-5 % angehoben werden. Dies geschieht in Urananreicherungsanlagen. ... Der sehr kleine Atomkern setzt sich zusammen aus positiv geladenen Protonen und ungeladenen Neutronen. Der Kern von Uran 235 enthält 92 Protonen und 143 Neutronen. Er ist umgeben von 92 Elektronen. Der Kern von Uran 238 hat 92 Protonen und 146 Neutronen. Die Protonen und Neutronen im Kern werden durch Kräfte zusammengehalten, die millionenfach größer sind als diejenigen, die Moleküle (z.B. Erdöl- oder Erdgasmoleküle) zusammenhalten. Diese Energien werden bei der Spaltung der Kerne (oder Zersetzung der Moleküle) frei.

Die Kernspaltung wird durch ein nicht zu schnelles Neutron verursacht, das in einen U 235-Kern eindringt. Der Kern gerät dabei in Schwingungen und zerplatzt, wobei 2-3 Neutronen freigesetzt werden, die weitere Spaltungen bewirken (Kettenreaktion) oder Plutonium 239 erzeugen (Brüten). Außerdem entstehen zwei mittelschwere Kerne; die fast immer radioaktiv sind (Zerfallsprodukte). Nur die Kerne sind stabil, d.h. nicht radioaktiv, bei denen die Neutronenzahl zur Protonenzahl in einem ganz bestimmten Verhältnis zueinander steht.

Druckwasserreaktoren

Der eigentliche Druckwasserreaktor (DWR) besteht aus einem dickwandigen zylindrischen Metallbehälter (ca. 5 m Durchmesser, 13 m Höhe), in dem die Brennelemente, die Steuerstäbe und das Kühlmittel untergebracht sind. Die Brennelemente bestehen aus ca. 5 m langen Rohren (Durchmesser etwa 11 mm), die mit kleinen Tabletten (ca. 9 mm Durchmesser) aus Uranoxid gefüllt sind.

Das verwendete Uran besteht aus ca. 3-5 % Uran 235 und 95-97 % Uran 238. Diese Rohre sind oben und unten zugeschweißt und werden vom Kühlwasser umströmt, wobei die bei der Kernspaltung entstandene Wärme abgeführt wird. Das Wasser hat auch die Aufgabe, die bei der Kernspaltung emittierten Neutronen hoher Geschwindigkeit abzubremesen. Die langsamen

Neutronen bewirken eher eine Kernspaltung als die schnellen. Das auf ca. 330° C erhitzte Wasser wird in einen Wärmetauscher gepumpt, wo das Wasser zum Antrieb einer Turbine aufgeheizt und verdampft wird.

Hochtemperaturreaktoren (HTR)

Der HTR unterscheidet sich vom Druckwasserreaktor vor allem durch seine Brennelemente und seine temperaturbeständigen keramischen Konstruktionswerkstoffe. Die Brennelemente bestehen aus Körnern von etwa 1 mm Durchmesser, die aus einem Gemisch von Thoriumdioxid und Urandioxid bestehen.

Diese Körner sind von drei sehr festen und sehr dichten Grafitsschichten umhüllt. Etwa 15.000 dieser Körner sind zu einer Kugel von 6 cm Durchmesser zusammengepreßt und gesintert, die so gut wie unzerstörbar ist. Das Thorium 232 selbst ist nicht spaltbar. Aus Thorium 232 entsteht aber im Reaktor durch Anlagerung eines Neutrons mit anschließender zweimaligen Emission eines Beta-Teilchens das künstliche Uran 233 (kommt in der Natur nicht vor), das wie das U 235 durch langsame Neutronen spaltbar ist.

Die Neutronen für die Umwandlung von Th 232 in U 233 erhält man durch die Spaltung von stark angereichertem Uran 235 (90 %), das man in Form von Urandioxid dem Thoriumdioxid zu etwa 5 % beimischt. Die beschichteten Körner bestehen also aus einer Mischung von 95 % ThO₂ und 5 % UO₂, die von drei sehr dichten und festen Grafitsschichten umhüllt sind. Alle bei der Kernspaltung entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte verbleiben in diesen Körnern.

Der eigentliche Reaktorbehälter ist ein Zylinder von ca. 5 m Durchmesser und 6 m Höhe, der in seinem unteren Teil trichterförmig ausgebildet ist. In diesem Zylinder befinden sich die Steuerstäbe und ca. 650.000 Brennelementkugeln, die allmählich durch den Reaktor wandern und über den unteren Trichter ausgeschleust werden können. Die Kugeln werden durch Helium gekühlt, das von oben nach unten zwischen den Brennelementen hindurch strömt, wobei das Gas eine Temperatur von knapp 1.000° C annimmt bei einem Druck von ca. 40 bar.

Der Reaktorkern ist mit hochtemperaturfestem Grafit ausgekleidet. Das heiße Helium dient dazu, in geeigneten Öfen Kohle zu vergasen. Dabei sinkt seine Temperatur auf ca. 500° C. Die Restenergie dieses abgekühlten Heliums wird verwendet zur Erzeugung von hochgepresstem Dampf, mit dem über eine Turbine Elektrizität erzeugt wird. Ca. 90 % der Reaktorleistung dienen der Kohlevergasung, 10 % werden für die Erzeugung von Strom verwendet. Im HTR wird kein Plutonium erzeugt. Dieser Reaktor ist absolut betriebssicher. Die radioaktiven Zerfallsprodukte sind sicher in den grafitbeschichteten Partikeln eingeschlossen.

Die Entwicklung dieses Reaktors THTR 300 in Hamm-Üntrop wurde 1989 aus politischen Gründen in Deutschland eingestellt. Südafrika und China haben die Blaupausen der Technik übernommen. Die Serienproduktion des HTR soll 2011 in Südafrika beginnen, um vor allen Dingen Märkte in Entwicklungsländern zu bedienen.

3. Radioaktivität

Durch die Spaltung von U 235 und Pu 239 entstehen erhebliche Mengen an stark strahlenden Substanzen. Deren hochenergetische Strahlungen (Alpha-Teilchen, Beta-Teilchen, Gamma-Strahlen, Neutronen) können die DNS-Moleküle der menschlichen Zellen beschädigen, welche die Baupläne der biologischen Zellen enthalten. Leben, also die DNS-Moleküle gibt es seit drei Milliarden Jahren auf der Erde, als deren natürliche Radioaktivität noch wesentlich höher war als heute.

Die Biologie kennt seit dieser Zeit Methoden, Fehler der DNS-Strukturen zu reparieren, wenn sie nicht zu massiv auftreten wie bei einer Atombombenexplosion. Der Blitz einer explodierenden Atombombe - er ist heller als tausend Sonnen und dauert einige Sekunden - enthält außer der sehr intensiven Wärmestrahlung eine sehr starke hochenergetische Röntgenstrahlung, die den gesamten Körper durchdringt und dabei den größten Teil der DNS-Moleküle

und andere Moleküle im Zellverband beschädigt. Das ist tödlich. Denn die neu entstehenden Körperzellen entstehen nach einem falschen Plan oder erfüllen nicht mehr ihre vorgesehenen Funktionen.

Die bei der Explosion einer Atombombe entstehenden radioaktiven Zerfallsprodukte sind im Augenblick der Explosion nicht wirksam, da sie mit der sehr heißen Luft im Explosionszentrum als Gase in sehr große Höhen transportiert werden, wo sie sich durch Luftströmungen weit verbreiten und allmählich als radioaktiver Niederschlag abregnen. Es muß also klar unterschieden werden zwischen der tödlichen Wärme- und Röntgenstrahlung einer explodierenden Atombombe und der radioaktiven Strahlung der Zerfallsprodukte, die ähnliche Strahler enthalten wie die Zerfallsprodukte eines Kernreaktors.

Wie schädlich ist diese radioaktive Strahlung?

Bei der Entwicklung der Röntgentechnik waren viele Forscher jahrzehntelang sehr hohen Dosen von Röntgenstrahlung ausgesetzt, was auf Dauer zu erheblichen Schäden an den betroffenen Körperteilen und Organen (z.B. Krebs) und sehr oft zum Tod führte. Ähnliche Schäden sind durch Leuchtziffern von Armbanduhren hervorgerufen worden, bei denen die Ziffern stark strahlende radioaktive Präparate enthielten. Vor allen Dingen die mit der Herstellung der Ziffernblätter Beschäftigten trugen im Laufe der Jahre erhebliche Schäden an den Händen davon.

Es ist bekannt, daß unsere Umwelt seit jeher radioaktiv ist.

Die allgegenwärtige natürliche Radioaktivität setzt sich zusammen aus der Bodenstrahlung, aus der Radioaktivität der Luft und aus der Höhenstrahlung. Die Bodenstrahlung wird verursacht durch die radioaktiven Elemente im Erdinneren, hauptsächlich Thorium Uran, Kalium. Sie bewirken zum großen Teil die hohen Temperaturen im Erdinneren. Die Radioaktivität der Luft entsteht durch radioaktive Gase, die aus dem Erdinneren kommen, hauptsächlich Radon (Radon 220 und Radon 222 sind Alpha-Strahler und Zerfallsprodukte von U 238 und Th 232). Die Höhenstrahlung ist eine extrem energiereiche Strahlung aus dem Weltraum, die vermutlich von Supernova-Explosionen herrührt. Pro Sekunde durchdringen ca. 10 dieser Teilchen den menschlichen Körper. Es ist nicht bekannt, daß durch diese natürliche Strahlung jemals ein Lebewesen geschädigt worden ist.

Die Strahlenwirkung auf den biologischen Organismus wird in rem gemessen. Das rem gibt die durch durchdringende Strahlung hervorgerufene Energieabsorption von 1 Gramm Körpergewebe an. ... Die natürliche Strahlenbelastung ... (für die Bevölkerung der USA ist z.B.) ... tausendmal größer als die durch Kernkraftwerke verursachte.

4. Wiederaufarbeitung und Endlagerung

Die Brennelemente des Druckwasserreaktors enthalten 3-5 % spaltbares U 235 sowie 95-97 % nicht spaltbares U 238. Der U 238-Kern fängt im Reaktor ein Neutron ein. Durch anschließende Emission von zwei Elektronen entsteht aus dem Uran 238 das Plutonium 239, das von Neutronen gespalten werden kann sowie die weiteren Plutoniumisotope Pu 240, Pu 241 (spaltbar) und Pu 242. Der Reaktor hat also neuen Brennstoff Pu 239 und Pu 241 erbrütet. Dieses Plutonium kann man aus den abgebrannten Brennelementen herauslösen und für die Herstellung neuer Brennelemente (oder von Atombomben) verwenden. Die Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente hat folgende Ziele:

- Herauslösung des stark alpha-strahlenden Plutoniums aus den abgebrannten Brennelementen, das damit nicht in die Endlagerung kommt, sondern durch Kernspaltung für die Energiegewinnung verwendet wird,
- Gewinnung wertvoller radioaktiver Präparate, vor allen Dingen Transurane für die Medizintechnik.

Das spaltbare Plutonium wird allerdings von den Atommächten in großem Umfang für den Bau von Atombomben verwendet. Man braucht nur etwa 7 kg Plutonium, um eine Bombe zu

fabrizieren. Je tausend Megawatt Reaktorleistung werden im Jahr etwa 250 kg Uran 238 in Plutonium umgewandelt.

Im Jahre 1964 wurde in Karlsruhe eine Prototyp-Wiederaufbereitungsanlage in Betrieb genommen, 1971 die Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft KEWA gegründet. Ziel dieser Einrichtungen war es, optimale Verfahren für die Wiederaufarbeitung und Endlagerung zu finden. Nach dem heute üblichen Purex-Verfahren werden die abgebrannten Brennstäbe in kleine Stücke zerschnitten, ihr Inhalt in Salpetersäure aufgelöst. Mit chemischen Verfahren kann man nun Uran- und Plutoniumverbindungen voneinander trennen. Die Spaltprodukte werden in flüssiger Form in geeigneten Behältern zwischengelagert. Später konzentriert man sie und verglast sie mit Hilfe eines Glasbildners.

Dieser verglaste Abfall wird in 150-l-Behältern aus Spezialstahl verpackt. Die Behälter sollen in Deutschland in stillgelegten Salzbergwerken (Asse bzw. Gorleben) endgelagert werden, 600-1.000 m unter der Erdoberfläche. Diese Salzlager sind vor 200-300 Millionen Jahren entstanden, als urweltliche Meere austrockneten. Seitdem sind sie von der Biosphäre vollständig getrennt. Ein Kontakt zur Biosphäre kann nur durch Wasser bewirkt werden, welches, wenn es in den Salzstock eingedrungen wäre, das Salz aufgelöst und zum Verschwinden gebracht hätte.

In einem Kraftwerk mit einer Leistungsabgabe von 1.000 MW entstehen im Jahr etwa 2 Kubikmeter verglaster Abfall. Diese Spaltprodukte strahlen nach einer Lagerzeit von 100 Jahren nicht stärker als Uranerz, da der größte Teil der Strahler zerfallen ist, wobei stabile Kerne entstanden sind.

Die im Kernreaktor erbrüteten Transurane (Plutonium, Americium usw.) haben allerdings Halbwertszeiten von vielen Millionen Jahren. In den USA wurde in den 80er Jahren das Truex-Verfahren entwickelt, bei dem die Transurane abgeschieden werden. Nur noch diese müssen verglast werden, so daß das Verglasungsvolumen nur noch 20 Liter beträgt statt der 2.000 Liter beim Purex-Verfahren. Die schwach- und mittelaktiven Abfälle werden in Zement eingebettet, was genau so sicher aber wesentlich billiger als die Verglasung ist.

Wie man sieht, waren die Probleme der Wiederaufarbeitung und Endlagerung gelöst.

Die 68er und die Grünen hingegen behaupteten das Gegenteil, unterstützt von allen Medien, einigen "Experten" und manchen Verwaltungen. Die deutschen Wiederaufbereitungsaktivitäten wurden eingestellt, die Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen Reaktoren erfolgt seitdem für teures Geld in La Hague in Frankreich. Was war der Grund dafür, daß dauernd neue Verdächtigungen gegen die Wiederaufarbeitung und Endlagerung vorgebracht und die technischen Lösungen der Probleme nicht zur Kenntnis genommen wurden?

Erstens haben die Herrschaften die Technik nicht verstanden, zweitens sind Kernreaktoren ohne Endlagerungsmöglichkeiten radioaktiver Abfälle nicht denkbar und drittens wird bei der Wiederaufarbeitung spaltbares Plutonium gewonnen, mit dem sich die Uranvorräte erheblich strecken lassen, mit dem aber auch Atombomben hergestellt werden können. Das mit den Atombomben durfte man offen nicht sagen, denn unsere Freunde in USA, Frankreich, England, aber auch in Rußland oder China bauen ihre Atombomben mit Plutonium, das in ihren Kernreaktoren erbrütet wird. Also wurden nach bewährter Manier verschiedene Antiplutonium-Kampagnen inszeniert:

- Plutonium ist das schlimmste Gift,
 - Es verseucht die Welt für Milliarden Jahre mit seiner Radioaktivität,
 - Die "Plutonium-Wirtschaft" ist die größte Bedrohung, welche die Menschheit je erlebt hat.
- Diese Behauptungen sind purer Unsinn. Sie dienten nur dazu, die deutsche Energie-Autarkie zu verhindern. Durch die Nutzung des in den Reaktoren erbrüteten Plutoniums wäre die Energieversorgung in Deutschland sicherer und kostengünstiger geworden und das radioaktive Plutonium beseitigt worden.

Seit den 60er Jahren beschäftigte man sich zunächst in den USA, später auch in Europa mit der Entwicklung schneller Brüter, in denen aus Uran 238 durch Beschuß mit schnellen Neutronen das spaltbare Plutonium 239 hergestellt wird. Als Ausgangsmaterial für den Brutprozeß stand das Uran 238 zur Verfügung, das in den Kernreaktoren keine Verwendung fand. Das Uran hätte auf diese Weise für die Energiegewinnung zu ca. 70 % ausgenutzt werden können statt der ca. 0,5 % bei der alleinigen Nutzung von Uran 235 im Druckwasserreaktor. Auf diese Weise wäre die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert gewesen.

Der schnelle Brüter erzeugt Plutonium, das im gleichen oder einem anderen Kernreaktor zur Energiegewinnung verbraucht wird. In Deutschland ging der Schnelle Brüter SNR 300 in Kalkar am Niederrhein im Jahre 1981 in Betrieb, heftig beföhdet von 68ern und den Medien. Die Entwicklung des SNR 300 wurde daraufhin 1991 eingestellt.

Im September 1996 genehmigte die Bezirksregierung in Düsseldorf den Umbau der Reaktoranlagen zu einem Freizeit- und Vergnügungspark, wie die von den Anglo-Amerikanern gesteuerte Internetfirma Google (www.google.de) mit Befriedigung berichtet. Wenn die Deutschen wüßten, wie man sie verhöhnt!

Auch der im Abschnitt 2 (Kernkraftwerke) beschriebene Hochtemperaturreaktor ist ein Brüter. In ihm wird aus nicht spaltbarem Th 232 das durch langsame Neutronen spaltbare U 233 gebrütet. Der THTR 300 in Hamm-Uentrop wurde im September 1989 endgültig stillgelegt. Mit der durch die Anglo-Amerikaner provozierten Annullierung der großen Kernkraftprojekte in Buschir (Persien) und Angra dos Reis in Brasilien (siehe auch Abschnitt 8) und der Einstellung der Arbeiten am Hochtemperatur-Reaktor und am schnellen Brüter war die deutsche Nuklearindustrie zugrunde gerichtet.

Um einen Wiederaufbau zu verhindern, wurden gleichzeitig die großen Kernforschungsanlagen in Jülich und in Karlsruhe umfunktioniert. Sie durften sich fortan mit erneuerbaren Energien und Umwelttechnik beschäftigen. Der deutsche Michel klatschte Beifall, wie es ihm die Grünen und die Medien empfahlen. Die produzierende deutsche Wirtschaft ist seitdem auf Talfahrt, wie die Arbeitslosenstatistik beweist.

5. Brennstoffversorgung

Die 68er bezweifelten, daß es genügend Uran auf der Erde gebe zum Betrieb der Kernkraftwerke. Auch dabei haben sie sich getäuscht, nicht nur, weil sie den schnellen Brüter übersehen haben, der für sie nur ein Ungeheuer der Plutonium-Wirtschaft ist. Außerdem nahmen sie den Thorium-Hochtemperaturreaktor THTR 300 nicht zur Kenntnis, der mit Thorium betrieben wird.

Ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1 Gigawatt benötigt im Jahr ca. 175 Tonnen Natururan (0,7 % U 235, 99,3 % U 238), d.h. etwa 25-30 Tonnen angereichertes Uran. Diese Menge Uran ist leicht für mehrere Jahre speicherbar, während das bei einem ölbefeuerten Kraftwerk einer Leistung von 1 GW nicht möglich ist, da es 6.000 Tonnen Öl pro Tag benötigt.

Die mit geringen Kosten abbaubaren Uranvorkommen der Erde liegen bei ca. 6 Millionen Tonnen, die entsprechenden Thoriumvorkommen sind mindestens dreimal so hoch. Große Uranlager mit hohem Urangehalt gibt es in USA, Kanada, Australien, Afrika, Schweden, mächtige Thorium-Lagerstätten sind in Brasilien und Südindien. Im Durchschnitt enthält Granit 4 Gramm Uran pro Tonne und 11 Gramm Thorium pro Tonne, dispers verteilt im Gestein. In den Alpen z.B. liegen also unermeßliche Vorräte an Uran und Thorium, deren Gewinnung allerdings teuer ist. Die Energieversorgung der Welt ist durch die oben genannten reichen Lager für viele hundert Jahre gesichert.

Das Meerwasser enthält etwa 3 mg Uran pro Kubikmeter, in den Ozeanen befinden sich also mehr als 4 Milliarden Tonnen Uran. Mit dem Thorium-Hochtemperaturreaktor also ist die Energieversorgung der Welt für viele Jahrhunderte gesichert, ebenso mit dem schnellen Brü-

ter, da mit diesen Reaktoren die Uran- und Thoriumreserven der Erde voll ausgenutzt werden können.

Das Argument der 68er über die nicht ausreichenden Brennstoffvorräte für Kernreaktoren ist also falsch.

6. Tschernobyl

Ein Hauptargument gegen die Kernenergie lieferte die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl südlich von Kiew am 26.4.1986. Was war dort geschehen? Die in der Sowjetunion verwendeten Reaktoren vom RBMK-Typ verwenden Grafit als Moderator zum Abbremsen der bei der Kernspaltung entstehenden schnellen Neutronen, Wasser dient nur zur Kühlung. Diese Reaktoren sind besonders geeignet zur Plutoniumerzeugung, sie sind nicht inhärent sicher wie die deutschen Druckwasserreaktoren. Sie schalten also nicht automatisch ab, wenn die Kühlung ausfällt, wie das beim Druckwasserreaktor der Fall ist. Ein Reaktor vom RBMK-Typ würde in Deutschland nicht zugelassen.

Am 25.4.86 wollte die Bedienungsmannschaft des Kernreaktors ohne Genehmigung durch die vorgesetzte Dienststelle feststellen, ob bei einem totalen Stromausfall alle Sicherheitssysteme funktionieren und die Kühlpumpen weiterlaufen. Das Notkühlsystem wurde außer Betrieb gesetzt, weil dieses den Reaktor während des geplanten Experiments abschalten würde.

Da während des Versuchs die Leistung des Reaktors durch eine Xenon-Vergiftung stark abgefallen war, wurden am frühen Morgen des 26.4.1986 sämtliche Kontrollstäbe entfernt. Sofort stieg die Reaktorleistung. Die Brennstäbe platzten, Kühlkanäle wurden zerstört. Es traten chemische Reaktionen des Wasserdampfs mit dem heißen Grafit auf. Dies führte zu Gasexplosionen und zum Brand des Grafits. Innerhalb einer Minute war der Reaktor zerstört. Allerdings traten nur 3,5 % des radioaktiven Inventars in die Atmosphäre, die meisten Spaltprodukte kondensierten an den Innenwänden des Reaktors.

31 Menschen wurden durch diese Katastrophe getötet, meist Angehörige der Feuerwehr und der Rettungsmannschaften. 24.300 Personen aus der nächsten Umgebung von Tschernobyl, die hohen Strahlenbelastungen ausgesetzt gewesen sind, werden jetzt lebenslang regelmäßig untersucht.

Die amerikanische Presse berichtete von 2.200 Toten und hunderttausenden Verstrahlten, wie es die Herren der Finanzoligarchie wünschten, welche die Katastrophe geschickt für ihre Zwecke instrumentalisierten.

Diese Katastrophe von Tschernobyl war der Anlaß für eine weltweite Antikernkraft-Hysterie, die sämtliche Planungen der deutschen Nuklearindustrie zunichte machte. Sie kam den Anglo-Amerikanern gerade recht, um innerhalb von wenigen Jahren den Hochtemperaturreaktor und den schnellen Brüter lahmzulegen sowie das Brasilien- und das Irangeschäft der deutschen Nuklearindustrie unmöglich zu machen. Wie oben gezeigt wurde, war die Ursache der Katastrophe ein ungeeigneter Reaktor-Typ sowie das verantwortungslose Verhalten des Bedienungspersonals, das alle Sicherheitsvorrichtungen außer Betrieb setzte. Dies ist bei deutschen Reaktoren nicht möglich.

7. Terroranschläge

Als den 68ern gar nichts mehr gegen die Kernenergie einfiel, kamen sie auf die Idee mit den Terroristen oder man flüsterte sie ihnen ins Ohr. Die Terroristen sollten mit Panzerfäusten die Kernkraftwerke angreifen, als das nicht reichte mit Güterzügen voller Benzin und schließlich sollten richtige Jumbo-Jets in die Reaktoren hineinrasen.

Es ist möglich, daß terroristische oder kriminelle Aktionen gegen Kernkraftwerke oder andere nukleare Einrichtungen zukünftig unternommen werden, um Regierungen unter Druck zu setzen. Ein Angriff mit Kernwaffen auf derartige Einrichtungen ist wenig wahrscheinlich, da nur terroristische Staaten dazu in der Lage wären, die sofort mit Sanktionen zu rechnen hätten. Diebstahl von Plutonium oder hoch angereicherte Uran zum Bau von Atomwaffen setzt gro-

ßen technischen Sachverstand und aufwendige Einrichtungen voraus.

Da solche Terroristen nicht dumm sind, werden sie einfachere Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Ziele finden, z.B. können sie sich eine Atomwaffe aus den militärischen Arsenalen der Atommächte besorgen, in denen ca. 50.000 Atombomben lagern. Der Zugang zu den zivilen kerntechnischen Anlagen ist durch das Atomgesetz geregelt, das sehr weitreichende Schutz- und Sicherungsmaßnahmen vorsieht, die nicht hinter denen der militärischen Anlagen zurückstehen. Es ist für den Terroristen viel einfacher, sich Giftgas zu besorgen oder nach Anleitung eines Chemiebuchs herzustellen. Auch biologische Waffen sind mit einfachen Einrichtungen und kostengünstig zu produzieren.

8. Unwirtschaftlichkeit der Kernenergie

In den 70er und 80er Jahren sind in Deutschland die modernsten Kernreaktoren und Nukleartechniken entwickelt worden, die auch für den Export geeignet waren. Unter anderem wurden Verträge mit Brasilien (Juni 1976) über die Lieferung von acht Kernkraftwerken nach Angra dos Reis sowie die dazu nötigen Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen abgeschlossen und Verträge mit Iran (Oktober 1977) über die Lieferung von zwei Kernkraftwerken von je 1,3 GW nach Buschir sowie vier weitere nach Isfahan und Saveh.

Diese Verträge fanden nicht die Billigung unserer anglo-amerikanischen Freunde. Nicht aus Kostengründen, sondern auf Grund von massivem diplomatischem Druck aus den USA und von Randalen auf den Straßen deutscher Städte wurden diese Verträge annulliert. Sie hätten der deutschen Nuklearindustrie einen großen Vorsprung vor der amerikanischen Konkurrenz verschafft.

Diese Aufträge und weitere Projekte der deutschen Nuklearindustrie gefährdeten die Erdölinteressen der Anglo-Amerikaner, die ihre seit über hundert Jahren verfolgten Weltherrschaftspläne bedroht sahen. Deswegen und weil sie Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion einiges vorhatten, mußte die deutsche Industrie über den Hebel der Nuklearindustrie entscheidend geschwächt werden. Das Manöver ist dank der Hilfe der 68er und ihrer Hintermänner gelungen. Daß viele von denen wußten, um was es im Grunde ging, konnte man an den Parolen auf Häuserwänden erkennen, z.B. "Deutschland verrecke".

Um die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie zu verbessern, wurden in Deutschland seit den 60er Jahren erhebliche Anstrengungen gemacht, in Zusammenarbeit zwischen Staat, Industrie und Forschung neue kostengünstige und sichere Kernreaktoren und Nukleartechniken zu entwickeln, z.B. den mit Thorium betriebenen Hochtemperatur-Reaktor THTR 300, den schnellen Brüter SNR 300, die Gasultrazentrifuge zur Urananreicherung, die Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente, die Endlagerung usw. Dazu einige Anmerkungen.

Der THTR 300

Der Baubeginn für den THTR 300, dessen elektrische Leistungsabgabe ca. 300 Megawatt betrug, war im Mai 1971. Die Fertigstellung wurde durch immer neue Einsprüche und Änderungen der Genehmigungsbedingungen behindert. Trotzdem gab der THTR 300 seit November 1985 Strom ans Netz. Im September 1989 wurde der THTR 300 stillgelegt.

Der SNR 300

Die Planungsarbeiten an dem schnellen Brüter SNR 300, der von Deutschland, Belgien und Holland in Kalkar am Niederrhein errichtet wurde, liefen seit 1967. Der Brutreaktor mit einer elektrischen Leistungsabgabe von 300 Megawatt wurde 1981 in Betrieb genommen und 1991 stillgelegt.

Die Gasultrazentrifuge

Seit Ende der 60er Jahre wurde in Deutschland an der Vervollkommnung des Urananreicherungsverfahrens durch die Gasultrazentrifuge gearbeitet. 1977 wurde eine Prototypanlage in Almelo in Holland in Betrieb genommen, 1985 die Anlage in Gronau. Auf diese Weise war das sehr teure und energieaufwendige amerikanische Anreicherungsverfahren - das Gasdiffu-

sionsverfahren - überflüssig. Damit waren die Amerikaner nicht mehr die alleinigen Lieferanten von angereichertem Uran, so daß sie den Kernenergiemarkt nicht mehr beherrschten. Da im Laufe des Projekts Briten und Holländer in die Zentrifugenentwicklung eingebunden wurden, konnte die Anreicherungsanlage nach ihrer Fertigstellung nicht einfach verboten werden. Sie läuft also noch und produziert angereichertes Uran.

Der gesamte Kernbrennstoffkreislauf ist somit rentabel, von der Urangewinnung über die Anreicherung, Brennelementherstellung, den Reaktorbetrieb bis zur Wiederaufbereitung und Endlagerung. Der normale Druckwasserreaktor hat nach ca. zwei Monaten Betrieb soviel Energie erzeugt wie seine Herstellung gekostet hat. Der elektrische Strom aus Kernkraftwerken ist seit vielen Jahren billiger als der aus konventionellen Kraftwerken.

9. Folgerungen

Den Anglo-Amerikanern ist es mit Hilfe der Grünen und der Medien gelungen, innerhalb von zehn Jahren die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten, die für unsere Energieversorgung und unser Überleben notwendig war. Die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors und des schnellen Brütters wurde eingestellt, wichtige Auslandsaufträge zum Aufbau der Infrastruktur in Brasilien und im Iran wurden durch Druck aus New York annulliert, um die deutsche Nuklearindustrie zu schwächen und die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu halten.

Die Antikernkraftkampagnen wurden von New York aus ferngesteuert. Sie dienten dazu, die deutsche Nuklearindustrie zu vernichten. Ihr Ziel war nicht die Sorge um das Wohlergehen des deutschen Bürgers, wie man uns weismachen will. Die von den 68ern und Grünen benutzten Argumente sind ohne Substanz und dienten nur dazu, Angst zu verbreiten. Die grünen Thesen zur Kernenergie sind den 68ern mit suggestiven Methoden so in ihre Gehirne eingehämmert, daß Begriffe wie Kernkraftwerk, Plutonium, Castorbehälter usw. bei ihnen zu reflexartigen Reaktionen führen wie bei den Pawlowschen Hunden unter Umgehung des Verstandes und der Großhirnrinde. Dies ist sehr schwierig reparierbar, wie moderne Erkenntnisse der Biologie beweisen.

Die Medien wenden seit Jahrzehnten diese Methoden der Gehirnwäsche an

Erstaunlich ist, daß dies nicht mehr nur auf historischem Gebiet geschieht, sondern neuerdings auch auf naturwissenschaftlich-technischem. Nur eine unverzügliche Wiederaufnahme der Kernenergie-Techniken, die man Ende der 80er Jahre aufgeben mußte, kann Deutschland noch retten. Die Drohungen aus New York dürften uns dabei nicht hindern.

Wissenschaftler und Ingenieure haben den Weg zum Aufbau einer friedlichen Welt ohne Armut gezeigt. Die jetzige Erdölwirtschaft der Globalisierer führt mit Sicherheit in den Abgrund, in Krieg und Chaos, Mord und Verderben.

Nicht mit einer mächtigen Armee überleben wir die kommende Krisenzeit, sondern mit der richtigen Energietechnik für die ganze Welt. Joachim Fernau sagt 1977 in seinem Buch "Halleluja": Gewinnt der Amerikanismus, so wird er in 150 Jahren die Menschheit zugrunde richten, und die Erde wird als erstorbener Mars im Weltall weiterkreisen.

Joachim Fernau irrt. Die Menschheit wird viel schneller zugrunde gerichtet.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Februar 1999 über Rußlands Verschuldung im Westen: >>**Hungriger Bär**

Es ist eine alte Schuldner-Weisheit: Wer einen kleinen Kredit aufnimmt, der ist der Bank ausgeliefert. Wer dagegen einen großen Kredit erhalten hat, dem gehört die Bank.

Denn mit der Größe des Betrages steigt die Angst, das ganze Geld zu verlieren - und dies fördert die Bereitschaft, immer neue Finanzspritzen zu genehmigen. Nicht nur Betrüger nutzen diese Erkenntnis, sondern auch Staaten wie Rußland. ...

Erstaunlich bekannt klingt aber auch das zweite Motiv für die wieder wachsende Großzügigkeit. Denn wie früher wird Geld wohl im Gegenzug für russisches Wohlverhalten verteilt werden müssen. Deutsche Milliarden haben damals den Abzug russischer Panzer aus den neu-

en Bundesländern ermöglicht. ...

Dies mag verwerflich klingen, ist es aber nicht. Denn für die westlichen Regierungen gibt es kaum eine Alternative. Schon weil Rußlands Militärpotential die ganze Welt zerstören könnte, kann man dem Land nicht einfach die Daumenschrauben ansetzen und es zum wirtschaftlichen und politischen Außenseiter verkommen lassen. ... <<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. März 1999 über die sowjetischen Enteignungen in Mitteldeutschland von 1945 bis 1949: >>"Ermordung und Enteignung – das kann nicht rechtens sein"

Sie geben keine Ruhe. Immer wieder ziehen sie vors Verfassungsgericht, klagen bei der EU. Warum sind die Enteigneten von 1945/49 nicht bereit, ein schwieriges Kapitel der Nachkriegsgeschichte zuzuschlagen?

... Am 15. Juni 1990 haben die beiden deutschen Regierungen verkündet, daß die Enteignungen im Zuge der sogenannten Bodenreform in der SBZ nicht rückgängig gemacht werden.

Zweimal, 1991 und 1996, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß die Unumkehrbarkeit der Enteignungen vor 1949 rechtens ist. Und doch geben die einstigen Großgrundbesitzer keine Ruhe.

Seit 8 Jahren kämpfen sie als "Verlierer der Wiedervereinigung" gegen die "Fortsetzung des kommunistischen Enteignungsunrechts durch die Bundesrepublik Deutschland".

Ihre Forderung: Sie wollen im wesentlichen so behandelt werden wie die Land-, Haus-, Gewerbe- oder Fabrikbesitzer, die nach 1949 von den Behörden der DDR enteignet worden sind. Sie wollen entweder Rückgabe des Teils ihres ehemaligen Eigentums, der sich heute in Staatsbesitz befindet oder eine angemessene Entschädigung. ... "Es geht nicht um unser Eigentum, sondern um den Rechtsstaat schlechthin." ...

Ein Politikum wurde erst daraus, als die beiden Deutschlands vereinigt wurden. "Sämtliche Regierungen der Bundesrepublik haben immer gesagt, die Enteignung sei bitteres Unrecht gewesen und müsse irgendwann wieder gutgemacht werden – und dann, als die Regierung Kohl die Chance dazu hatte, hat sie es nicht getan."

Im Gegenteil. Mit der Aufnahme des Absatzes Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen" in den Einigungsvertrag hat die Bundesrepublik nachträglich zum Recht erhoben, was bis dahin auch im Völkerrecht als Unrecht galt – die Enteignung von Privateigentum durch eine Siegermacht.

Das sei nötig gewesen, hat die Regierung Kohl danach immer wieder versichert, weil die Sowjetunion die Wiedervereinigung andernfalls niemals zugelassen hätte. Diese Behauptung ist inzwischen weitgehend erschüttert worden, sogar durch den einstigen Sowjetpräsidenten Michail Gorbatschow.

Der jüngste Einspruch wurde erst in der vergangenen Woche veröffentlicht: eine eidesstattliche Erklärung des Beauftragten der DDR-Regierung bei den Verhandlungen zur Herstellung der deutschen Einheit, des CDU-Politikers Günther Krause. Klipp und klar heißt es da: "Von einer solchen Vorbedingung der sowjetischen Verhandlungsseite ist mir nichts bekannt."

... Von den im Zuge der Bodenreform enteigneten landwirtschaftlichen Flächen werden gerade mal 30 Prozent von Neusiedlern bewirtschaftet – der Rest befindet sich derzeit in Staatseigentum. Nur auf dieses Land, das nicht bereits anderen Privatleuten gehört, erheben die Enteigneten Anspruch.

Das sind immerhin 1,5 Millionen Hektar ehemals von den volkseigenen LPGs bewirtschafteter Äcker, Weiden und Forsten – und für die kassiert die staatliche Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) die Pacht. Mehr als 60.000 Hektar Felder und Forsten hat sie bereits verkauft. Im Jahr 2004 dann soll den ursprünglichen Besitzern dieser Flächen eine "Ausgleichszahlung" von durchschnittlich 10 Prozent der beschlagnahmten Vermögenswerte

gezahlt werden.

Mit diesem bescheidenen Ausgleich anstelle einer vollwertigen Entschädigung geben sich die Enteigneten nicht zufrieden. Ihr 8 Jahre währender Widerstand hat ihnen in großen Teilen der Bevölkerung wie der Politik den Ruf eingetragen, auf Kosten mühselig um ihre Existenz kämpfender Bauern in Ostdeutschland die "Herrschaft der Junker" wieder auferstehen lassen zu wollen. Die einstigen Großgrundbesitzer aber sind davon überzeugt, daß sie von der Regierung Kohl in ein "Sonderopfer für die Wiedervereinigung" gezwungen worden sind.

Deshalb mag Lüder (einer von den rund 1.800 enteigneten Großgrundbesitzern von 1945) das verächtliche Wort vom gierigen Junker nicht mehr hören. Bitter zitiert der 76jährige das, was Bundeskanzler Helmut Kohl 1996 eingeräumt hat:

"Bei den Verhandlungen über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion haben wir geglaubt, mit dem Verkauf der einstigen volkseigenen Betriebe durch die Treuhand die Schulden der DDR finanzieren zu können."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 1999: >>**Bonn und Prag wollen einen Schlußstrich**

Bundeskanzler Gerhard Schröder und der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman wollen das Verhältnis beider Staaten "zukunftsorientiert ausbauen" und einen Schlußstrich unter die Ereignisse nach dem Kriegsende ziehen.

Beide kamen am Montag in Bonn überein, daß die Vertreibung der sudetendeutschen die Beziehungen nicht mehr belasten solle.

Schröder sagte, die Sudetendeutschen hätten das Recht, ihre kulturellen Eigenarten zu pflegen, aber keinen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik. Daraufhin warf die CSU Schröder vor, er habe "das Schicksal von Millionen Heimatvertriebenen zu den Akten gelegt". ...

Der Kanzler befürwortete "ohne Einschränkung" die Aufnahme Prags in die EU, ohne sich auf einen Termin festzulegen. Damit könne nach dem NATO-Beitritt eine dauerhafte Stabilisierung in Richtung Osteuropa erreicht werden.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Der UNO-Menschenrechts-Ausschuß, dessen Sekretär ich mehrere Jahre war, hat die Diskriminierung in der Gesetzgebung und in der Praxis der Wiedergutmachung in Tschechien wiederholte Male festgestellt - Diskriminierung gegenüber Tschechen, Juden, aber auch gegenüber Sudetendeutschen. ...

Liegt es vielleicht daran, daß die deutsche Regierung dies nicht will, und so - anstatt das Völkerrecht zu behaupten, es eigentlich durch Diskriminierung korrumpiert - und den eigenen Landsleuten in den Rücken fällt? Diese Diskriminierung kann justiziabel sein - sowohl in Straßburg als auch in Genf.

Zwar geschahen die Konfiskationen meistens 1945 - also lange vor der Erschaffung der Straßburger und Genfer Tribunale, was bedeuten würde, daß die Konfiskationen *ratione temporis* (erst ab ihrem Inkrafttreten) außerhalb der Kompetenz von diesen Organen liegen würden, der Tatbestand der Diskriminierung aber beinhaltet eine separate Handlung, eine neue Verletzung des Völkerrechts, die nach dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte geschehen ist und noch geschieht. ...

In der Tat, nimmer endet die Vertreibung, denn zur Zeit wird versucht den Vertriebenen, ihren Kindern und Enkelkindern ihrer Identität und Ihrer Ehre zu berauben. Nicht nur sind es die eigentlichen Täter, nämlich die Vertreiber-Staaten, sondern ist es auch die eigene deutsche Regierung, die den Vertriebenen den diplomatischen Schutz verweigert und der historischen Wahrheit für kurzfristige politische Strategien opfert, oder gar - so banal wie dies klingen mag - die Ehre und die Geschichte im Namen des Kapitals und des Geschäftes opfert.

... Ich bezweifle, daß Frieden und Freundschaft in Europa auf der Basis von Verlogenheit auf-

gebaut werden können. Aber, wie Günther Grass einen anderen seiner Romane betitelte - das ist wohl "Ein weites Feld". ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. März 1999: >>... Die Bundesregierung ist Vorwürfen der CSU und der Sudetendeutschen entgegengetreten, Bundeskanzler Schröder (SPD) habe auf Vermögensansprüche der Vertriebenen in Tschechien verzichtet. "Selbstverständlich haben wir nicht auf Rechtspositionen verzichtet", sagte Schröders außenpolitischer Berater im Kanzleramt, Michael Steiner.

Den Sudetendeutschen bleibe es unbenommen, vor tschechischen Gerichten zu klagen. Diese Rechtspositionen könne die Bundesregierung den Vertriebenen nicht nehmen.

Schröder war am Montag in Bonn mit Tschechiens Ministerpräsident Milos Zeman zusammenkommen. Der Kanzler habe dabei klargestellt, daß die Bundesregierung keine Vermögensfragen im Zusammenhang mit den Geschehnissen im und nach dem Zweiten Weltkrieg aufwerfen werde, sagte Steiner.

Diese Klarstellung sei vor allem von psychologischer Bedeutung, "insofern es die deutsch-tschechischen Beziehungen entsäuert". Schröders "befreiende Worte" hätten den Tschechen die Angst genommen, die Bundesregierung könnte Vermögensansprüche der nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Sudetendeutschen verfolgen. ...

Steiner bekräftigte, daß Zeman bei dem Treffen klargestellt habe, daß die Wirksamkeit der sog. Benesch-Dekrete aus Sicht der tschechischen Regierung inzwischen erloschen sei. ...

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble hielt Schröder vor, "in unverantwortlicher Weise mit der Politik der bisherigen Bundesregierung" gebrochen zu haben. CSU-Chef Edmund Stoiber sagte, Schröder habe der Aussöhnung zwischen Tschechen und Deutschen einen "verheerenden Dienst" erwiesen.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft erwägt rechtliche Schritte gegen die Bundesregierung. Mit seinem Verhalten verzichte der Kanzler offenbar auf privatrechtliche Ansprüche der Sudetendeutschen, erklärte der Verband.

In Prag reagierten Oppositionspolitiker mit verhaltener Zustimmung auf die Äußerungen Zeman, ein Teil der sog. Benesch-Dekrete zur Enteignung sei "erloschen".

Diese Dokumente seien "heute selbstverständlich nicht mehr aktuell", sagte der außenpolitische Sprecher der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Jan Zahradil. Die Dekrete seien aber auch "untrennbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...

Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. März 1999: >>**VW entschuldigt**

sich bei den Tschechen

Der deutsche Automobilkonzern Volkswagen hat sich für eine Anzeige in tschechischen Zeitungen entschuldigt.

Die Prager Filiale der Firma hatte am 15. März mit einer militär-ähnlichen Landkarte Tschechiens und dem Titel "Große Frühjahrs-Offensive" für ihre Wagen geworben. Am Tage der Veröffentlichung der Anzeige in mehreren Tageszeitungen erinnerten Opferverbände des Landes an die Errichtung des "Protektorats Böhmen und Mähren" durch das NS-Regime am 15. März 1939. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 1999: >>Ex-Zwangsarbeiter protestieren in Polen

Frühere Zwangsarbeiter haben am Mittwoch in Polen vor den diplomatischen Vertretungen Deutschlands eine schnelle Entschädigung der polnischen NS-Opfer gefordert. ...

"Es gibt keine Aussöhnung ohne eine Wiedergutmachung", riefen die Protestteilnehmer. ...<<

Die Nienburger Tageszeitung "DIE HARKE" berichtete am 19. April 1999: >>50jähriges Bestehen kein Grund zum Feiern

... Das 50jährige Bestehen der Landsmannschaften Schlesien und Sudetenland ist Anlaß zum Gedenken, aber kein Grund zum Feiern."

Mit diesem Satz faßte ... Friedrich Schmidt von der sudetendeutschen Landsmannschaft die Stimmung der Gedenkfeier ... in Worte. ... Er appellierte, das Unrecht der Vertreibung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. ... "Angesichts der täglichen Bilder aus dem Kosovo wird die Erinnerung an das eigene Schicksal wieder hellwach."

Eines wurde deutlich: Wichtigstes Anliegen der Landsmannschaften ist es, daß die Regierungen Polens und Tschechiens offiziell die Vertreibung der Deutschen als Unrecht anerkennen. "Eine Verständigung mit den östlichen Nachbarn darf keine Einbahnstraße sein.

Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sind die Voraussetzungen eines gemeinsamen Weges zu Frieden und Freiheit", betonte Heinz Menschik für die Landsmannschaft der Schlesier. Einig ist er sich mit Friedrich Schmidt in der Bewertung der Landsmannschaften: "Sie bewahren den Heimatgedanken über viele Jahre. Ohne sie wären Schlesien, Pommern, Ostpreußen und das Sudetenland in Vergessenheit geraten. ... "Die jungen Menschen wissen heute kaum noch etwas über die Ostgebiete. Es wird ja auch kaum noch darüber gesprochen."<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb über das unsägliche Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/196): >>... Es wäre auch unmenschlich zu erwarten, daß die deutschen Vertriebenen einfach vergessen, was mit ihnen geschehen ist. Es gibt kaum einen Vertriebenen, der während der Vertreibung nicht einen nahen Angehörigen verloren hat, denn über zwei Millionen Menschen haben die Flucht und Vertreibung nicht überlebt. Auch wenn sich die Vertriebenen inzwischen ein neues Zuhause im Westen aufgebaut haben und ausdrücklich auf jede Form von Gewaltanwendung zur Rückgewinnung des ihnen entrissenen Landes verzichten, wünschen sie doch eine gewisse Anerkennung des Opfers, das sie bringen mußten.

Wer unter ihnen idealistisch denkt, hofft, das ihr Erlebnis als Beispiel wirken möge und anderen Völkern die Tragödie der Entwurzelung erspart bleibe. Denn wenn die Erfahrungen der deutschen Vertriebenen als Fallstudie und als Warnung vor künftigen Vertreibungen dienen sollen, müssen die Tatsachen allgemein bekannt werden.<<

Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) schrieb am 22. April 1999 in der "Süddeutschen Zeitung" über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/61-62): >>Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, daß Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. April 1999: >>"Staatsmann des Jahrzehnts"

Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ... Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...

Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Mai 1999 (x268/30): >>Zum ersten Mal ist in Deutschland ein Angeklagter rechtskräftig wegen Völkermordes verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigte im Ergebnis ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf, das den bosnischen Serben Nicola Jorgic wegen der Ermordung von insgesamt 30 Menschen verurteilt hatte. ...

Der Bundesgerichtshof stellte klar, daß Völkermord nicht die Ausrottung einer ganzen Bevölkerungsgruppe voraussetze; das hatten die Verteidiger des Angeklagten behauptet. Die Richter hielten es vielmehr für maßgeblich, daß es Jorgic um die Vernichtung der nordbosnischen Muslime gegangen sei; auch das erfülle den Tatbestand des Völkermordes.

Danach ist ausreichend, wenn jemand in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören, Mitglieder der Gruppe tötet, ihnen schwere Schäden zufügt oder die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren Zerstörung herbeizuführen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Mai 1999: >>**Ehemalige KZ-Häftlinge verklagen Dresdner Bank**

Rund 22.000 ehemalige polnische KZ-Häftlinge haben die Dresdner Bank auf 5,4 Milliarden Mark Entschädigung verklagt.

Sie verlangen Wiedergutmachung für ihre Gefangenschaft, erlittene Mißhandlungen und nicht bezahlte Zwangsarbeit. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Mai 1999: >>**Antideutsche Attacken häufen sich in Holland**

Touristenstadt Hoorn schockiert über Ausschreitungen

Ein "Sieg heil" prangt auf der Motorhaube. In den Lack eines Mercedes ist ein Hakenkreuz geritzt. Ein anderer Wagen mit SS-Runen besprüht. Antennen, Außenspiegel, Scheibenwischer sind bei vielen Autos abgerissen. 4 Wagen werden angezündet und brennen völlig aus. Insgesamt sind 14 Autos schwer beschädigt, 13 davon tragen deutsche Nummernschilder.

Das ist die traurige Bilanz antideutscher Ausschreitungen in dem nordniederländischen Städtchen Hoorn am IJsselmeer am vergangenen Wochenende. ...

... Fast jeden Sommer haben es Täter in den niederländischen Küstenstädten ausschließlich auf Autos mit deutschen Kennzeichen abgesehen. ...

"Ich finde diesen Vorfall schrecklich", sagte eine Sprecherin des niederländischen Büros für Tourismus. "Aber nicht alle Niederländer sind deutschfeindlich."

Viele Studien zeigen indes, daß sich in den Niederlanden Vorurteile gegenüber Deutschen hartnäckig halten. Besonders unter Jugendlichen gilt es oft als "cool", antideutsch zu sein. Viele meinen, Deutsche seien vor allem "kriegslüstern" oder gar unverbesserliche Nazis. Ihr Deutschland-Bild speist sich im wesentlichen aus der Darstellung schlechter Erfahrungen aus der Nazizeit.<<

Der Schriftsteller Michael Kleeberg schrieb am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenminister) auf Lévy's Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer

antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.

Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.

Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasteten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/2001) berichtete später über die linksradikale Vergangenheit der "grünen" Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin in den sechziger und siebziger Jahren: >>Die verlorene Ehre der Apo

Die linksradikale Vergangenheit der grünen Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin hat die halb vergessenen sechziger und siebziger Jahre der Republik plötzlich zum Politikum gemacht. Doch rechte Räuberpistolen und linke Lebenslügen verstellen den Blick auf die wilde Epoche nach 1968.

Es gibt Argumente, die können verletzen wie ein Farbbeutel, dessen Aufprall einem das Trommelfell zerfetzt. Wenn jemand Joschka Fischers rabiate Straßenkampf-Aktionen in den Siebzigern "irgendwo zwischen Faschismus und Neonazis" einordnet, kriegt der einstige Linksradikale vor Schmerz und Wut "solch einen Hals".

Der böse Vergleich mit rechten Rabauken schallt dem zweitwichtigsten Politiker der drittmächtigsten Industrienation entgegen, seit jene Fotos aus dem Jahre 1973 aufgetaucht sind, auf denen der schwarz behelmte Streetfighter Fischer, damals knapp 25, auf einen zu Boden gerissenen Polizisten einprügelt (SPIEGEL 2/2001).

Seither wird in Parteiveranstaltungen und Parlamenten, in Talkshows und Kneipen erbittert darüber debattiert, ob ein Mann Minister bleiben darf, der in gar nicht mal allzu jungen Jahren unzweifelhaft Gewalt gepredigt und geübt hat - wenngleich er später deutlich auf Distanz zur Militanz gegangen ist.

Die politischen und moralischen Dimensionen dieser Frage wurden deutlich, als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) den Außenminister mit dem Argument zu verteidigen versuchte, es sei schließlich ja auch "vorstellbar", daß einer der gewalttätigen Neonazis von heute "in 20 Jahren", nach politischer Läuterung, in Berlin als Minister vereidigt wird.

Aus Sorge, braune Ausländerfeinde könnten sich auf die Prügel-Vergangenheit des grünen Außenministers berufen, forderte als Erster der jüdische Bundeswehr-Historiker Michael Wolffsohn den Rücktritt Fischers.

Beifall wiederum zollten dem Minister falsche Freunde, die beflissen jene Straßenmilitanz rechtfertigten, die Fischer selbst seit langem ablehnt. Beistand kam allerdings auch von gänzlich anderer Seite: Der einstige CDU-Scharfmacher Heiner Geißler, 70, nahm den "vom Saulus zu Paulus" gewordenen Grünen in Schutz - womöglich weil er sich eigener Jugendsünden erinnerte: Als 22-jähriger Jesuiten-Zögling war Geißler nach eigenen Angaben "in der Logistik" der Südtiroler Nationalisten tätig; die "Bumser" wehrten sich mit Anschlägen gegen eine italienische Überfremdung ihrer Alpenheimat.

Während die FDP erwog, einen Untersuchungsausschuß zur Klärung von Fischers Vergangenheit zu beantragen, bescherte die Debatte dem grünen Star zunächst nur einen kleinen Knick in der Popularitätskurve - er sackte auf der Beliebtheitskala von Platz eins (vor Schröder) auf Platz zwei (hinter Schröder). Der Kanzler zeigte sich dennoch alarmiert. Denn die Berliner Koalition, so weiß Schröder, ist kaum denkbar ohne seinen grünen Vize - der nun täglich mit neuen Enthüllungen über Brandflaschen-Einsätze oder Terroristenkontakte rechnen muß.

Schröders Sorgen wuchsen, als Anfang vergangener Woche auch noch sein grüner Umwelt-

minister Jürgen Trittin in die Schlagzeilen kam: Vorwürfe, der einstige Maoist habe sich nicht eindeutig genug von einem Pamphlet distanziert, in dem 1977 ein Göttinger Student (Pseudonym: "Mescalero") "klammheimliche Freude" über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback gestand, machten auch die linksradikale Phase im Leben Trittins zum Tagesthema.

Von den Schlagschatten ihrer Vergangenheit sehen sich die Grünen-Promis nun permanent verfolgt - so etwa, als Fischer im Prozeß gegen einen langjährigen Kampfkumpanen, den wegen dreifachen Mordes angeklagten Opec-Attentäter Hans-Joachim Klein, 53, gehört wurde.

Als Fischer, beschützt von sechs Leibwächtern, das Gerichtsgebäude verließ, verteilten CDU-Junioren ein Flugblatt mit zwei ganz ähnlichen Fotos: jenem vom Sponti Fischer, der auf den Frankfurter Schupo Rainer Marx einprügelt, und einem, auf dem deutsche Hooligans während der Fußball-WM 1998 den französischen Polizisten David Nivel halb tot schlagen.

Sind solche Vergleiche nichts als Demagogie, gar Ausdruck eines "neuen McCarthyismus", den die "Süddeutsche Zeitung" bereits an die Wand malte - oder doch die im Meinungsstreit statthafte Überspitzung einer Frage, der sich auch ein Fischer stellen muß?

Immerhin: Der Minister selbst ("Ja, ich war militant") hat bereits 1977 über seine Sponti-Einstellung Auskunft gegeben, die sich von der stupiden Gewaltgeilheit der Glatzen von heute tatsächlich kaum abhob. Fischer damals selbstkritisch:

Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr - erfolgreich! - umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten ... Daraus wurde dann leicht die Lust am Schlagen, ein tendenziell sadistisches Vergnügen.

Der mit vergilbten Zitaten geführte Streit über Staatsfeinde von einst, die sich heute als Staatsmänner präsentieren, hat den Deutschen plötzlich und unerwartet eine dritte große Debatte über die Bewältigung ihrer Vergangenheit beschert.

Diesmal geht es nicht um die Nazi- oder die Stasi-Zeit, sondern, delikaterweise, um die Vergangenheit jener, die sich vor einem Dritteljahrhundert selbst als Antifaschisten und teils als Kommunisten verstanden und die Generation ihrer Eltern pauschal mit einem "Nazi-Kontinuitätsverdacht" (Fischer) überzogen haben.

"Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die wir von unseren Eltern gefordert haben, müssen wir nun selbst vollziehen", hat die niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Silke Stokar begriffen: "Für manche mag das schmerzhaft sein."

So stehen nun die späten sechziger und die siebziger Jahre auf der politischen Agenda - halb versunkene Zeiten, die auf viele Deutsche inzwischen "fremder wirken als selbst das Mittelalter", wie die "FAZ" staunte. Kein Wunder: Als der 25-jährige Joseph ("Joschka") Fischer in Frankfurt Putz machte, waren die heute 25-Jährigen noch nicht einmal gezeugt. Und die Älteren, gerade die Aktivsten von einst, leiden an Amnesie, wie der heute 52-jährige Fischer beklagte, als er im Klein-Prozeß nach Brandflaschenwürfen befragt wurde: "Nach 25, 26, 27 Jahren kommen Sie an die Grenzen dessen, was Gedächtnis leisten kann."

Weil zudem der Ausgang der neuen Geschichtsdebatte womöglich über Macht und Mehrheiten in Bund und Ländern mit entscheidet, ist die Gefahr der Geschichtsklitterung naturgemäß groß, wie schon der Auftakt der Kontroverse zeigt: Rechte Räuberpistolen und, mehr noch, linke Lebenslügen trüben manch einem den Blick auf die ohnehin seltsam nebulös wirkenden Rüpeljahre der Republik zwischen dem Anfang der Ära Kiesinger und dem Anbruch der Ära Kohl.

So zerfließt die Erinnerung an damals zu einer Collage aus disparaten Versatzstücken: softe Müsli-Typen in lila Latzhosen, aber auch Brutalos in schwarzer Ledermontur; heulende Demonstranten im Knüppelhagel und im Tränengasnebel, aber auch von Molotow-Cocktails entflammte Polizeiuniformen; pazifistische Pfarrer im Talar mit Gandhi-Bildern bei Sitzblockaden, aber auch die Nackedeis in der Jux-"Kommune 1".

Die Unschärfe der kollektiven Erinnerung kommt den Darstellern auf der politischen Bühne zupaß, die - je nach Couleur - den Außen- und den Umweltminister (und damit die rot-grüne Koalition) entlasten oder belasten, stabilisieren oder destabilisieren wollen.

Zu diesem Zweck werden in der Debatte, bisweilen nicht ohne Geschick, drei historische Teilabschnitte der Protestbewegung vermengt, die in Wahrheit nur wenig gemeinsam haben.

Da sind, erstens, die späten Sechziger, in denen die Revolte die Modelfarbe Rot bevorzugte - rot wie die Fahnen, die Studenten zum "Ho-Ho-Ho-Tschi-minh"-Stakkato schwenkten; rot wie der Plastikeinband der als Zeitgeist-Accessoire massenhaft verbreiteten "Mao-Bibel"; rot wie das allgegenwärtige Plakat mit Marx-Engels-Lenin und dem Bundesbahnslogan "Alle reden vom Wetter - wir nicht".

Da sind, zweitens, die Siebziger, in denen, nach dem Zusammenbruch der Hochschulrevolte, der Protest zunehmend Schwarz trug - schwarz wie die Fahnen der Anarchos und die "Hasskappen" der ver mummten Stahlkugelschleuderer an den Bauzäunen von Atomprojekten; schwarz wie die legendären "Baader-Meinhof-Wagen", jene BMW, mit denen die deutschen Todesschwadronen von Tatort zu Tatort karriolten; schwarz wie die Trauerkleidung beim Begräbnis von Toten aus der Terrorszene, an deren Gräbern die Kombattanten schworen: "Der Kampf geht weiter."

Und da sind schließlich, drittens, die Achtziger, in denen Grün zur Farbe der Wahl wurde - grün wie der damals sprießende Deutschland-Ableger von Greenpeace; grün wie die aufblühende Ökobewegung, die gegen Wasserverschmutzung und Luftverpestung antrat; grün wie die 1980 auf Bundesebene gegründete, bis dahin nur regional vertretene "Anti-Parteien-Partei" der Ex-Sozialdemokratin Petra Kelly.

Rechte Oppositionelle verfolgen nun erkennbar das Ziel, vor allem Jung-Joschkas machohaft Militanz und seine zeitweise unklare Haltung zur RAF in den Siebzigern als symptomatisch für die gesamte Apo hinzustellen.

Diese Argumentation soll offenbar all jene Reformbewegten diskreditieren, die in den Sechzigern an den Hochschulen zwar oft verbalradikal, aber zunächst durchweg gewaltfrei demonstrierten und sich dann in den Siebzigern zu Hunderttausenden in Dritte-Welt-Projekten oder in der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen oder in demokratischen Parteien engagierten - vorzugsweise, wie Gerhard Schröder, in der SPD.

Die attackierten Grünen parieren die Vorwürfe gegen ihren Außenminister, indem sie die Krawalljahre der Frankfurter Spontis "einbetten" (Fischer) in den 68er Aufbruch - und damit die weithin positiv besetzten Motive der Studentenbewegung fälschlich auch für die rüden Schlägertrupps in Anspruch nehmen. Er sehe die Streetfighter-Jahre, brüstete Fischer sich im Klein-Prozeß, als Teil der "Freiheitsrevolte" von 1968, sich und seine einstigen Genossen als "Unterdrückte".

Ganz ähnlich argumentierte Fischers langjähriger Mitstreiter und Mitbewohner, der Pariser Revolutionspraktiker Daniel Cohn-Bendit. Die Union, so der Ex-Sponti in einem Rundfunkdisput, versuche, "die deutsche Geschichte umzudrehen", wenn sie Joschka als "Täter" hinstelle: "Wer ist ermordet worden auf den Straßen von Berlin? Benno Ohnesorg, bevor irgendein Student überhaupt was getan hat."

Der grüne Europaabgeordnete vernachlässigte, daß zwischen dem Tod des Studenten Ohnesorg am Rande der Berliner Anti-Schah-Demonstrationen 1967 und den Brandbombenwürfen der Frankfurter Spontis auf Polizisten im Jahre 1976 nahezu ein Jahrzehnt lag. Die Protestbewegung an den Hochschulen war zu diesem Zeitpunkt längst zusammengebrochen, Terrorgruppen, allen voran die RAF, aber hatten bereits serienweise Gewaltverbrechen verübt.

Eine politische Nebelkerze schleuderte auch Rezzo Schlauch, als er im Bundestag den Eindruck erweckte, Fischers Streetfighter hätten mit Mollies und Pflastersteinen gegen Restauration und Faschismus gekämpft. "Sie tun so, als ob wir schon damals ein weltoffenes Land ge-

wesen seien", warf der Grünen-Fraktionschef der Opposition vor: "Das war mitnichten so." Schlauch übergang, daß Fischer mit seiner "Putzgruppe" keineswegs in der Amtszeit des Ex-NSDAP-Parteigenossen Kurt Georg Kiesinger operierte, als in Deutschland tatsächlich noch der "Muff von 1.000 Jahren" (Studentenslogan) waberte. Die Benzinbomben gegen Polizeibeamte flogen mehr als sechs Jahre nach der Regierungsübernahme durch Willy Brandt. Der Sozialdemokrat hatte bei seinem Amtsantritt 1969 "mehr Demokratie" versprochen und mit seiner "Politik der kleinen Schritte" den Abbau der Ost-West-Spannungen eingeleitet. Mit seinem historischen Kniefall am Warschauer Ghetto-Denkmal wollte der einstige Emigrant der Welt überdies signalisieren, daß die Ära der Tabuisierung nationalsozialistischer Schuld in Deutschland überwunden war.

Der Frankfurter Streetfighter Fischer, urteilte vergangene Woche der aus Hessen stammende FDP-Chef Wolfgang Gerhardt, habe folglich nicht gegen die Reaktion, sondern gegen Willy Brandt (und dessen Nachfolger Helmut Schmidt) gekämpft.

Auch die rot-grüne "taz" sieht in Fischer weder einen klassischen noch einen typischen Acht-und-sechziger: Er war, so das Blatt, "zur Zeit der Studentenrevolte dem Knabenalter gerade erst entwachsen", die meisten seiner jüngeren Mitstreiter "konnten Rudi Dutschke allenfalls in der "Tagesschau" sehen, und das auch nur, wenn die Eltern sie nicht schon vorher ins Bett geschickt hatten".

Politisch hatte der Schulabbrecher und Autodidakt Fischer nicht allzu viel gemeinsam mit der Masse der Jungakademiker, die Jahre zuvor für die Demokratisierung der Gesellschaft auf die Straße gegangen waren.

Während die Außerparlamentarische Opposition (Apo) der Sechziger gegen Notstandsgesetze und Pressemonopole demonstrierte, für Hochschulreformen stritt und die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit beklagte, hatten die "Bullenklatscher" um Fischer ("Ich war Revolutionär und kein Demokrat") für den bürgerlichen Rechtsstaat auch in den sozialdemokratischen Siebzigern nur Spott übrig. Typische Parole jener Jahre: "Legal, illegal, scheißegal".

Verstimmt über die Verzerrung des Vergangenen in der aktuellen Diskussion, meldete sich ein kundiger Zeitzeuge zu Wort. Der in England lebende Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der am Rande des Freiburger FDP-Parteitags 1968 durch ein öffentliches Streitgespräch mit Rudi Dutschke Aufsehen erregt hatte, sah Anlaß, "die 68er vor den 70ern in Schutz" zu nehmen.

Nach der "verständlichen Revolte in einer verfahrenen Situation", wie Dahrendorf die 68er Unruhen charakterisierte, seien Teile der Bewegung in den Siebzigern schlichtweg "der Gewalt als Gewalt verfallen". Daher sei es unzulässig, "mit den 68er-Argumenten" Fischers "Mitte-der-70er-Aktionen" zu verteidigen.

Das heiße im Übrigen nicht, stellte der Liberale klar, "daß Fischer nicht Außenminister sein kann". Allerdings: "Wenn er Justizminister wäre oder Innenminister, wäre das etwas ganz anderes."

Die im Axel Springer Verlag erscheinende "Welt", die das Dahrendorf-Interview veröffentlichte, präsentierte den Text als "Ehrenrettung der 68er vor den Fischers dieser Welt" - was bei manchem Apo-Opa die Erinnerung an jene Zeit belebte, als die Blätter des Springer-Konzerns sich um die Ehre der 68er noch einen Dreck kümmerten.

Die haßerfüllte Berichterstattung über die Studenten (Leseprobe: "Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen") löste 1968 die bundesweiten Osterdemonstrationen gegen den Springer-Verlag aus. Dessen Hetztiraden gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) waren von vielen Studenten für die Schüsse des verwirrten Anstreichers Josef Bachmann auf den SDS-Sprecher Rudi Dutschke verantwortlich gemacht worden.

Der Mordversuch setzte lange angestaute Empörung über den erstarrten Staat jener Tage frei: Verdruß über die Hochschulen, die sich weigerten, die NS-Belastung von Professoren zu the-

omatisieren; Zorn über die Pläne der Bonner Regierung, für den Fall des "inneren Notstands" Bürgerrechte abzuschaffen; Wut auf den Bündnispartner USA, der daheim die Farbigen diskriminierte und draußen in Vietnam einen dreckigen Napalmkrieg führte.

Vor allem aber trug eine maßlos dreinknüppelnde Polizei zur Radikalisierung bei. "Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinander platzt" - so hatte der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing seine Einsatztaktik für den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 beschrieben, bei dem überdies persische Geheimpolizisten mit langen Schlagstöcken auf die Studenten einprügelten.

Nach den Osterunruhen von 1968 schilderte der Mainzer SDS-Vorsitzende Klaus Ahlheim die Wechselwirkung von Gewalt und Gegengewalt, die durch die Knüppelinsätze ausgelöst wurde und die sich im darauf folgenden Jahrzehnt bis zum schieren Wahnwitz hochschaukeln sollte:

Keiner hatte die Absicht, Steine zu werfen. Aber als die Knüppel kamen und die Pferde, als man Leute ohnmächtig sah und Angstschreie hörte, haben junge Leute in blinder Wut Brocken aus dem Rasen gerissen und nach Steinen gesucht.

Als die ersten Apo-Splittergruppen in die Militanz abglitten und Tötungspläne ausbrüteten, trug die Springer-Presse dazu bei, daß frühe Warnungen nicht ernst genug genommen wurden. Zu oft hatten diese Blätter zuvor blinden Alarm ausgelöst - indem sie etwa einen geplanten Puddingwurf des Szene-Clowns Fritz Teufel auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey aufbauschen zum angeblich beabsichtigten "Bombenanschlag".

Als von Ende 1968 an immer wieder Bomben- und Sprengstofffunde bei linken Anarchos publik wurden, hielt ein Großteil der friedlich demonstrierenden Apo-Anhänger auch diese Darstellungen für Produkte aus den Fälscherwerkstätten von "Staatsschutzbullen" und "Schweinejournalisten".

Spätestens als ultralinke Splitter nicht länger nur "Gewalt gegen Sachen" rechtfertigten (wie die Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung 1968 durch Andreas Baader und Gudrun Ensslin), sondern offen "Gewalt gegen Personen" propagierten, beschleunigte sich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Neuen Linken.

Doch selbst nachdem sich die ursprünglich pazifistisch eingestellte Journalistin Ulrike Meinhof nach der blutigen Befreiung des Brandstifters Baader 1970 aus der Haft ("Natürlich kann geschossen werden") in den Untergrund abgesetzt hatte, war die Einstellung zur Gewalt bei vielen noch immer ambivalent.

"Verstecke ich Ulrike Meinhof, wenn sie an meiner Tür klingelt?" - das war, wie sich der sozialdemokratische Ex-Staatssekretär Günter Gaus, 71, erinnert, "die wesentliche Frage, die meinesgleichen meines Alters sich damals stellte". Später teilten viele Liberale die schrille Kritik, die "Folterkomitees" an unmenschlichen Haftbedingungen für RAF-Täter übten.

In weiß gestrichenen Einzelzellen litten die Isolierten, wie in- und ausländische Gutachter bescheinigten, an "sensorischer Deprivation" (Entzug von Sinneseindrücken). Ulrike Meinhof beschrieb die Tortur am 231. Tag ihrer Haft in Köln-Ossendorf:

Zerreißwolf - Raumfahrtsimuliertrommel, wo den Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird - Kafkas Strafkolonie - pausenloses Achterbahnfahren.

Die Sympathien der Salonlinken im bürgerlichen Milieu, dem auch die Meinhof entstammte, schwanden allerdings (nahezu) im selben Maße, in dem sich die "antikapitalistischen" Kapitalverbrechen häuften. Am Ende erschienen die Terrortaten der RAF auch dem um ein Höchstmaß an Verständnis bemühten Schriftsteller Heinrich Böll nur noch als aberwitziger Kampf der "6 gegen 60 Millionen".

Besonders lange hielt die Bewunderung für die Mörder mit dem MPi-Emblem in zwei politischen Lagern an, deren heute prominenteste Exponenten dem Kabinett Schröder angehören:

- Die sogenannten K-Gruppen, denen Jürgen Trittin entstammt, waren ein Konglomerat unter-

einander zerstrittener, latent gewaltbereiter kommunistischer Sekten, deren Binnenleben weitgehend von Dogmatismus und Psychoterror geprägt war - eine maoistische Spielart religiöser Jugendsekten.

- "Sponti"-Cliques wie der "Revolutionäre Kampf", Heimat von Joschka Fischer und Vorläufer der späteren "Autonomen", trainierten in einer Art Wehrsportgruppe verkrachte Studenten und entsprungene Heimzöglinge für Straßenschlachten mit der Polizei - und dienten dem terroristischen Untergrund als Rekrutierungsfeld.

Beide Zweige, Spontis wie K-Gruppen, wurzelten in den Trümmern der alten Apo. Der SDS war bereits Ende '68 zerbrochen an dem "Dilemma, daß die antiautoritäre Revolte die eigene Organisation zerstört", wie Redner Bernd Rabehl auf einer der letzten Delegiertenkonferenzen ins Mikro sprach. Durch den Saal flatterten Flugblätter mit der blaßblauen Aufschrift "Ffffrustrationnnnnn ... Es ist fuern arsch."

An den Hochschulen fiel die Revolte in sich zusammen, nachdem im November 1968 Demonstranten bei einer Steinschlacht am Tegeler Weg in Berlin 130 Polizisten verletzt hatten; Anlaß war ein Ehrengerichtsverfahren, das dem Anwalt Horst Mahler wegen seiner Demonstrations- und Prozeßauftritte drohte. Die Friedfertigen skandierten fortan "Kei-ne Stei-ne!" oder "Molotow ist doof" und wandten sich ab.

Zurück an der Front blieben Militanzprediger wie Daniel Cohn-Bendit ("Wir brauchen eine Offensive der Gewalt") und der spätere RAF-Täter Mahler. Der Jurist hatte 1968 an die Apo appelliert, im revolutionären Kampf auch Tote einzukalkulieren, so wie jeder Autofahrer damit rechnen müsse, "daß ein Reifen platzt". Heute - the times they are a-changin' - ist Mahler einer der Chefideologen der NPD. Jüngst hat die Strafverteidigervereinigung ihn daher ausgeschlossen.

"Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten", "Macht kaputt, was euch kaputt macht" - in diesem Meinungsklima formierten sich in den späten Sechzigern vor allem in den Großstädten geheim ("klandestin") operierende Grüppchen, für die Gewalt gegen Menschen nicht tabu war, ganz im Gegenteil.

"USA, SA, SS", "Schafft zwei, drei, viele Vietnam", "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" - nach der kruden Logik solcher Parolen war jeder Steinwurf auf einen Wachtmeister zugleich ein antifaschistischer Widerstandsakt, jeder brennende Streifenwagen zugleich ein Sieg im Volkskrieg, jeder Brandsatz in einem US-Konsulat zugleich ein Denkmäler für die bürgerlichen Täter-Väter - Venceremos!

Da half nicht mehr, daß sich geistige Väter der Revolte wie der Soziologe Jürgen Habermas vom "Linksfaschismus" der Brandflaschenfraktion absetzten. Andere Geistesgrößen sprangen den Stadtkriegern bei - bis schließlich sogar Jean-Paul Sartre 1974 den RAF-Häftlingen in Stammheim eine Visite abstattete.

Zunächst fast unmerkbar hatte die Gewaltspirale auch in Frankfurt zu rotieren begonnen. Anfangs versuchten die dortigen Spontis vergebens, die Arbeiterschaft in Großbetrieben wie Opel zu agitieren. Dann "befreiten" sie Jugendliche aus geschlossenen Erziehungsheimen wie im hessischen Staffelberg.

Die Schwererziehbaren ergriffen begeistert Besitz von den Stuck-Altbauten, die Linke im "Häuserkampf" gegen die Kahlschlagpläne der rechten Frankfurter SPD besetzt hatten, erfreuten sich der Zuwendung tabuloser Jungakademikerinnen und ließen sich von den obercoolen Schlauköpfen aus dem "Häuserat" erklären, wie man Bambule macht, "damit der Staat endlich seine blutigen Krallen zeigt".

Fischer selbst reimte im Kampf gegen die Bauspekulation und die Abrißpläne der Frankfurter Beton-SPD: "Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen." Wer widersprach, wurde ausgepiffen und niedergemacht - wie der Jungsozialist Karsten Voigt (heute SPD-Außenpolitiker), der an einer der ersten Hausbesetzungen teilgenommen und polizeiliche

"Überreaktionen" kritisiert hatte, jedoch Fischers "Spielerei mit Gewaltaktionen" strikt ablehnte. Die Militarisierung der Sanierungsgegner, warnte Voigt, "provoziert nur die Reaktion". Fischer putzte den Juso daraufhin vor versammelter Mannschaft runter:

Ich spreche hier für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrocke bezeichnet wurden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir entscheiden uns für einen Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt, oder für das, was als Aktionen von Politrockern diffamiert wird.

Maoisten aus den eher akademisch geprägten K-Gruppen (das K stand für kommunistisch) umwarben unterdessen mit Propagandatekten für Massenmörder wie Stalin all jene, denen die von Ost-Berlin gelenkten und bezahlten poststalinistischen "DKPisser" zu angepaßt waren und die über friedliche "Latschdemos" und linke "Liberallalas" höhnten. Die verbiesterte Entschlossenheit, sich von niemandem irgendwo auf der Welt jemals links überholen zu lassen, führte bei den Partei-Chinesen zu immer neuen Zellteilungen und zu immer skurrileren Forderungen.

"Verlangten etwa die Gewerkschaften für eine werdende Mutter die Freistellung drei Monate vor der Niederkunft, dann forderte der KB vier Monate und der KBW sechs Monate - und die völlig lebensfremde KPD-ML neun Monate vor der Geburt", erinnert sich der Zeitzeuge Michael Schwelien in seiner brillanten Joschka-Fischer-Biographie.

Das absurde Ende des Marsches von Linksaußen nach Linksdraußen markierte 1978 eine Kambodscha-Reise, bei der Hans-Gerhart ("Joscha") Schmierer, seines Zeichens Sekretär des Zentralkomitees im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), den blutrünstigen Steinzeitkommunisten Pol Pot besuchte und bejubelte. "Der kurze Flirt mit den Roten Khmer", erinnert sich der ehemalige Schmierer-Mitstreiter Gerd Koenen, sei für den KBW "so etwas wie der Todeskuß" gewesen, "den wir vielleicht unbewußt herbeigesehnt hatten". (Joscha Schmierer sitzt heute im Planungsstab von Joschka Fischers Auswärtigem Amt.)

Gemeinsam war Spontis und K-Grüpplern die, gelinde gesagt, zwiespältige Haltung zur Gewalt. Viele der Maoisten, die auf Bauplätzen von Atomanlagen mit Steinen und Stahlkugeln die militärische Auseinandersetzung mit Polizei und Bundesgrenzschutz suchten, hielten die Mordstrategie der RAF höchstens für "untauglich, aber eben nur für untauglich, nicht für unerlaubt", wie einer von ihnen 1977 im SPIEGEL bekannte.

Der Kommunistische Bund (KB) in Göttingen, in dem Trittin als Ideologe aktiv war, begründete in seiner "Roten Tribüne" unter Hinweis auf Marx das parteiamtliche Nein zur RAF und das grundsätzliche Ja zur Gewalt mit den Worten:

Die Marxisten betonten stets, daß sie Anhänger der Gewalt seien und in ihr einen revolutionären Faktor sähen ... Die Marxisten sprachen sich für den Massenterror aus, aber sie sagten: Die Ermordung dieses oder jenes Ministers ändert an der Sache nichts.

Die Frankfurter um den "Spontifex maximus" Cohn-Bendit und dessen Bewunderer Fischer sahen in den RAF-Killern einerseits Konkurrenten, die immer mal wieder einen der Ihren abzuwerben versuchten, andererseits aber auch "Genossen", die Anspruch auf Solidarität und Unterstützung hatten.

Über die Haltung des Sponti-Duos Cohn-Bendit/Fischer zur Gewalt urteilt der Soziologieprofessor Oskar Negt, einst Kopf des "Sozialistischen Büros" in Offenbach, mit bitterböser Ironie: "Sie selbst haben wahrscheinlich nie erkennbar Steine geworfen, es aber doch bewundert, wenn andere den Mut aufbrachten, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen und (bedauerlicherweise, selbstverständlich) manchmal auch trafen."

Reden, die Fischer 1976 gehalten hat, erinnern an die Schwierigkeiten des kühlen K-Grüpplers Trittin, sich frühzeitig und eindeutig vom kaltschnäuzigen Ton des "Mescalero"-Artikels zum "Abschuß" von Buback zu distanzieren - einem pietätlos formulierten Text, der jedoch mit einem Aufruf zur Abkehr von der RAF-Gewalt endete. Fischer schwankte unter-

dessen lange Zeit, so Negt, zwischen "vorsichtiger Distanzierung" und "Nicht-Distanzierung" von der Militanz.

Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs im Mai 1976 - der die Ermittler die Mitverantwortung für 5 Morde und über 50 Mordversuche anlasteten - erklärte Fischer öffentlich, die RAF-Gründerin sei "von der Reaktion in den Tod getrieben, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet" worden.

Vermummte Unbekannte setzten am Tag nach dem Meinhof-Tod bei einer Demonstration Molotow-Cocktails ein. Der Polizist Jürgen Weber, 23, wurde dabei so schwer verletzt, daß er einen Kollegen anflehte, er möge ihn erschießen; Weber schwebte tagelang in Lebensgefahr. Noch heute hält der Beamte den Sponti-Ideologen Fischer, die laut Eigeneinschätzung "zentrale" Figur der gewaltlüsternen Szene, für "moralisch" verantwortlich.

Zu jener Zeit schwante dem Ober-Sponti offenbar, daß die Strategie der Stadtguerilla letztlich zur Selbstzerstörung führen werde. Im Juni 1976 erkannte er immerhin:

Je isolierter wir politisch wurden, desto militärischer wurde unser Widerstand, desto leichter wurden wir isolierbar, desto einfacher war es für die Bullen, uns von "Politrockern" zu "Terroristen" umzustempeln.

Dennoch war Fischer auch in dieser Rede noch immer nicht bereit, einen klaren Trennstrich zu ziehen - sei es aus taktischen Erwägungen, sei es aus Feigheit vor den Freunden aus dem Gewaltmilieu. Er forderte die RAF zwar auf, "Schluß zu machen mit diesem Todestrip", fand anschließend aber Formulierungen, die nach dem Urteil des Kongreßveranstalters Negt "alles in der Schwebe" hielten:

Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwenken.

Warum es Fischer ("Ich war nie ein Pazifist") so schwer fiel, von der Gewalt loszukommen, hat er selbst später wiederholt zu erklären versucht - mal zerknirscht, mal kokett. "Glück" und "Stolz (jawohl, Stolz)" hätten ihn erfüllt, wenn er es mal wieder den "Schweinen ... erfolgreich gezeigt" hatte.

In einem "Playboy"-Interview führte er die "Faszination der Gewalt" auf "diese Männlichkeitsrituale, Mutrituale" zurück: "Die Atmosphäre war schon toll, wenn man wußte, daß es gleich losgeht."

Sogar noch im finstersten "Deutschen Herbst" 1977, nach den Serienmorden an Buback, Ponto und Schleyer, war Fischer mit sich uneins: "Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen, das sage ich ganz offen für mich." Dennoch schwand nun allmählich seine Zuneigung zu politischer Gewalt - zumal sich die Frauen in seinem Umfeld kritischer denn je über die Militanten äußerten, denen es mittlerweile gelungen war, die gesamte deutsche Linke zu diskreditieren.

Anfang der Siebziger hatten die Genossinnen über Gewalt noch ganz anders gedacht. Wenn es damals in der Szenekneipe über jemanden hieß: "Ei, der is doch in der Putzgrupp", dann war er, wie Fischer-Biograf Schwelien schreibt, "für den Abend der Größte und mußte bestimmt nicht allein nach Hause gehen".

Nach der Mordserie aber war der Terrorismus auch bei den Groupies der Revolution plötzlich out. "Die Frauen in der Szene", erinnert sich der Womanizer Fischer, hätten ihm vorgehalten: "Das ist Machismus (Männlichkeitswahn), Gewaltkult". Das habe ihn "nachhaltig beeindruckt".

Für Fischer persönlich begann 1978 eine bleierne Zeit - für ihn waren "die revolutionären Träume ausgeträumt", er lebte in einer Männer-WG, chauffierte als Taxifahrer Betrunkene durch Sachsenhausen und verkaufte in einem Antiquariat namens "Karl Marx" Bücher, die irgendwelche Jemande per "Einklauen" (Schwelien) beschafft hatten. Ende 1978 jammerte

Fischer im Alternativblatt "Pflasterstrand":

"Die Perspektivlosigkeit, das Rumhängen, das Nicht-wissen-was-Tun wird immer unerträglicher."

Die neue Umweltbewegung ließ ihn zunächst kalt - Unken über die Straße zu tragen war weniger "sexy" als sogenannte Bullen über die Straße zu jagen. "Seien wir doch mal ehrlich", beschrieb Fischer seine "Politik in der ersten Person", "wer von uns interessiert sich denn für die Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?"

Das Desinteresse der Spontis an den grünen "Ökospießern" - die sich im Januar 1980 in Karlsruhe ohne Fischer als Bundespartei konstituierten - änderte sich schlagartig, nachdem die Frankfurter Grünen bei der Rathauswahl ein Jahr später auf Anhieb 6,4 Prozent erobert hatten: Die frustrierten Häuptlinge der bankrotten Sponti-Bewegung begriffen, daß der Weg zur Macht durchs Grüne führte; überdies winkten Diäten und Staatsknete aus der sogenannten Wahlkampfkostenerstattung.

Erst anderthalb Jahre nach der Parteigründung trat Fischer ein - dann aber mit Karacho, mit- samt seiner "Fischer-Gang", wie seine Sponti-Truppe bald von den Altgrünen um die Radikal-Ökologin Jutta Ditfurth genannt wurde. In ihrem jüngsten Buch beschreibt Ditfurth die "feindliche Übernahme" der Partei durch die Neulinge: "Eine erfahrene Schlägertruppe mit alternativem Gehabe und ohne Skrupel traf auf eine ziemlich naive, basisdemokratische Partei mit offenen Strukturen."

Über die Vorgehensweise der Fischer-Gang urteilte die Szene-Kennerin und frühere Cohn-Bendit-Freundin Barbara Köster: "Es entsteht etwas, sie müssen den Fuß reinkriegen, und dann müssen sie's übernehmen, und dann ist es kaputt, weil es keinen Inhalt mehr hat."

Es kam, wie es kommen mußte: Mit Masseneintritten und Geschäftsordnungstricks stellte die machtfixierte Fischer-Gang rasch die Gründungsgrünen um Ditfurth kalt, die sich als "Fundis" abgestempelt sahen, weil sie zunächst die Rolle der parlamentarischen Opposition ansteuern wollten. Fischers "Realo-Spontis" hingegen peilten - während Willy Brandt eine "neue Mehrheit diesseits der Union" ansteuerte - einen möglichst raschen Eintritt in die Wiesbadener Landesregierung an.

Mit Erfolg: Am 12. Dezember 1985 wurde Fischer Umweltminister im Kabinett des Sozialdemokraten Holger Börner, dem die FDP auf Grund ihrer Bonner Rechtswendung als möglicher Koalitionspartner abhanden gekommen war. Zum Amtseid trat Fischer in weißen Turnschuhen an, die er sich tags zuvor eigens für diesen Zweck gekauft hatte (und die heute im Ledermuseum in Offenbach ausgestellt sind).

Zu verdanken hatte Fischer seine Blitzkarriere - ebenso wie viele andere Erfolge auf seinem langen Weg ins Vizekanzleramt - nicht zuletzt kampferprobten Bündnispartnern: Aus ähnlichen Motiven wie die ehemaligen Hausbesetzer aus der Sponti-Szene hatten um 1980 herum die militanten Bauplatzbesetzer aus den K-Gruppen die neue grüne Partei besetzt.

Zu den K-Kadern, denen Fischer in der Umweltpartei begegnete, zählen, neben seinem Kabinettskollegen Trittin, viele andere Ex-Maoisten, die es mit Hilfe der Grünen weit gebracht haben - bis hinauf zur Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, 57, die früher der KPD/AO angehörte; statt "AO" (Aufbauorganisation) sagte die Konkurrenz penetrant "A-Null".

Zu Dutzenden sitzen einstige K-Grüppler für die Grünen noch immer in Landtagen und Kommunalparlamenten. Dort arbeiten sie Seite an Seite mit Abertausenden einstiger Apo-Mitstreiter, die sich in den Siebzigern auf der Direttissima den demokratischen Parteien zugewandt haben - ohne zuvor eine Irrfahrt durch die extreme Schläger- und Sektiererszene zu absolvieren.

Radikaldemokratische Jungdemokraten etwa, beflügelt vom 68er-Geist und verschrien als "Rote Garde", enterten die damals noch nationalliberale FDP, attackierten den rechten Partei-

chef und Ritterkreuzträger Erich Mende und unterstützten - "Nach Mendes Ende jetzt die radikale Wende" - die ostpolitischen Reformvorstellungen seines Nachfolgers Walter Scheel.

Die Jungdemokraten halfen so, die FDP reif zu machen für den Eintritt in die sozialliberale Koalition von 1969. Zu den prominentesten zählten Gerhart Rudolf Baum (später Innenminister) und Günter Verheugen (heute, nach seinem Wechsel in die SPD, EU-Kommissar in Brüssel).

Die SPD erlebte unterdessen einen Rekordzuwachs an Mitgliedern - rund eine Viertelmillion allein zwischen 1968 und 1973. Von der 68er-Schwemme profitierten vor allem die Jungsozialisten (Jusos), die sich weniger als Jugend- denn als linke Richtungsorganisation verstanden und siegesbewußt von sich behaupteten: "Wir sind die SPD der achtziger Jahre."

Mit bisweilen ruppigen Methoden drängten die Jusos, darunter viele Junglehrer und Jungsemer, in den rund 9.000 SPD-Ortsvereinen die müde gewordenen Veteranen der Arbeiterbewegung an den Rand. Die Reformer, allesamt Linke rechts von der Gewalt, entwarfen eine "Doppelstrategie" zur Kooperation von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition - vor allem mit den vielen tausend neuen Bürgerinitiativen, die, auch eine Folge des Apo-Aufbruchs, überall gegen Kahlschlagsanierungen und Straßenbahn-Tariferhöhungen, für Kindergärten und selbstverwaltete Jugendzentren mobil machten.

Damalige Parteijunioren wie der heutige Finanzminister Hans Eichel, 59, oder Hannovers Dauer-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, 57, zählten zu den Autoren einer rebellischen Denkschrift ("Kommunalpolitik - für wen?"). Das ziemlich konkrete Utopie-Papier verlangte den Altgenossenklüngeln in den Rathäusern eine stadtpolitische Kehrtwendung und den Neumitgliedern das Bohren harter, alter Bretter in Kreistagen und Stadträten ab.

Die meisten Jusos verstanden sich zugleich als Teil der Apo. "Ich bin unter dem Wasserwerfer aufgewachsen", erinnert sich die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, 58, die 1974 Juso-Bundesvorsitzende wurde und sich den Beinamen "Rote Heidi" erwarb. Ihr heutiger Kabinettschef Gerhard Schröder, damals junger Anwalt in Hannover, eroberte 1978 den Vorsitz der Jusos - Sprungbrett für eine Karriere ohnegleichen.

Ebenso machtbewußt wie taktisch versiert, hatte sich der heutige "Genosse der Bosse" ("Weltwoche") damals mit Revoluzzervokabular den widerstreitenden Flügeln der SED-nahen "Stamokaps" und der gemäßigten "Reformer" als "antirevisionistischer" Kompromißkandidat verkauft. "Er hat erkannt", erinnert sich ein Weggefährte, der frühere niedersächsische Kultusminister und Professor Peter von Oertzen, "daß er bei den Jusos nur mit einer linksradikalen Position Macht gewinnen kann. Macht war für ihn immer ein zentraler Wert."

Als Anwalt vertrat der Ober-Juso Atomrebell vor Gericht - und hielt doch immer zugleich auch ein Stück weit Distanz zu den Radikalsten unter ihnen. "Schröder war leidenschaftlich gegen die Atompolitik, aber immer schon Pragmatiker", differenziert Oertzen: "Utopien? Nicht im Sinne eines ideellen Konzepts."

In Schröders Kabinett sitzt heute, als Glanzlicht, ein weiterer Anwalt, der lange im Feuer zwischen den Fronten stand: Innenminister Otto Schily, 68, verstand sich einst als "liberaler Kommunist" - mit dem vorsichtig dialektischen Hinweis, daß es so etwas ja eigentlich gar nicht gebe. Heute geriert sich Schily, ein unbeirrbarer Advokat des staatlichen Gewaltmonopols, der 1989 von den Grünen zur SPD wechselte, bisweilen eher als Neokonservativer. In den Siebzigern wurde der RAF-Verteidiger von der Rechtspresse als "Linksanwalt" geschmäht. Die Terroristen lasteten ihm hingegen an, daß er sich im Gegensatz zu manch anderem Kollegen nicht als Waffen- und Kassiberschmuggler mißbrauchen ließ.

Was die RAF von Schily hielt, geht aus Aussagen hervor, die der Terrorist Michael ("Bommi") Baumann 1973 Stasi-Vernehmern bei einem erzwungenen Zwischenstopp in Ost-Berlin zu Protokoll gab:

Otto Schily vertritt nur aus persönlichen Motiven RAF-Leute und ähnliche, Mahler, Ensslin

und mich. Humanist, sehr vornehm, intelligent, auf Distanz bestehend.

Der Ex-Apo-Mann Schily sieht ebenso wie seine Kabinettskollegen mit K-Gruppen- oder Sponti-Vergangenheit bereits eine weitere große Debatte über die Berliner Republik hereinbrechen: den Streit darüber, ob die Jahre 1968 folgende für Deutschland eher ein Fluch oder ein Segen waren.

"Die Opposition versucht, einer ganzen politischen Generation den Prozeß zu machen", glaubt Rezzo Schlauch, 53 - Rache für all die Schmähungen und Demütigungen, die Christunionler erfuhren, als an Universitäten toleranzfreie Zonen entstanden, in denen die struppigen Pullovermänner die sauberen Schlips- und Scheitelträger vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten als Faschos hinstellten, verspotteten und mobbten.

Was hat "68 bewirkt? Otto Schily glaubt, mit ihrem politischen Ansinnen seien die damaligen Revolutionäre "politisch total gescheitert". Als "kulturelle Umwälzung" dagegen hätten die Apo-Jahre "positive Folgen" gehabt.

Weithin unumstritten ist: Die lockeren Zeiten ("Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment") haben dazu beigetragen, das ranzige Sexualstrafrecht mit seinen Kuppel- und Homosexverboten zu liberalisieren und die Sexualmoral zu verändern. Die Institution Ehe hat dadurch kaum ernstlich Schaden genommen, im Gegenteil: Gerade die heute prominentesten Protestler von einst heiraten je öfter, je lieber - der Kanzler (vier Ehen) ebenso wie sein Vize (vier Ehen).

Billy-Regal statt Schrankwand, Jeans statt Anzug, du statt Sie - die Zahl derer, die solche 68er-Folgen für Errungenschaften halten, überwiegt. Das gilt womöglich auch für die damals eingeleitete neue Ostpolitik und viele kulturpolitische Reformen - von der Abschaffung des schulischen Frontalunterrichts bis zum Abschied von der Ordinarien-Universität.

Zwiespältig muten die Auswirkungen der schwarzen Siebziger an. Die Kriegserklärung der Roten Armee Fraktion an die Gesellschaft war zugleich die Geburtsstunde des Fahndungsstaates, der auf die paramilitärische Herausforderung durch die Ultras mit Polizeiaufrüstung und Sondergesetzen reagierte - die gerade liberalisierte Bundesrepublik war im Begriff, sich zu entliberalisieren.

Überwiegend positive Folgen hatten hingegen die Ökoproteste, die in den Siebzigern aufflammten und in den grünen Achtzigern weiter eskalierten: Wenngleich die Umweltbewegung Schaumkronen von Hysterie trug, wäre es ohne sie kaum gelungen, binnen kurzem das Waldsterben mit Abgas- und Katalysatorvorschriften zu bremsen, die Flußverschmutzung zu stoppen, das Energiesparen zu popularisieren und Deutschland zum Weltmeister in der Disziplin Umwelttechnologie zu machen.

Daß die 68er-Generation stets "gewisse Wahrnehmungseinschränkungen" hatte, wie Schily höflich formuliert, ist allerdings auch unverkennbar.

Manch ein Achtundsechziger war jahrzehntelang fest davon überzeugt, daß US-Raketen grundsätzlich friedensbedrohender seien als SU-Raketen, Atomkraftwerke im Westen gefährlicher als im Osten, der Krieg der Amerikaner in Vietnam empörender als die Intervention der Russen in der Tschechoslowakei oder in Afghanistan. Fleiß, Pünktlichkeit, Sauberkeit galten vielen als tendenziell faschismusverdächtige "Sekundärtugenden".

Wenngleich durch diesen Geist geprägte Lehrer und Juristen eine Zeit lang in die Schulkollegien und Gerichte geströmt sind, ist fraglich, ob für sämtliche Defizite im Erziehungssystem und im Gerichtswesen allein die 68er verantwortlich zu machen sind. Der CSU-Mann Peter Gauweiler hält sogar den Umstand, daß die Rechtschreibfähigkeit der Deutschen seit 1968 abgenommen hat ("doppelt so viele Fehler"), für eine "Langzeitwirkung der Apo".

Mittlerweile plädieren allerdings auch Linke für die Reform manch einer Reform, die sich dem Überschwang des 68er-Aufbruchs verdankt, vom Scheidungs- bis zum Jugendstrafrecht. Auf eine Justiz beispielsweise, die Straftäter nicht ungeschoren davonkommen läßt, setzt mitt-

lerweile auch der geläuterte Steinewerfer Fischer.

Im Mai 1999, beim Kosovo-Sonderparteitag der Grünen, hatte ein Kriegsgegner aus der Autonomenszene dem Kriegsbefürworter Fischer einen blutroten Farbbeutel an den Kopf geschleudert. Der Bellizist (Kriegsbefürworter) erlitt einen Trommelfellriß.

Fischer erstattete Strafanzeige. In der Verhandlung, kurz vor Weihnachten, beantragte der Staatsanwalt sieben Monate Gefängnis auf Bewährung für den sonderbaren 37-jährigen Farb-attentäter, der vor Gericht in Frauenkleidern erschien.

Der Richter zeigte sich gnädig und blieb hinter dem Strafantrag zurück: 3.600 Mark Geldstrafe für den Beutelwerfer - wegen "schwerer Körperverletzung in einem minder schweren Fall".

Minder schwer als was?<<

Der SPD-Politiker Johannes Rau (1931-2006) wurde am 23. Mai 1999 zum Bundespräsidenten gewählt.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (21/1999) berichtete am 23. Mai 1999: >>Ein Mensch namens Jesus

Rudolf Augstein über die scheinheiligen Legenden im "Heiligen Jahr"

Das Heilige Jahr, dessen sind wir schon heute sicher, wird ein scheinheiliges werden, und es lohnt einen Versuch, den Anfängen zu wehren.

Denn es wird vieles gefeiert, was sich nicht ereignet hat. Es werden viele Örtlichkeiten gezeigt, die mit Jesus sowenig zu tun haben wie die Aberhunderte von Kreuzessplitter-Reliquien, das "Turiner Grabtuch", der "Heilige Rock" von Trier und die Knochen der Heiligen Drei Könige im Kölner Dom. Es wird vieles verschwiegen werden, was man nicht wahrhaben will; und es wird vieles verbreitet werden, was nicht wahr ist.

Der Papst will uns weismachen, der 2.000. Geburtstag seines Herrn Jesus Christus stelle "in Anbetracht der vorrangigen Rolle, die das Christentum in diesen zwei Jahrtausenden ausgeübt hat, indirekt für die ganze Menschheit ein außerordentlich großes Jubiläum dar".

Wie "vorrangig" wirkte das Christentum in der Geschichte, wie "außerordentlich groß" ist das Jubiläum, wie "außerordentlich groß" ist dieser Jesus Christus heute noch? Da wird man sich von vornherein den pathetischen Ansprüchen widersetzen und dann sehr genau unterscheiden müssen.

Nicht, was ein Mensch namens Jesus gedacht, gewollt, getan hat, sondern was nach seinem Tode in seinem und unter seinem Namen, aber oft nicht in seinem Sinne, sehr oft gegen seine Intentionen gedacht, gewollt, getan worden ist, hat die christliche Religion und mit ihr die Geschichte des sogenannten christlichen Abendlandes bestimmt. Was und wer immer Jesus war, ein Mann des Abendlandes war er nicht.

Neben den vier Evangelisten Matthäus, Markus, Lukas und Johannes und denen, die vor ihnen Jesus-Geschichten gesammelt und weitergegeben, radikal verändert und erfunden haben - neben denen also, die aus dem Menschen Jesus die Kunstfigur Christus gemacht haben, waren es zwei Männer, die bestimmt haben, was als christliche Religion die Geschichte beeinflusst hat: der Apostel Paulus, ehemals "Schaul" oder "Saulus", ein Diaspora-Jude aus der römischen Provinzhauptstadt Tarsus (heute südliche Türkei), und der Nichtchrist Konstantin, Kaiser des Römischen Reiches von 306 bis 337, der sich erst auf dem Sterbebett taufen ließ.

Paulus war, daran gibt es keinen Zweifel, einer der ganz großen Neuentwerfer der Geschichte. Nicht Jesus, sondern er war der eigentliche Religionsstifter, an Bedeutung Mohammed gleich. Für das Leben, die Worte und die Taten seines Herrn Jesus hat er sich wenig interessiert, dessen Lebensthema vom nahen "Reich Gottes" war ihm in seinen zwischen 50 und 61 nach Christus verfaßten Briefen nur ein paar Sätze wert. Über die Zukunft irrte sich, dessen sind sich bibelkritische Exegeten sicher, erst Jesus, der das Hereinbrechen des "Reiches Gottes" noch zu seinen Lebzeiten erwartet hatte; über die Zukunft irrte dann auch der Apostel. Nur

glaubte er, daß der auferstandene Christus alsbald mit Macht und Herrlichkeit wiederkommen würde.

Wenn einer, dann hat Paulus die Kirche geprägt und nicht die Lichtgestalt Jesus Christus; und dies bis heute, bis ins tiefste Innere des Papstes Johannes Paul II., dessen Fleisches- und Frauenfeindlichkeit der Apostel vorwegnimmt. An eine Kirche, an ein Konzil, an einen unfehlbaren Papst aber hat auch Paulus gar nicht denken können.

Konstantin, der sich "Pontifex maximus" nannte - wie später und noch heute der Papst -, erkannte, welch integrierende Kräfte dem Christenglauben innewohnten, der auf der jüdischen Gehorsamsethik aufbaute.

Max Horkheimer nennt Konstantin einen "Skrupellosen", der "unter den vorhandenen Götterlehren das Christentum als Kitt für die gefährdete Weltmacht ausersah". Damals hat sich die Kirche grundsatzloser neu orientiert als irgendeine andere Gemeinschaft zuvor oder danach. Und Ernst Bloch befand: "Indem das Christentum unter und durch Konstantin des römischen Staates sich bediente, bediente sich der Staat des Christentums, und das Christentum ward verfehlt."

Kirche und Staat, Altar und Thron gaben so ihren Bund bekannt. In Deutschland hat ihn niemand je wieder auflösen können - kein Napoleon, kein Demokrat 1918, kein Hitler, kein Honecker.

Schon auf dem Konzil von Arles im Jahre 314 belegte die Kirche jeden Deserteur des kaiserlichen Heeres mit dem Bann. Vorbei war's mit dem Pazifismus, mit der Verachtung der Dinge dieser Welt, mit der freiwilligen Armut der frühen Christen. Und 40 Jahre nach Konstantins Tod nannte die Kirche ein Zehntel vom Grund und Boden im römischen Westreich ihr eigen; im Mittelalter brachte sie es in Westeuropa sogar auf ein Drittel.

Die Kirche machte sich im Gegengeschäft nützlich und diente seither jedem Staat dazu, um "die Mühseligen und Beladenen bei der Stange zu halten", wie Ernst Bloch schreibt. Im Namen jenes Mannes, dem in den Mund gelegt wurde, sein Reich sei nicht von dieser Welt, errichtete die Kirche ihre durchaus weltliche Zwangsherrschaft.

Gegen Ende des vierten Jahrhunderts wurde in Trier der erste Ketzer hingerichtet, aus Verfolgten waren Verfolger geworden. "Die letzte Hexe wurde", wie der Philosoph Bloch notierte, "um 1770 in der Nähe Würzburgs verbrannt, und eine allerletzte wurde 1825 in St. Gallen vom Land der Eidgenossen dem Höllenfeuer nachgeliefert". Schon nach wenigen Jahrhunderten gab es weit mehr Opfer der Kirche als Märtyrer, die ihr Leben für sie geopfert hatten.

"Die Schrift lehrt nichts, was nicht mit der Vernunft in Einklang stünde", behauptet Walter Kasper, derzeit noch Bischof von Rottenburg-Stuttgart, demnächst im Vatikan tätig und vermutlich übers Jahr Kardinal, in seinem Jesus-Buch. Aber Millionen Unschuldiger sind verfolgt, bestraft und getötet worden, weil die Kirche den Einklang zwischen deren vernünftigem Denken und ihren eigenen Lehren bestritt, dem dogmatischen Verständnis der sogenannten Heiligen Schrift.

Erst der Bund mit Konstantin und der Verrat an den urchristlichen Lehren begründeten die geschichtliche Wirkung des Christentums. Eine religiöse Idee verwandelte sich in eine andere, fast gegenteilige. Erst mit der Konstantinischen Wende ging überdies die antijudaistische Saat auf, die in den Evangelien gesät worden war.

"Solange die Christen eine unterprivilegierte Randgruppe waren", so der amerikanische Exeget John Dominic Crossan in seinem vor kurzem erschienenen Buch "Wer tötete Jesus?", "schadeten ihre Passionserzählungen, welche die Juden als schuldig am Tode Jesu hinstellten, die Römer aber von jeder Schuld daran entlasteten, im Grunde niemandem. Doch als dann das Römische Reich christlich wurde, wurde die Fabel mörderisch."

Aber wie ist diese unerhört expansive, die Welt umgestaltende Kraft der christlichen Zivilisation zu erklären? Wohl vor allem aus der enormen Spannung zwischen polar entgegengesetz-

ten Prinzipien: zwischen Übernatur und Realität, Heiligem und Profanem, Geistlichem und Weltlichem, Kirche und Staat; oder auch aus der Spannung zwischen Geschlechtsfeindlichkeit und Sexualgier, zwischen Seele und Körper. Kultur bildet sich nach Sigmund Freud nur im ständigen Kampf zwischen Triebunterdrückung und Auflehnung dagegen.

Es war und ist das Geschäft der Religion, Gott und den Menschen gegeneinander auszuspielen. Niemand verstand und versteht es so wie die christlichen Kirchen, den Menschen mit Schuldgefühlen unter Spannung zu bringen. Ist der Druck auf einen kaum noch erträglichen Höhepunkt getrieben, konnten und können die Kirchen mit dem Gnadenmittel der Sündenvergebung zur Stelle sein. Vor allem die Kirche selbst fand so einen Weg, die christliche Lehre nicht zu befolgen und dennoch von den Folgen dieses Nichtbefolgens freigestellt, "erlöst" zu werden.

Sind nun diese Antriebskräfte, die eine Symbolfigur von der Größenordnung des Jesus Christus geschaffen haben, erschöpft, laufen sie jetzt leer? Was liegt brach, wenn keine mythische Phantasie einen mehr beflügelt, wenn Mythos, Magie und alles Heilige total aus dem Leben verschwinden; wenn es keine "letzten", keine absoluten sittlichen Werte mehr gibt?

Das Verlangen des Menschen, sich selbst und in seinem Dasein einen Sinn zu finden, ist ja geblieben. Es gibt ein Bedürfnis, das man nicht vorschnell "religiös" nennen sollte, das aber nach Sinn, Gerechtigkeit und Wahrheit, nach einem erfüllten Leben verlangt. Die moderne Theologie versucht zwar, dieses Bedürfnis zu befriedigen, aber es gelingt ihr nicht, sowenig wie es der sterilen Rückwärts-Theologie des Papstes und der anderen Bewahrer des Vergangenen gelingt.

In immer neuen Anläufen und mit immer neuen Abwandlungen verfißt beispielsweise die Hamburger Theologin Dorothee Sölle über Jahrzehnte den Gedanken, Jesus sei der Stellvertreter des abwesenden oder toten Gottes. Weder sie noch ihre Mitstreiter bemühen sich, diese Stellvertreter-Figur von dem antiken Jesus von Nazaret abzuleiten. Sie nehmen ganz bewußt das von Paulus entdeckte Vorrecht in Anspruch, eine abstrakte Figur nach den Bedürfnissen der Menschen zu entwerfen. Der einstige Jesus/Jeschua bleibt wiederum unwichtig.

Natürlich ist es nur ein Gag, wenn Theologen Gott für tot erklären. Damit ist immer der alte Gott gemeint. Sie kneten sich ihren Christus zurecht und basteln sich ihren Gott, wie er nach ihrer Meinung beschaffen sein muß, damit er noch irgendwie in die heutige Welt paßt und damit sie ihn, wie lädiert auch immer, ins dritte Jahrtausend hinüberretten können. Jede, nicht nur die christliche, Theologie sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, daß Religion, wie sie von Kirchentreuen und -untreuen verstanden wird, keine Zukunft mehr hat - mit welchem Gott auch immer.

Es wird zum Beispiel darüber gestritten, ob Gott nun Mann oder Frau, ob er Mann und Frau oder ob er weder Mann noch Frau ist. Irgendein Sinn läßt sich in diesen Auseinandersetzungen nicht finden. Die Nöte in dieser Welt betrachtend, wird gesagt, man könne Gott nur noch eine von zwei Eigenschaften zuerkennen: entweder Allmacht oder Güte. Denn besäße er beide, würde er soviel Leid nicht dulden.

"Abschied vom allmächtigen Gott" war denn auch 1995 der Titel eines der Bücher, in denen diese Erkenntnis ausgebreitet wurde.

Es gibt keinen Gott, den wir erkennen oder über den wir reden könnten, auch keinen allmächtigen. Daß ein Gott vor 2.000 Jahren ein für allemal gehandelt hat, ist Mythos und Magie aus den Kindertagen der Menschheit.

Die Frage, ob man Jesus braucht, um an Christus glauben zu können, ist heute unter Fachleuten wieder aktuell geworden, sie ist "in". Die naheliegende Frage aber, ob er denn wirklich gelebt hat, ist "out". In keinem der einschlägigen zwei Dutzend Jesus-Bücher, die derzeit auf dem deutschen Markt sind, ist sie dem Autor mehr wert als einen Satz, oft nicht einmal den.

Aber es muß nicht unbedingt ein "Narr" sein, wie der Philosoph Paul Deussen 1913 kühn behauptete, wer an der Geschichtlichkeit der Person Jesu zweifelt. Solche "Narren" waren immerhin Napoleon und Friedrich der Große. Auch beim jungen Goethe finden sich Sätze starken Zweifels. Der erste Theologe, der Jesus aus der Geschichte strich, war Bruno Bauer (1809 bis 1882), der daraufhin seine Lehrbefugnis verlor und einen Gemüseladen eröffnete.

Immerhin neun Prozent der erwachsenen Deutschen, gleich sechs Millionen Leute also, nehmen an, daß Jesus nie gelebt hat, so eine Umfrage in diesem Jahr (siehe Seite 222). Alles Narren?

Vieles spricht dagegen, daß es Jesus gegeben hat. Der ganze Jesus kann eine aus mehreren Figuren und Strömungen synthetisch geformte Erscheinung sein, von phantasievollen, hellenistisch gebildeten Juden bewußt oder unbewußt als eine personifizierte Heilserwartung des jüdischen Volkes erfunden. Die meisten seiner Züge, die in den Evangelien beschrieben werden, sind überindividuellder Natur und auch vor ihm schon nachweisbar; die ihm zugedachten Eigenschaften entsprachen offenbar intensiven Bedürfnissen seiner Zeit- und Nachzeitgenossen.

Manches spricht aber auch dafür, daß es ihn wirklich gegeben hat. Es ist zum Beispiel schwer vorstellbar, daß die Evangelien ganz ohne personalen Anlaß hätten entstehen können, ohne Inspiration durch den gewaltsamen Tod eines Menschen. So kann wohl doch ein personaler Kern angenommen werden, sonst wäre die ungeheure Motorik der frühchristlichen Bewegung kaum verständlich, obwohl die nun allerdings ohne Paulus nicht zu denken ist. Es kann also durchaus einen Mann gegeben haben, den etliche seiner Mitjuden - einfache Leute wohl - mit Fähigkeiten ausgestattet glaubten, über die sie selbst nicht verfügten, dem sie einen Wechsel der Verhältnisse zutrauten.

Interessanteres als das Entstehen der christlichen Religion läßt sich in der Geistesgeschichte schwerlich finden. Der Prozeß, wie sich eine Religion aus einer anderen entwickelt und dann fast in ihr Gegenteil verkehrt, läßt sich wie in einem Fixierbad Schicht um Schicht sichtbar machen. Ob in der christlichen Religion am Anfang Jesus stand oder nicht, ist dabei nur einer von vielen Aspekten, wenn auch einer der wichtigsten. Es gilt aber zu verhindern, und dies aktuell im kommenden Christus-Jahr, daß die Frühgeschichte des Christentums geklittert, um nicht zu sagen verfälscht wird.

Würde man die frommen Gedanken des Papstes zum "Großen Jubeljahr", wie er es selbst bezeichnet, wiedergeben, so könnte man mit seinen eigenen Worten, die schon Hunderte Seiten füllen, allerhand Spott treiben. Leseprobe: "Nur mit Christus" gebe es "eine gerechtere und brüderliche Gesellschaft"; oder: Die "Solidarität unter den arbeitenden Menschen" habe "ihren Grund in der christlichen Botschaft"; und: "Die ganze menschliche Geschichte ist ein einziges großes Suchen nach Jesus."

Menschheit, Welt und Kosmos, drunter tut es Johannes Paul II. nicht, wenn er die Bedeutung Jesu preist. Anhand solcher Texte zu erörtern, ob und gegebenenfalls wie dieser Jesus die Weltgeschichte beeinflußt hat, dazu fehlt ihnen die Substanz.

Und doch hakt man an dem einen oder anderen Papstwort fest: Welch Geist steckt beispielsweise hinter dem Spruch, Christus sei "die Erfüllung der Sehnsucht aller Religionen der Welt"? Ob die Buddhisten oder die Muslime das wohl wissen? Glaubt es irgend jemand außer dem Papst, kann er es selbst überhaupt glauben?

Schwierig wird es, wenn man sich dem Papst als Religionshistoriker und als Exegeten zuwendet:

"Flüchtige, wenn auch bedeutsame Andeutungen" und "Hinweise auf Christus" gebe es in der "nichtchristlichen Geschichtsschreibung", behauptet er in einem seiner Rundbriefe. Aber er informiert nicht, er desinformiert: Den Juden Flavius Josephus (37/38 bis circa 100) nennt er, allerdings ohne ihn zu zitieren - aus gutem Grund.

Denn ein längerer Passus bei Josephus, das "Testimonium Flavianum", wurde früher für bedeutsam gehalten, weil dieser jüdische Historiker angeblich lobende Worte für "Christus" fand. Aber es gilt schon seit etlichen Jahrzehnten nach Meinung fast aller Experten als christliche Fälschung. Allenfalls erwähnt Josephus den "Christus" an dieser und an einer anderen Stelle so beiläufig und wertfrei wie Johannes den Täufer.

Die Römer Tacitus, Sueton und Plinius den Jüngeren hingegen nennt der Papst in seinem Rundbrief nicht nur, sondern er zitiert sie auch. Aber sie gaben in der Zeit von 105 bis 122 nur wieder, was damals - etwa 75 bis 90 Jahre nach dem Tode Jesu - Christen über ihren Herrn erzählten.

Ehrlicher als der Papst ist da der katholische Bielefelder Theologe Willibald Bösen: "Die große Weltgeschichte nimmt von Jesus kaum Notiz", und "kaum" dürfte auch noch übertrieben sein. Sie nahm ihn nämlich gar nicht wahr.

Die Evangelien, so liest man nun wieder beim Papst, seien zwar "Glaubensdokumente", aber "auch als historische Zeugnisse nicht weniger zuverlässig". So einen kryptischen Satz würden deutsche Exegeten nicht einmal ihren Studenten durchgehen lassen. "Daß es sich bei den Evangelien um Lebensbeschreibungen Jesu handelt" und "das Adjektivum biographisch" mit Recht auf sie angewendet" werde, verbreitet weltweit mit einer "Handreichung" die für das "Heilige Jahr" zuständige Vatikan-Kommission.

Da sind die Hof-Theologen des Papstes um 90 bis 100 Jahre zurück. Daß die Evangelisten keine Biographen sind, hat schon 1906 Albert Schweitzer in seiner "Geschichte der Lebens-Jesu-Forschung" ein für allemal festgestellt. Die Exegeten ziehen daraus seit Jahrzehnten die Konsequenz, so kann man im Jesus-Buch des katholischen Neutestamentlers Herbert Leroy (Augsburg) lesen: "Heute wird auf den aussichtslosen und unsachgemäßen Versuch verzichtet, eine Biographie Jesu zu schreiben."

Wenn es um Details geht, läßt sich vielleicht streiten, ob der Papst und seine engsten Berater jeweils 20, 100 oder 200 Jahre hinter der Zeit zurückgeblieben sind. Darin unterscheiden sich ihre Texte nicht vom 1993 erschienenen "Weltkatechismus", den eine Kommission unter Kardinal Joseph Ratzinger erarbeitete - offenbar spürbar vom Heiligen Geist erleuchtet (Kardinal Ratzinger: "Wir glaubten oft förmlich die höhere Hand zu spüren, die uns führte") - und den Johannes Paul II. eine "sichere Norm für die Lehre des Glaubens" nennt.

Jesus Christus sei der "Herr über den Tod", steht im "Weltkatechismus", und der Papst erklärt, was das heißt: "Dreimal gab er Toten das Leben zurück." Dazu Exeget Leroy: "Daß es sich nicht um historisch verifizierbare Ereignisse handelt, ist unbestreitbar."

Sogar als Herr über sein eigenes Leben und seinen eigenen Tod stellt sich laut Johannes-Evangelium Jesus selbst vor:

"Darum liebt mich mein Vater, weil ich mein Leben lasse, daß ich's wiedernehme. Niemand nimmt es von mir, sondern ich selber lasse es. Ich habe Macht, es zu lassen, und habe Macht, es wiederzunehmen."

Aber daß es Jesus ist, der hier spricht, glauben nur noch stockkonservative Exegeten. Für ziemlich alle anderen ist es der Evangelist Johannes, der Jesus diesen Satz in den Mund legt - wie alle anderen Jesus-Worte, die in seinem Evangelium stehen. Kein einziges stammt wirklich von Jesus.

Jesus Christus sei auch der "Herr über die Natur", heißt es im "Weltkatechismus" weiter, er stillt also Stürme, macht bei der Hochzeit zu Kana aus Wasser Wein - eine "Tatsache" nennt dies der Papst -, braucht nur fünf Brote für 5.000 Leute oder schafft dem Petrus "eine große Menge Fische" ins Netz. Dazu Bischof Kasper in seinem Jesus-Buch: "Sogenannte Naturwunder braucht man mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht als historisch anzusehen."

Mit dem Wojtyla-Papst als Bibelforscher ist keine ernsthafte Auseinandersetzung möglich. Als Exeget ist Johannes Paul II. so isoliert wie als Moralist. Für ihn stammen noch immer alle

Menschen vom Urvater Adam ab, und sogar von der Himmelfahrt spricht er als einem "Ereignis", läßt aber offen, wie er es sich vorstellt.

Daß niemand weiß, wann Jesus geboren ist, deutet der Papst nur an: "Man sieht von einer zeitlich exakten Berechnung ab." Sicher ist lediglich, daß der 2.000. Jahrestag der Geburt im falschen Jahr gefeiert wird. Ein Jahr null hat es nicht gegeben, und im Jahre eins ist Jesus nicht geboren, wie im sechsten Jahrhundert der Mönch Dionysius Exiguus annahm, als er den Kalender umstellte, wobei er sich auch noch verrechnete.

Auf die vagen Angaben in den Evangelien ist kein Verlaß. Jesus muß nicht "zur Zeit des Königs Herodes" geboren sein, weil es bei Matthäus so steht, und auch nicht "zu der Zeit, als ein Gebot vom Kaiser Augustus ausging, daß alle Welt sich schätzen ließe", weil es bei Lukas so steht.

Herodes regierte von 37 bis 4 vor Christus. Eine "Schätzung", also eine reichsweite Steuererhebung, gab es erst 74/75 nach Christus. "Wahrscheinlich übertrug der Evangelist diese Erfahrung auf einen lokalen Zensus", so Gerd Theißen und Annette Merz in ihrem Lehrbuch "Der historische Jesus".

Und war Jesus wohl 30 Jahre alt, als er anfang, durch Galiläa zu ziehen? Das steht so im Lukas-Evangelium; wahrscheinlich aber nur deshalb, weil laut Altem Testament David mit 30 Jahren König wurde und man den angeblichen David-Nachfahren Jesus im selben Alter als Messias auftreten lassen wollte.

Daß Jesus nur ein Jahr umherzog, legen die drei älteren, die sogenannten synoptischen Evangelien Markus, Matthäus und Lukas nahe, mindestens zwei Jahre läßt das Johannes-Evangelium vermuten.

Auch das Todesjahr ist ungewiß. Gestorben ist Jesus spätestens 36 nach Christus, denn da endet die zehnjährige Amtszeit des römischen Prokurators Pontius Pilatus. Die Mehrheit der Exegeten hat sich für das Jahr 30 nach Christus entschieden, ohne daß für dieses Jahr wesentlich triftigere Gründe sprechen als für einige andere. Angemessener wäre es, die Amtszeit des Pilatus als den Zeitraum zu nennen, in dem Jesus irgendwann gestorben sein könnte.

"Als im wesentlichen unhistorische, rein theologische Darstellungen" betrachten die meisten deutschen Theologen - mittlerweile auch die katholischen - die Geburtsgeschichten, bedauert der konservative Neutestamentler Rainer Riesner. Denn historisch sind weder die Stammbäume, die Jesus als Nachfahren des Königs David ausweisen sollen, noch wurde er von einer Jungfrau geboren.

Weder war Bethlehem der Geburtsort, noch gab es einen Stern von Bethlehem. Weder gab es den Kindermord des Herodes noch die Flucht nach Ägypten; und der superkluge Zwölfjährige ist auch nicht im Tempel aufgetreten. Nur die Beschneidung, ein nicht gerade häufiges Motiv der sonst so fleißigen Jesus-Maler, dürfte wirklich erfolgt sein - nicht weil sie von Lukas erwähnt wird, sondern weil sie damals bei keinem jüdischen Knaben unterblieb.

Daß Jesus in Bethlehem geboren wurde, nehmen wie Johannes Paul II. auch 77 Prozent der Bundesbürger an. Es ist, soweit wir sehen, einer der wenigen Punkte, bei dem die meisten Deutschen mit diesem hinterwäldlerischen Papst übereinstimmen. Dabei ist für fast alle evangelischen Theologen schon seit vielen Jahrzehnten, für die meisten katholischen seit etwa 15 bis 20 Jahren klar, daß Nazaret die Geburtsstadt Jesu ist.

Der Papst glaubt an Bethlehem, weil es bei Matthäus und Lukas so steht, die Deutschen wissen es nicht besser. In ihren Kirchen haben sie es nie anders gehört, in vielen Büchern nicht anders gelesen. Denn noch immer gilt, was der Göttinger Neutestamentler Hans Conzelmann 1959 schrieb: "Die Kirche lebt praktisch davon, daß die Ergebnisse der wissenschaftlichen Leben-Jesu-Forschung in ihr nicht publik sind."

Dabei ist Bethlehem nur bei Matthäus und Lukas als Geburtsort genannt, die beiden anderen Evangelisten gehen offenkundig von Nazaret aus. Und daß zwei Evangelisten Bethlehem nen-

nen, hat keinen historischen, sondern einen theologischen Grund: Es ist die Stadt Davids. Im Alten Testament verheißt der Prophet Micha der Stadt Bethlehem: "Die du klein bist unter den Städten in Juda, aus dir soll der kommen, der in Israel Herr sei."

Über den Stern von Bethlehem ist eine Menge geschrieben worden, obwohl es, wie der Kieler Neutestamentler Jürgen Becker in seinem Jesus-Buch schreibt, "keinen Stern gibt, der im Osten aufgeht, von Norden nach Süden, konkret: von Jerusalem nach Bethlehem, sich menschlichem Tempo anpassend, einen Weg zeigt, um dann über einem Haus stillzustehen". Gelegentlich wird diese Stern-Legende auf eine Planetenkonstellation im Jahre 7 vor Christus zurückgeführt, wie sie sich nur alle 800 Jahre ereignet.

An der Greuelstory vom Kindermord des Herodes ("alle, die zweijährig und darunter waren, in Bethlehem und in der ganzen Gegend") ist auch kein wahres Wort. Aber der Kölner Kardinal Joachim Meisner hält an dem Nicht-Ereignis fest, nutzt es sogar für die Agitation gegen die Abtreibung. Im Januar dieses Jahres predigte Meisner im Kölner Dom: "Zuerst Herodes, der die Kinder von Bethlehem umbringen ließ, heute unsere Gesellschaft, in der jährlich circa 300 000 unschuldige ungeborene Kinder getötet werden."

Und alljährlich begeht die katholische Kirche am 28. Dezember das "Fest der Unschuldigen Kinder". In einem 1982 erschienenen "Lexikon der Namen und Heiligen" werden diese Kinder als "Erstlingsmartyrer" gefeiert und gleich noch durchgezählt: "vielleicht gegen 20".

Die ganze Legende vom Kindermord und von der Rettung Jesu wurde und wird vermutlich nur erzählt, weil im Alten Testament Mose, der jüdische Religionsstifter, als Kind wundersam gerettet wird und weil Jesus zum christlichen Religionsstifter und zum zweiten Mose stilisiert werden sollte.

Damit stoßen wir auf die Quelle, aus der viele Berichte in den Evangelien stammen, die deshalb nicht historisch sein können. "Nach Ansicht der Christen", schildert der amerikanische Exeget E. P. Sanders in seinem 1996 auf deutsch erschienenen Jesus-Buch das Verfahren der Urchristen, Elemente aus dem Alten Testament herauszulösen, "hatten die jüdischen Propheten von Jesus geredet, der gekommen war, die prophetischen Verheißungen zu erfüllen. Die Christen konnten deshalb die Propheten lesen und dort Dinge finden, die Jesus getan haben mußte."

"Ein Possenspiel" nannte Friedrich Nietzsche diesen Versuch, "das Alte Testament den Juden unter dem Leibe wegzuziehen mit der Behauptung, es enthalte nichts als christliche Lehren". Und Nietzsche fragte: "Hat dies jemals jemand geglaubt, der es behauptete?"

Die Schriftauslegung ging "natürlich nicht ohne Gewaltsamkeiten gegenüber dem Text vor sich", schreibt der Mainzer Neutestamentler Ludger Schenke: "Man war überzeugt, daß der Text vom Christus sprach, auch wenn der Wortsinn dem nicht entsprach."

Anders klingt es, wenn der Exeget auf dem Stuhl Petri sich hierzu äußert. Das Alte Testament hat dann seinen Wert nur oder fast nur als eine Art Christus-Prolog. Johannes Paul II.: "Der Heilsplan des Alten Testaments ist im wesentlichen darauf ausgerichtet, das Kommen Christi, des Erlösers des Heils, und seines messianischen Reiches vorzubereiten und anzukündigen."

Wie will man sich mit den Juden verständigen, wenn man ihre hebräische Bibel, die nur von den Christen "Altes Testament" genannt wird, derart zweckentfremdet und vereinnahmt?

Das Alte Testament ist die wichtigste, aber nicht die einzige Quelle für die Geburtsgeschichte. Die Vorstellung, Jesus sei als Gottes Sohn durch wunderbare Zeugung zur Welt gekommen, ist für Juden absurd. "Sie stammt aus dem Polytheismus und ist im Alten Orient und im Hellenismus weit verbreitet", so der "Grundriß der Theologie des Neuen Testaments" von Hans Conzelmann und Andreas Lindemann. Da gab es beispielsweise den Glauben, daß die ägyptischen Pharaonen, der makedonische König Alexander der Große, der römische Kaiser Augustus und die griechischen Philosophen Pythagoras und Plato von Gott gezeugt seien.

Mangels jedweden Hinweises in den Evangelien wird auch über andere Dinge gerätselt:

Sechs Kilometer von Nazaret, in Sephoris, gab es zum Beispiel ein griechisches Theater. Hat Jesus es je besucht? Sprach er also neben Aramäisch, seiner Muttersprache, auch Griechisch und/oder Hebräisch, wie damals die gebildeten Juden in Palästina?

Und wie sah Jesus überhaupt aus? Kein Wort steht darüber im Neuen Testament. Die ersten Kirchenväter bezogen eine Passage über einen leidenden Gottesknecht im Alten Testament auf ihn und übernahmen auch die Beschreibung, daß "seine Gestalt häßlicher war als die anderer Leute". Aber lange mochte man dabei nicht bleiben. Schon vom dritten Jahrhundert an war Christus nur noch schön.

Eine andere Frage: War Jesus verheiratet? Seine Ehefrau könnte, wenn wir uns an die Bibel halten, nur Maria Magdalena gewesen sein. Auf keine andere Spur setzen uns die Evangelien, wenn überhaupt auf eine. Darüber ist sehr viel geschrieben und spekuliert worden; es gibt alle Varianten der Zuordnung, vom Groupie im Musical "Jesus Christ Superstar" bis zur verlassenen Ehefrau. Maria Magdalena scheint eine treue Gefolgsfrau gewesen zu sein, ob sie mehr war oder sein wollte, wissen wir nicht. Wir hätten auch nichts davon, selbst wenn wir es wüßten.

Wie lebte Jesus? "Ohne festen Wohnsitz, ohne geregelten Broterwerb und ohne familiäre Bindung", schreibt der Kieler Exeget Becker. Mit seinen Jüngern bildete er "eine Gruppe mit sozial abweichendem Verhalten", meint der Heidelberger Gerd Theißen. Christoph Burchard, ein anderer Neutestamentler, nimmt an, daß sich die Gruppe "durch Einladungen und Spenden unterhalten" habe; "daß sie gebettelt haben, ist nicht überliefert". Folgt man dem Evangelisten Lukas, ließ Jesus sich von vermögenden Frauen aushalten: "... und viele andere dienten ihm mit ihrer Habe".

Zum kargen Leben des "Herrn" will nicht so recht passen, daß Jesus angeblich als "Fresser und Weinsäufer" galt; seine Gegner sollen ihn so beschimpft haben. Heute ist das ein Lieblingszitat der Theologen, weil sie ihn damit volksnäher - nicht als Exorzisten und Wundertäter - präsentieren können.

Kann entwirrt werden, was die Anhänger des gestorbenen und nach ihrer Ansicht auferweckten oder auferstandenen Jesus sich zurechtgeglaubt haben, entwirrt werden von dem, was er war und von sich selber hielt? Genau das scheint unmöglich.

Wenn dieser Jesus nicht nur ein Mixtum compositum vieler Wünsche und Sehnsüchte seiner Zeit oder ein mehr zufällig Hingerichteter, wenn er also eine historische Figur war, dann müßte er ein ungestümer, von wilden Gedanken ergriffener Mensch gewesen sein. Einer, der sich über die ihm gesetzten Lebensregeln ärgerte; ein Provokateur, der sich einbildete, an ihm und an niemandem sonst entscheide sich die Herabkunft des Gottesreiches. Er müßte ein Mensch gewesen sein, der den Himmel auf die Erde ziehen wollte, der sich als Werkzeug eines höheren Willens verstand.

Dieser Jesus, über dessen Alter wir ja im Ernst nichts wissen, konnte nicht alt werden, soviel läßt sich nachfühlen.

Vorstellbar ist wohl, daß ein solcher Mann aus Nazaret wider die Reichen wettete und sie zugleich bemitleidete, weil sie den anderen ins künftige Paradies nicht folgen konnten - sie hatten zuviel an den Füßen. Der Dichter Heinrich Heine nannte Jesus wegen dessen Einstellung zu den Reichen einen "göttlichen Kommunisten".

Die Liste, was Jesus vielleicht oder wahrscheinlich getan hat, ist kurz; die Liste, was er sicher nicht oder ziemlich sicher nicht getan hat, ist lang:

Er hat nicht getauft und kein Abendmahl gestiftet, er hat weder seinen Tod noch seine Auferstehung vorausgesagt. Weder hat er selbst Sünden vergeben, noch hat er eine Vollmacht erteilt, dies zu tun. Paulus jedenfalls weiß von dieser mächtigsten Waffe der jungen christlichen Kirche noch nichts.

Und Jesus hat seinen Jüngern auch nicht das Kommen und den Beistand des Heiligen Geistes versprochen. Er wußte von ihm nichts und auch nicht, daß er selbst und dieser Geist zu Bestandteilen einer Dreiergottheit erklärt würden.

Jubel und Trubel des "Heiligen Jahres" gelten also dem Christus des Glaubens - einem in den vier Evangelien dargestellten Unikum, das es so nicht gab: halb Mensch, halb Gott.

Mit diesem Jesus Christus des Glaubens hat der Mensch Jesus nur den Namen gemeinsam, über ihn weiß man so gut wie nichts. Trotzdem behauptet der katholische Neutestamentler und Jesus-Buch-Autor Joachim Gnilka (München), das Vertrauen der Forschung in die Zuverlässigkeit der Jesus-Überlieferungen sei gewachsen, und wie Gnilka denken auch andere Exegeten. Das muß Wunschdenken sein. Selbst wenn es keine 2.000-Jahr-Feiern gäbe, lohnte allein diese Behauptung, geprüft zu werden, denn sie stimmt nicht, wie immer man sie dreht und wendet.

Doch wieviel oder wie wenig man über den historischen Jesus weiß - der evangelische Theologe Heinz Zahrnt jedenfalls

braucht ihn nicht, um Christ zu sein. Das bliebe er auch, wenn man "den Nachweis brächte, daß Jesus von Nazaret nicht gelebt hätte". Und auch Paul Tillich, der wie Rudolf Bultmann, Karl Barth und Karl Rahner zu den großen Theologen dieses Jahrhunderts gezählt wird, scheint an Jesus nicht zu hängen: "Wenn er es nicht war, dann war es eben ein anderer."

Sogar zum "Verzicht auf Jesus" fordert der Berliner Theologe Walter Schmithals auf und steigert sich zu dem Satz: "Mag die Frage nach dem historischen Jesus auch historisch möglich und erlaubt sein, so ist sie theologisch doch verboten."

Wieso verboten? Das soll wohl heißen: Was immer über den Jesus erforscht wird, es ist für den Christus ohne Bedeutung.

Einen erstaunlichen Satz veröffentlichte auch Andreas Lindemann, Professor an der Kirchlichen Hochschule in Bethel: "Ob sich die Verkündigung und Theologie des Neuen Testaments in 'Anknüpfung' oder im 'Widerspruch' zu Jesus entwickelte, ist zwar historisch interessant, aber theologisch letztlich ohne Bedeutung." Grenzt das nicht an Schizophrenie, wenn der Historiker Lindemann, der er als kritischer Exeget ist, Widersprüche zwischen Jesus und Christus feststellt, der Theologe Lindemann sie aber für belanglos erklärt?

Was die Titel Jesu angeht, die in den Evangelien erwähnt werden, so gibt es nur einen einzigen, den nach Meinung der meisten Exegeten Jesus tatsächlich gebraucht haben soll: den mehrdeutigen Titel "Menschensohn". Im übrigen aber gilt als Ausweis moderner Gesinnung, mit traumwandlerischer Sicherheit zu behaupten, Jesus habe sich weder für den Messias - also den "Christus" - gehalten noch für den Sohn Gottes, noch für einen Nachkommen des Königs David.

Daß Jesus keinen dieser ihm später beigelegten Hoheitstitel selbst gebraucht hat, "ist ziemlich übereinstimmende Meinung der protestantischen und katholischen Bibeltheologen". So steht es im Jesus-Buch des katholischen Exegeten Herbert Leroy (Augsburg).

Doch woher rührt diese divinatorische Gewißheit? Wir wissen doch gar nicht, für was Jesus sich gehalten hat, wir können und werden es auch nicht wissen.

Der "Weltkatechismus" macht es sich wie immer leicht und verlangt kategorisch: "Um Christ zu sein, muß man glauben, daß Jesus Christus der Sohn Gottes ist."

Bischof Kasper löst den Widerspruch mit dem denkwürdigen Doppelsatz auf: "Nach den synoptischen Evangelien bezeichnet sich Jesus selbst nie als Sohn Gottes. Damit ist die Gottessohnaussage eindeutig als Glaubensbekenntnis der Kirche ausgewiesen."

Also: Was Jesus nicht gesagt hat, sagt die Kirche. Es ist mithin gleichgültig, was Jesus gesagt und was er nicht gesagt hat.

Kasper hat noch eine andere Sorge: "Hätte die Deutung des Todes Jesu als sühnende Hingabe an Gott und für die Menschen keinerlei Anhalt im Leben und Sterben Jesu selbst, dann rückte das Zentrum des christlichen Lebens in gefährliche Nähe von Mythologie und Ideologie."

Für eine wachsende Zahl von Exegeten steht fest, daß der Jude Jesus nicht im Traum und nicht am Kreuz daran gedacht hat und nicht daran gedacht haben kann, für die Menschheit zu sterben, mit seinem Tod alle zu erlösen, die an ihn glauben.

Es würde zu weit führen, näher darauf einzugehen, welchen Sinn Jesus in seinem Tod gesehen haben mag, denn wie man es dreht und wendet, jeder Gedanke darüber zerbröselt: warum Jesus nach Jerusalem ging, was er dort wollte, wie er dort auftrat, was ihm vor und bei der Kreuzigung widerfuhr - wir wissen es nicht.

"Von keiner jüdischen Gruppe und von keiner römischen Behörde gibt es dazu ein Sterbenswörtchen", bestätigt Exeget Becker. Es gibt nur die Berichte in den Evangelien, und deren Überlieferung sei zwar ausführlich, aber literarisch stilisiert und theologisch überformt, so der Neutestamentler Burchard.

Fast alles, was an Konkretem in den Passionsberichten der Evangelisten vorliegt, scheint aus den Weissagungen und Psalmen des Alten Testaments herausgesponnen zu sein. Ob Jesus beigelegt, also bestattet, oder ob er verscharrt wurde mit anderen zusammen, oder ob die Römer die Juden daran hinderten, ihn vom Kreuz zu nehmen und ihn "den wilden Tieren als Nahrung ließen", wie der schriftstellernde Bischof Eusebius (circa 260 bis 339) das schreckliche Ende von Hingerichteten beschrieb - auch das weiß man nicht. Gleiches gilt für nahezu jedes Detail der Passionsgeschichte in den Evangelien.

Seit 2.000 Jahren müssen es die Theologen für einen Irrtum erklären, daß Jesus als "König der Juden" angeklagt und hingerichtet wurde. Ob es einen Prozeß oder nur ein Verhör vor einer jüdischen Instanz oder weder das eine noch das andere gegeben hat - mit Recht ist dies alles strittig, weil es nicht zu klären ist.

"Mag er beiläufig hingerichtet worden sein; das ist das Wahrscheinlichste", meinte 1965 der Marburger Neutestamentler Ernst Fuchs. Kein anderer Exeget hat Fuchs seither beigelegt; auch die kritischsten halten daran fest, daß Pilatus gegen Jesus tätig wurde und seinen Tod beschloß, wenn auch vielleicht nicht in einem regulären Prozeß, und sicher anders, als es in den Evangelien steht. Jesus vor seinem Richter Pilatus - eine der großen Szenen der Weltliteratur im Johannes-Evangelium, aber eben nicht der Weltgeschichte.

Doch das eine - eine beiläufige Hinrichtung - und das andere - Pilatus entschied Jesu Tod am Kreuz - schließen sich nicht aus. Der Delinquent Jesus braucht dem Statthalter gar nicht vorgeführt worden zu sein; Jesus braucht nicht einmal Delinquent gewesen zu sein.

Es ist gut möglich, daß Pilatus, der als römischer Prokurator die üblichen Unruhen fürchtete, ein Exempel statuiert hat, indem er vor den Toren der Stadt einige Juden zur Abschreckung kreuzigen ließ, nachdem Jerusalem sich mit Passah-Pilgern zu füllen begann. Juden am Kreuz könnten als Vorsorge effektiver gewesen sein als Soldaten in der Stadt.

Doch wenn Pilatus einige jüdische Männer ans Kreuz hängen ließ, dann war es für ihn und seinen Zweck ziemlich belanglos, ob seine Soldaten wahllos oder gezielt zugriffen.

Was bleibt nun nach 2.000 Jahren von der Botschaft des Jesus oder des Christus?

Das "Reich Gottes" steht nach einhelliger Meinung der Theologen im Zentrum. Bischof Kasper spricht vom "Grundmotiv". Um so erstaunlicher ist es, daß nur in den drei älteren Evangelien von diesem "Reich Gottes", der "Königsherrschaft", dem "Himmelreich" häufig die Rede ist, vorher bei Paulus kaum, später im letzten, dem Johannes-Evangelium, nur ein einziges Mal.

Die Evangelien könnte man gleich wegwerfen, wenn man nicht für möglich hielte, daß Jesus das Hereinbrechen des Gottesreiches verkündet hat. Aber schon wer liest, was in den synoptischen Evangelien über das "Reich Gottes" steht, wird verwirrt angesichts der diffusen und

widersprüchlichen Sätze. Noch schlimmer wird es, wenn Jesus-Buch-Autoren uns darüber aufklären wollen, was jeweils gemeint ist.

Der Papst, als Exeget einsame Spitze, spricht vom "Reich Gottes" so, wie es ihm gerade paßt. Mal ist es "vor allem eine Person" - natürlich Jesus Christus -, mal wächst es "Tag für Tag in den Herzen der Glaubenden".

Jesus wollte das "Reich Gottes", gekommen ist die Kirche; mit diesem oft zitierten Wort beschrieb der französische Freigeist Alfred Loisy (1857 bis 1940) einen unauflöslchen Widerspruch.

Woher bezieht die Kirche ihre Autorität, wenn Jesus sie nicht gründen wollte, ja, ihm allein der Gedanke an eine Kirche fremd sein mußte? Wider alle Logik, überdies gegen den Sinn und den Wortlaut aller einschlägigen Stellen in den Evangelien brachte das Zweite Vatikanische Konzil im Jahre 1964 zusammen, was sich ausschließt: "Der Herr Jesus machte den Anfang seiner Kirche, indem er die Frohe Botschaft verkündete, nämlich die Ankunft des Reiches Gottes."

Ein großes Stück Literatur ist sicherlich die Bergpredigt im Matthäus-Evangelium. Aber fast alle Exegeten sind sich darüber einig, daß Jesus sie nie gehalten hat. Sie ist "eine vom Evangelisten Matthäus gestaltete Komposition", so der Berner Neutestamentler Ulrich Luz in seinem Matthäus-Kommentar, dem mit Abstand besten, den es derzeit gibt. Bei Lukas findet man eine "Feldrede", sie ist kürzer, und einiges liest sich anders.

Einige Passagen stimmen in der "Bergpredigt" und in der "Feldrede" in etwa überein. Aber während die meisten Exegeten meinen, hier "echte Jesusworte" entdecken zu können, muß auch bei diesen Texten bezweifelt werden, daß sie wirklich von Jesus stammen - schon weil Markus, der das älteste Evangelium schrieb, und Paulus, dessen Briefe älter sind als alle Evangelien, nichts von der Bergpredigt, der Feldrede und all ihren Teilen wußten.

Neben vielen Sprüchen, die gern zitiert werden, obwohl viele ihren Ursprung nicht kennen - beispielsweise, daß man nicht zwei Herren und auch nicht Gott und dem Mammon dienen kann, oder daß man Perlen nicht vor die Säue werfen soll -, steht auch mancher Unsinn in der Bergpredigt, wie der Rat, was zu tun sei, wenn einen die rechte Hand ärgert: "Hau sie ab, und wirf sie von dir."

Doch selbst wenn die Texte überwiegend Original-Ton Jesu wären, so wären sie größtenteils nicht originär. Am deutlichsten bezieht der Saarbrücker Theologe Karl-Heinz Ohlig Stellung: "Kein Thema der Predigt Jesu ist schlechthin singulär: Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Sünderliebe Gottes, all diese Motive finden sich schon im Alten Testament und der Sache nach zum Teil auch in außerchristlichen Religionen." Und: "Was es an Humanem bei Jesus und im Christentum gibt, findet sich auch sonstwo in der Welt."

Die Bergpredigt ist von der Kirche stets mißbraucht worden. Denn wer immer deren Autoren sind, ob Jesus und/oder Matthäus und/oder andere Urchristen, sie ist kein "Normenkatalog". Sie würde "mißverstanden, wäre sie damals oder würde sie heute in direkter Weise verwendet, um Jesu Normenverständnis für alle möglichen einzelnen Handlungsfelder daran abzulesen", so Theologe Becker.

Eben deshalb ist die Bergpredigt nicht, wie es im "Weltkatechismus" steht, "die Magna Charta der Moral des Evangeliums", und eben deshalb ist Jesus nicht, wie Johannes Paul II. erklärt, "der Lehrer für das moralische Handeln der ganzen Menschheit".

Die Kirche hat kein Recht, unter Berufung auf Jesus Christus zu behaupten, ihr komme es zu, wie sie es in ihr Gesetzbuch, den Codex iuris canonici (Buch III, Canon 747, Paragraph 2), schrieb: "immer und überall die sittlichen Grundsätze auch über die soziale Ordnung zu verkündigen wie auch über menschliche Dinge jedweder Art zu urteilen".

Seit den Tagen des Jesus und des Paulus ist die Welt nicht vorangekommen; die Menschen haben durch die 2.000jährige Wirkungsgeschichte der Christus-Legende, vor allem aber durch das segensreiche Wirken der Kirche, keine höhere Ethik oder Moral erlangt.

Die simple Ethik der alten Griechen oder einzelner Denker wie etwa des Gelehrten aus Jerusalem Rabbi Hillel (circa 30 vor bis 10 nach Christus) könnte für einen Wertekanon ausreichen - wollte man sich an einem solchen heute noch orientieren. Es bedürfte keiner "Christlichen Ethik", wie immer sie zustande gekommen sein mag - zumal sie, wie man sieht, ursprünglich nicht so neu und anders war, wie man vorzugaukeln versucht.

Daß allenthalben Ersatz für verlorengegangene Religion wie mit der Wünschelrute gesucht wird und daß der Religionsbegriff ungeahnte Ausweitung erfährt, weil jeder auf Sinnsuche ist - auch wenn er gar nicht weiß, nach welchem Sinn er suchen soll, kann jeder miterleben.

Da die Religion das Bedürfnis nach äußerlichem Pomp, den der Papst ja noch vorlebt, selten erfüllt, machen die Menschen aus der Jagd nach platten Erfolgen eine Religion.

Für Außenstehende ist schwer auszumachen, ob in der Zuwendung zu fernöstlichen, namentlich buddhistischen Vorstellungen mehr steckt als ein modischer Trend. Und wenn die Kirchen vor jenen "Sekten" warnen, die den nahen Weltuntergang ankündigen und von den apokalyptischen Ängsten leben, die sie selbst schüren, dann sollten sie sich daran erinnern, daß ihre eigene Geschichte vor 2.000 Jahren mit einem Irrtum und der düsteren Prophezeiung begann, mit der Welt sei es alsbald zu Ende.

Dahin könnte es ja sehr wohl kommen, aber die Kirchen hätten dann als Initiatoren nach Kräften mitgewirkt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. Mai 1999: >>**Stoiber unterstützt die Sudetendeutschen**

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat Bundeskanzler Gerhard Schröder wegen dessen Haltung zu den Sudetendeutschen heftig kritisiert.

Auf dem 50. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg sagte der CSU-Vorsitzende am Pfingstwochenende: "Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist ein Bundeskanzler so leichtfertig mit dem Anliegen von Millionen Menschen umgegangen."

Der Sprecher der Volksgruppe, Franz Neubauer verlangte: "Wer die Vertreibung im Kosovo ächtet, muß auch die Vertreibung der Sudetendeutschen verurteilen". ...<<

Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily erklärte am 29. Mai 1999 auf einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen (x358/10): >>"Die politische Linke hat in der Vergangenheit, das läßt sich leider nicht bestreiten, zeitweise über die Vertreibungsverbrechen, über das millionenfache Leid, das den Vertriebenen zugefügt wurde, hinweggesehen, sei es aus Desinteresse, sei es aus Ängstlichkeit vor dem Vorwurf, als Revanchist gescholten zu werden, oder sei es in dem Irrglauben, durch Verschweigen und Verdrängen eher den Weg zu einem Ausgleich mit unseren Nachbarn im Osten zu erreichen. Dieses Vorhaben war der Ausdruck von Mutlosigkeit und Zaghaftheit."<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 29. Mai 1999 (x887/...): >>**Jugoslawien: Der verdrängte Völkermord**

Um ihr verzerrtes Bild von den deutschen Heimatvertriebenen nicht korrigieren zu müssen, ziehen Politiker und Medienmacher zur Vertreibung der Kosovo-Albaner alle möglichen hinkenden Vergleiche aus der Geschichte heran - nur nicht das grausige Schicksal der Deutschen aus Jugoslawien. Auch eine jüngst erschienene Dokumentation der schrecklichen Ereignisse von 1944 bis 1948 wird mit Nichtachtung gestraft.

Die Donauschwäbische Kulturstiftung in München hat ein Taschenbuch über den Völkermord an den Deutschen im früheren Jugoslawien herausgebracht, das am Donnerstag (6. Mai) in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Es ist die Kurzfassung des vierbändigen Werkes, das auf Tausenden von Zeitzeugenberichten

der Menschen fußt, die als deutsche Bürger des vormaligen Königreichs Jugoslawien besonders ab Herbst 1944 den Verfolgungen durch das kommunistische Tito-Regime ausgesetzt waren.

Sie konnten den Erschießungen entrinnen und haben die Lagerinternierung und die Vertreibung überlebt. Diese Dokumentation ist das Gemeinschaftswerk zweier Generationen Heimatvertriebener und schildert den von der damaligen Weltöffentlichkeit und der Publizistik der Gegenwart kaum beachteten Vorgang des Völkermordes an den Deutschen in seiner historischen und ethischen, aber auch völker- und menschenrechtlichen Dimension:

- Massenerschießungen und Vergewaltigungen,
- Beraubung von Hab und Gut,
- Austreibung aus den Häusern, Einlieferung in Vernichtungs- und Arbeitslager,
- die von den Schergen der kommunistischen Machthaber individuell ausgeübte Grausamkeit,
- das bewußt betriebene Sterbenlassen durch Hunger und Seuchen, die zum Tod fast aller betagten Menschen und Tausender von Kindern führten,
- schließlich die versuchte und teilweise vollzogene Slawisierung der überlebenden Kinder.

Opfer der Verbrechen wurden die Angehörigen der in Jugoslawien lebenden Volksgruppe deutscher Muttersprache: Donauschwaben, Deutsch-Untersteirer und Gottscheer.

Die Donauschwaben stammen von jenen Siedlern, die die habsburgischen Kaiser nach der Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft im pannonischen Becken zwischen 1689 und 1787 ansiedelten. Es gelang den Kolonisten, aus den verödeten Gebieten die Kornkammer der Donaumonarchie zu schaffen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die rund 1,5 Millionen Seelen zählende Volksgruppe zu etwa je einem Drittel auf die Nachfolgestaaten Ungarn, Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges befand sich von den 510.000 Donauschwaben Jugoslawiens ein Teil beim Militär, ein großer Teil war vor der herannahenden Front geflüchtet oder evakuiert worden. Rund 195.000 blieben zu Hause und gerieten unter das Partisanenregime. Durch Erschießungen, Deportation in die Sowjetunion sowie Internierung in Arbeits- und Vernichtungslagern kamen rund 60.000 Zivilpersonen ums Leben. Die Überlebenden fanden hauptsächlich in Deutschland und Österreich eine neue Heimat.

Die Deutsch-Untersteirer sind die deutschsprachigen Bewohner der Untersteiermark, eines Gebietes, das über 770 Jahre lang ein Teil des Herzogtums Steiermark war. Sie zählten 1910 74.000 Seelen. Die Untersteiermark wurde durch das Friedensdiktat von Saint-Germain im Jahre 1919 Jugoslawin zugesprochen und zu einem Teil Sloweniens gemacht. Viele Untersteirer optierten hierauf für Österreich, andere wanderten notgedrungen ab. Zu Ende des Zweiten Weltkrieges ereilte auch die über 20.000 in ihrer alten Heimat verbliebenen Deutsch-Untersteirer die Katastrophe.

Im Krieg gefallen, von den Tito-Partisanen erschossen oder in eines der slowenischen Vernichtungslager verbracht, gingen fast 6.000 von ihnen zugrunde. Die Überlebenden fanden zu 90 Prozent in Österreich eine neue Heimat.

Die Gottscheer: Das Schicksal der 1939 rund 13.000 Bewohner der in Krain liegenden und über 500 Jahre bestehenden deutschen Sprachinsel Gottschee gleicht dem der Deutsch-Untersteirer. Sie beklagen rund 1.000 Zivil- und Militärtote.

Die Lagerinternierung begann im wesentlichen im Herbst 1944. Die "ethnische Säuberung" Jugoslawiens von seiner deutschen Volksgruppe war indes schon spätestens seit der Konferenz des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) von Jajce (Bosnien, November 1943) in Aussicht genommen worden.

Der AVNOJ fungierte als eine Art provisorische Volksvertretung der kommunistischen Partisanenbewegung, die unter der Führung von Josip Broz, genannt Tito, dem langjährigen Nachkriegsstaatschef Jugoslawiens, stand. Den formellen Beschluß zur entschädigungslosen Enteig-

nung aller in Jugoslawien lebenden Bürger deutscher Abstammung erließ der AVNOJ am 21. November 1944 in Belgrad. Er erklärte diese Bürger Jugoslawiens in einem außergerichtlichen Verfahren (so die juristische Sprachregelung) kollektiv zu Volksfeinden, die zwar nicht ihre Staatsbürgerschaft, wohl aber alle staatsbürgerlichen Rechte verloren. Es lag in der Logik dieser Entrechtung, daß sie die Errichtung von Internierungslagern für die Bürger deutscher Muttersprache erfordern würde.

Erschießungsaktionen begleiteten das Martyrium der angestammten deutschen Bevölkerung Jugoslawiens. Nach Beginn der Besetzung im Oktober 1944 im Banat bis zum Kriegsende vollzogen lokale kommunistische Instanzen, die Staatspolizei (OZNA) und eigene Partisanen-Kommandos ("Aktion Intelligenzija") Erschießungen bzw. grausame Tötungen führender und wohlhabender deutscher Bürger im Alter von 16 bis 60 Jahren. Diese Aktionen forderten zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 rund 9.500 Opfer - die erste Station des Völkermords.

Ab Oktober 1944 setzte dann die Internierung der Donauschwaben und bei Kriegsende auch jene der Untersteirer und Gottscheer ein. Bis August 1945 waren alle Orte von ihren deutschen Bewohnern "gesäubert". Nur jene blieben von Internierung und Vermögensverlust verschont, die in Ehen mit Andersnationalen lebten oder zu den wenigen gehörten, die auf Seiten der Partisanen gestanden oder gekämpft hatten.

Deportationen in die Sowjetunion folgten. Bevor indes die Einweisung in die Lager vollzogen war, wurden entsprechend einer Forderung Stalins von den Partisanen zu Weihnachten 1944 8.000 donauschwäbische Frauen und 4.000 Männer aus dem Banat und der Batschka in die Sowjetunion (die meisten ins Donez-Becken) deportiert, wo sie hauptsächlich in den Kohlengruben arbeiten mußten. Bis 1949 starben von ihnen an Unterernährung und Krankheiten mindestens 2.000 - die zweite Station des Völkermords. Unmittelbar nach Kriegsende setzten bestialische Racheaktionen der kommunistischen Partisanen Titos an den kroatischen, slowenischen und deutschen Kriegsgefangenen ein, dies vor allem im Raum Slowenien.

Man schätzt die Zahl der Ermordeten auf 100.000. Im Zuge dieser blindwütigen Rache und in weiterer Folge sind allein annähernd 5.000 donauschwäbische Kriegsgefangene umgekommen. Etwa 2.000 Mann der Division Prinz Eugen wurden als wehrlose Kriegsgefangene nach der allgemeinen Kapitulation bei Rann (slowenisch = Brezice) erschossen - im Widerspruch zu den internationalen Konventionen, die die Erschießung von Kriegsgefangenen verbieten - die dritte Station des Völkermords.

Die "Neukolonisierung" der Wojwodina durch Serben aus der Krajina, Lika sowie aus Bosnien und Montenegro entsprach dem Wunschdenken großserbischer Nationalisten wie auch dem der national orientierten Tschetniks, lag aber vor allem im Interesse der kommunistischen Ideologen. Die Neuaufteilung des konfiszierten Bodens der Deutschen - er umfaßte allein in der Wojwodina das Zweieinhalbfache der Fläche Luxemburgs - ermöglichte nämlich die Errichtung der vorgesehenen Kolchosenwirtschaft und diente auch der gezielten Durchsetzung der multiethnischen Stammbevölkerung der Wojwodina mit parteitreuen Kommunisten.

Im Zuge der vollkommenen Beseitigung der Deutschen in Jugoslawien sah das kommunistische Regime drei Arten von Lagern für die Deutschen vor: In fast jedem der Orte mit mehr als 200 bis 300 deutschen Bewohnern wurde ein Arbeitslager eingerichtet, um die anfallenden landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiten ab Spätherbst 1944 ausführen zu lassen. Meist räumten die Behörden hierfür einzelne Häuser oder Schulen und belegten die Gebäude mit arbeitsfähigen, vorwiegend ortsansässigen Donauschwaben.

Die zweite Art von Lagern bildeten ab Oktober 1945 die "Zentralen Zivillager" auf Bezirksebene. In der Regel hatte ein jeder politischer Bezirk sein Zentrales Zivillager. Ihre Zahl belief sich allein in der Wojwodina auf etwa 22. Von diesen aus beschickte man die lokalen Arbeitslager, aber auch Lazarette der Roten Armee u.ä. mit Arbeitskräften. Ab Frühjahr 1946 konnten sich einheimische Slawen oder Magyaren aus diesen Lagern für einen bestimmten Tarif Ar-

beitskräfte "herauskaufen".

Die dritte Art von Lagern bildeten die "Lager mit Sonderstatus". So hießen nach offizieller Version die Vernichtungslager.

Die Vernichtungslager bildeten die vierte Station des Völkermords. Es gab zehn. Sechs befanden sich in der Wojwodina, zwei in Slawonien und zwei in Slowenien. Im Banat waren es Rudolfsgnad (Knicanin) und Molidorf (Molin) in der Batschka Jarek, Gakovo und Krusevlje, in Syrmien die Seidenfabrik in Svenska Mitrovica und in Slawonien Kerndia und Valpovo.

Hier wurden die Alten, Kranken, Kinder und Mütter mit Kleinkindern (unter zwei Jahren) konzentriert. Aus der Vorgangsweise der Lagerführungen, dem Verhalten der Wachen und Verwalter wird ersichtlich, daß sie als Vernichtungslager konzipiert waren. Lagerleute sprachen denn auch bald ohne Umschweife von "Todeslagern", "Hungerlagern" oder eben "Vernichtungslagern".

Die Lager Sterntal bei Pettau und Tüchern bei Cilli, beide in der Untersteiermark bzw. Slowenien gelegen, waren Vernichtungslager für slowenische und kroatische Soldaten, die auf deutscher Seite gekämpft hatten, für slowenische "Klassenfeinde" sowie allgemein für Gottscheer und Deutsch-Untersteirer.

Zwischen Herbst 1946 und Herbst 1947 herrschte eine allem Anschein nach bewußt gehandhabte schwächere Bewachung, so daß in dieser Zeit 30.000 bis 35.000 Lagerinsassen nach Ungarn oder Rumänien entkommen und von hier weiter nach Österreich und Deutschland flüchten konnten. Das Jahr 1947 kann, gemessen an der Zahl der Flüchtlinge aus Jugoslawien, als Hauptfluchtjahr angesehen werden.

Die beiden slowenischen Vernichtungslager Sterntal und Tüchern sowie die beiden kroatischen, Kerndia und Valpovo, wurden etwa ein Jahr nach Kriegsende aufgelöst, Reste der Insassen nach Österreich oder in die Wojwodina verlegt. In der Wojwodina wurde Jarek ein Jahr nach Kriegsende geschlossen, die Insassen wurden nach Kruschowl transferiert. Syrmisch Mitrowitz und Molidorf schlossen die Jugoslawen genau zwei Jahre nach Kriegsende (Anfang Januar 1948) und verbrachten ihre Insassen nach Rudolfsgnad. Das größte Vernichtungslager war demnach auch das letzte. Mit dem 1. März 1948, also erst knapp drei Jahre nach Kriegsende, löste Belgrad die Lager offiziell auf.

In Rudolfsgnad folgte nach dem Schrecken der Lager für die überlebenden Deutschen eine für drei Jahre verpflichtende Einweisung in "Vertragliche Arbeitsverhältnisse" außerhalb der angestammten Heimatchorte.

Bilanz eines Massenverbrechens: Von den nahezu 200.000 in ihrer Heimat verbliebenen deutschen Zivilpersonen Jugoslawiens waren 170.000 in den Lagern interniert. Von ihnen gingen von November 1944 bis März 1948 51.000 durch Mißhandlungen und Hunger sowie an Typhus und Ruhr zugrunde, unter ihnen 6.000 Kinder unter 14 Jahren.

Zählt man den 51.000 Lageropfern die zwischen Juli 1941 und Oktober 1944 durch Partisanenüberfälle ermordeten 1.500 Zivilisten, ferner die durch Erschießungsaktionen zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 umgekommenen 9.500 Zivilisten sowie die 2.000 Opfer der Deportation in die UdSSR hinzu, so kommt man auf eine Verlustzahl von 64.000 zugrunde gerichteten jugoslawiendeutschen Zivilisten (Mindestzahl). Jeder/jede Dritte der in seiner/ihrer Heimat verbliebenen Donauschwaben, Untersteirer und Gottscheer verlor demnach zwischen 1944 und 1948 sein/ihr Leben. Die Tatsache, daß hier ein Völkermord verübt wurde, steht somit außer Zweifel.

Zu den 64.000 Zivilisten kommen 28.000 tote Soldaten. Insgesamt beklagen die Jugoslawiendeutschen mehr als 92.000 Tote. Die Zahlen sind indes als Untergrenzen anzusehen. Die Opfer sind zu 70 Prozent namentlich ermittelt, das sind rund 66.000 Namen. Sie sind in den Totenbüchern der Donauschwaben (Leidensweg ... Band IV) der Untersteirer und Gottscheer dokumentiert.

Historische Untersuchungen sprechen von sieben Teilursachen, die insgesamt für die Eliminierung der Deutschen/Altösterreicher aus Jugoslawien bestimmend wurden:

1. Großserbische nationale Kreise waren bestrebt, den Boden, auf dem Serben leben, zu "nationalisieren", was besonders die Wohngebiete der Donauschwaben betraf.
2. Die von der kommunistischen Ideologie geforderte Kollektivwirtschaft brauchte Grund und Boden der Donauschwaben, Untersteirer und Gottscheer.
3. Die Notwendigkeit der Stabilisierung der Macht der Kommunisten, wobei sich der Terror an den Volksdeutschen als öffentlich wirksam erwies und ihre Vernichtung die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung wesentlich erleichterte.
4. Die Belohnung der aktiven Partisanenkämpfer aus den kargen Gebieten, hauptsächlich der Krajina und Lika, mit fruchtbarem Boden und guten Häusern.
5. Der Neid ob der im Verhältnis zu den übrigen ländlichen Vorteilen Jugoslawiens alles in allem größeren materiellen Wohlhabenheit des deutschsprachigen Bevölkerungsteils.
6. Die Haß- und Rachegefühle gegen den deutschsprachigen Bevölkerungsteil, weil dessen wehrfähige Männer zum Großteil in deutschen Verbänden gekämpft hatten.
7. Die Beispielwirkung, die von den Alliierten und besonders Stalin ausging, die Vertreibung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie zu betreiben oder zu tolerieren.

Das diesem Beitrag zugrunde liegende Buch "Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-48 - Die Stationen eines Völkermords" kann außer über den Buchhandel bei der Donauschwäbischen Kulturstiftung ... bestellt werden.

Dr. Wildmann/Stratmann (DOD) ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) warb vor der Abstimmung für Eisenman (US-Architekt) und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Diepgen (regierender Bürgermeister Berlins) soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<



Abb. 90 (x904/...): Holocaust-Mahnmal in Berlin: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurde am 10. Mai 2005 feierlich eröffnet.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 26. Juni 1999 über das Holocaust-Mahnmal: >>**Zur rechten Zeit**

Wird gut, was lange währt? Der Bundestag hat gestern eine mehr als zehnjährige Hängepartie beendet. In Berlin wird im nächsten Jahr mit dem Bau eines zentralen Holocaust-Mahnmals begonnen. ...

Das gestrige Ergebnis hat allerdings einen Haken. Nur der jüdischen Opfer soll zwischen Peter Eisenmans Betonstelen gedacht werden. Die "Hierarchisierung" der Opfer ist beschlossene Sache. ...

Neuer Streit ist also programmiert. Das Mahnmal wird ein Stein des Anstoßes bleiben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linkssozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkortern wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts,

was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

Die "Frankfurter Rundschau" berichtete am 8. Juli 1999: >>**Bonn will Klage von NS-Opfern gegen Degussa-Hüls abwenden**

... Die Bundesregierung hat sich vor einem US-Gericht dafür eingesetzt, die Sammelklage von NS-Opfern gegen den deutschen Konzern Degussa-Hüls fallenzulassen.

Bonn verweist auf die Souveränität und Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik. ... Bonn bringt im wesentlichen 2 Gründe zum Schutz des Unternehmens vor. Die Anwälte verweisen auf das "souveräne Interesse der Bundesrepublik", Ansprüche dieser Art selbst zu regeln.

Schließlich hätten das Bundesentschädigungsgesetz und spätere Regelungen dazu beigetragen, daß Deutschland "eine moralische Basis" finde, um nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der atlantischen Allianz aufgenommen zu werden. Bislang seien 104 Milliarden Mark für "Wiedergutmachungszahlungen" aufgebracht worden, heißt es in dem Schreiben an das Gericht.

Zugleich heben die Rechtsvertreter Bonns hervor, daß für noch offene Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter von deutschen Konzernen, die "Teil der staatlich kontrollierten Kriegswirtschaft waren", ein Entschädigungsfonds geschaffen werden solle. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Juli 1999: >>**"Ein kalter Wind weht herüber"**

... Der häßliche Deutsche feiert Auferstehung. In den letzten Jahren möchte man auch in Polen nicht mehr über ihn reden.

Deutschland war das Land, das Polens EU- und NATO-Beitritt betrieb, mit einer vorbildlichen Demokratie und einem Kanzler, der in Polen noch beliebter als in Deutschland war, besonders bei den Intellektuellen.

Seit einigen Wochen ist das anders. Wenn Andrzej Normalverbraucher morgens die Zeitung aufschlägt, dann erfährt er auf der ersten Seite, wie SS-Schergen auf Anweisung des Degussa-Konzerns KZ-Häftlingen die Zähne herausreißen ließen und diese anschließend zu Goldbarren einschmolzen.

Er erfährt, daß die Kattowitzer Zentrale der Dresdner Bank den Bau von Auschwitz finanziert hat. Und er erfährt, wie viele Veteranenorganisationen dagegen protestieren, daß die deutsche Regierung ehemalige Zwangsarbeiter in verschiedene Klassen einteilen will – und daß die polnischen Zwangsarbeiter ziemlich weit unten in der Hierarchie angesiedelt werden sollen.

Kein Thema, das mit Deutschland zu tun hat, hat in den letzten Wochen und Monaten so viele Zeitungsspalten gefüllt wie die geplanten Entschädigungen für Zwangsarbeiter.

Nur die Warschauer "Polityka" weist ab und zu noch darauf hin, daß Gerhard Schröder der erste Kanzler ist, der laut über Entschädigungen für Naziopfer rede, "während sein Vorgänger es vorzog, über Entschädigungen für Vertriebene zu sprechen". Dankbarkeit erntet die rotgrüne Bundesregierung dafür noch lange nicht. Selten hatte Deutschland in Polen nach 1989 eine schlechtere Presse als diese Tage.

... Nun werden in der Öffentlichkeit Zahlen diskutiert, bei denen selbst Mitglieder der polnischen Verhandlungsdelegation abwinken: Von 48 Milliarden DM an entgangenen Löhnen für 600.000 Zwangsarbeiter ist da die Rede und von Zahlungen auch an die Erben Verstorbener. Hinter vorgehaltener Hand ist aus Kreisen des Außenministeriums zu erfahren, daß schon drei Milliarden nur für noch lebende Opfer eine gute Verhandlungsbasis wären. Doch wie kommt man von den riesigen Erwartungen, die in der Öffentlichkeit kursieren, wieder herunter?<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. August 1999: >>**Neue Pläne mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen**

... Nach ersten Plänen des Landes (Niedersachsen) soll die Gedenkstätte des Konzentrationslagers im Landkreis Celle thematisch und räumlich erweitert werden. ...

Praktisch zugleich mit den Zukunftsplänen für die Gedenkstätte hat die Bundesregierung angekündigt, die Mittel für die Gedenkstätten in Westdeutschland kräftig aufzustocken. Neben Dachau (Bayern) und Neuengamme (Bremen) soll vor allem Bergen-Belsen profitieren. 10 Millionen Mark zusätzlich will der Berliner Kulturstatsminister Michael Naumann im kommenden Jahr zur Verfügung stellen. Im kommenden Jahr soll die Förderung auf 15 und später auf 20 Millionen Mark erhöht werden. Der Bund unterstützt die Gedenkstätten in Deutschland zur Zeit mit jährlich 50 Millionen Mark. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 1999: >>NS-Opfer rechnen auf

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 1999: >>USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter

Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.

Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisierte im August 1999 in der Zeitschrift "Mercur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt bereits im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbheart, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.

Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im August 1999 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHE" Nr. 8 – 1999 über "Lehren aus der Vergangenheit?" (x853/...): >>... Verdrängte Wirklichkeit der Geschichte

Wer die letzten 60 Jahre bewußt miterlebt hat, steht ernsthaft in Versuchung, an der Lernfähigkeit der Menschen zu zweifeln.

Wüßte er nicht, daß dieses augenscheinliche Vermögen durch mehr Geschichtskennntnis und weniger Voreingenommenheit beseitigt werden könnte, müßte er in der Tat die Hoffnung auf Besserung aufgeben. Die dem Menschen geschenkte Gabe der Erinnerung bietet ihm jedoch

die Möglichkeit, begangene Fehler einzusehen und ihre Wiederholung zu vermeiden. Voraussetzung sind dabei die Bereitschaft zu ehrlicher Überprüfung des eigenen Standpunktes und der erkennbare Wille, aus gesammelten Erfahrungen zu lernen.

Auf den aktuellen Balkan-Konflikt bezogen bedeutet dies zum ersten die rückhaltlose Erforschung seines geschichtlichen Hintergrunds und zum zweiten die bedingungslose Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse; gleichgültig ob sie opportun erscheint oder nicht in die politische Kampagne paßt.

Bei der Aufhellung des historischen Hintergrunds des akuten Kosovo-Konfliktes treten die friedensvertraglichen Festlegungen der Pariser Vorortsverträge von 1919 in Erscheinung.

Sie segneten die serbische Gründung eines südslawischen Vielvölkerstaates auf dem Balkan völkerrechtlich ab und fügten mit "Jugoslawien" der sogenannten "Kleinen Entente" einen wichtigen Bestandteil hinzu.

Zusammen mit Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien hatte dieses neue Staatengebilde auf dem Balkan Frankreichs traditionellen Bündnispartner im Osten, Rußland, zu ersetzen und sich als Einschließungsring ("Cordon sanitaire") um das Deutsche Reich zu legen.

Daß Jugoslawien - ähnlich wie die "Tschechoslowakische Republik" (CSR) - als multinationaler Staat schwere innenpolitische Probleme hatte, bekümmerte die Friedensmacher von 1919 nicht sonderlich. Entgegen allen abgegebenen Versprechungen hatten sich die nach Österreich bzw. Deutschland ausrichtenden Sudetendeutschen den Tschechen ebenso zu fügen wie die nach staatlicher Selbständigkeit strebenden Kroaten.

Tschechen wie Serben fühlten sich als Mitsieger des Ersten Weltkriegs und ließen dies ihre deutschen bzw. kroatischen "Mitbürger" spüren.

Die Ereignisse der Jahre 1938/39 und 1941 waren die Folgen. Da sie sich im Zusammenhang mit der NS-Diktatur in Deutschland vollzogen, suchte man ihre Ergebnisse 1945 wieder rückgängig zu machen und die Volksdeutschen als die Schuldigen hinzustellen. Ihre Ausweisung sollte einem abermaligen Zerfall vorbeugen.

Entsprechend wurde die CSR nach dem Krieg durch die Vertreibung der Sudetendeutschen "ethnisch gesäubert". Eine "innenpolitische Bereinigung", welche die Polen in den von ihnen okkupierten deutschen Ostgebieten in gleicher Unmenschlichkeit praktizierten. Das "Schwarzbuch der Vertreibung" von Heinz Nawratil legt davon schauriges Zeugnis ab.

Die verantwortlichen Politiker der Zeit nahmen diese millionenfachen Menschenrechtsverletzungen hin - und ihre amtierenden Nachfolger suchten sie hinter einem "Schlußstrich" vergessen zu machen. Wohl nicht bedenkend, daß sie mit einem derartigen "Abschluß" eines Unrechtes einen folgeschweren Präzedenzfall schaffen und spätere "ethnische Säuberer" zu gleichem Tun verleiten.

Und wohl auch nicht zur Genüge in Rechnung stellend, daß ein solches Umgehen mit der Vergangenheit die Glaubwürdigkeit ihres Handelns in der Gegenwart beschädigt. Wer die Einlösung der Menschenrechte für seine Landsleute im Falle der vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen für "anachronistisch" erklärt, wirkt wenig überzeugend bei der Durchsetzung von Menschenrechten mittels Bombardierungen auf dem Balkan. Ebenso wie die öffentlich reportierten Klagen über das leidvolle Schicksal der Kosovo-Flüchtlinge bei jenen etwas überraschen, die vom gleichen Opfer der deutschen Vertriebenen nichts mehr wissen wollen - oder vielleicht auch kaum etwas gehört haben.

Die Jahre der Deutschen-Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg sind in punkto Kenntnisse und Wissensvermittlung zur eigentlichen "unbewältigten Vergangenheit" der deutschen Geschichte geworden, was sich nicht zuletzt wiederum in den Äußerungen der öffentlichen Meinungsführer und politischen Verantwortungsträger ausdrückt. Über dieses offenkundige Defizit tröstet auch die gleichermaßen problematische Luftkriegsführung der westlichen Militäralianz nur wenig hinweg, die sich bereits im Zweiten Weltkrieg mehr spontanen Widerstand als

größere Kapitulationsneigung erbommt hatte.

Lediglich in der offenkundigen Scheu vor einem "Bodenkrieg" scheinen die westlichen Interventionisten an gesammelte Erfahrungen der Vergangenheit zu denken.

Da lassen die leidvollen Erinnerungen an den opferreichen Vietnam-Krieg die NATO-Führungsmacht noch vor einem möglichen Infanterie-Einsatz zurückschrecken und kommen dem deutschen Zeitgenossen die blutigen Partisanenkämpfe des Zweiten Weltkriegs ins Gedächtnis; mit dem bitteren Beigeschmack, daß nach dem Krieg die überlebenden deutschen Soldaten und Offiziere wegen ihres Vorgehens gegen diese Freischärler vor alliierte Siegergerichte gestellt und als "Kriegsverbrecher" abgeurteilt wurden.

In den Anklageschriften las man von "Mißachtung aller Kriegsregeln" und "Ermordung von Hunderttausenden von Nichtkombattanten als Vergeltungsmaßnahmen in Griechenland, Albanien und Jugoslawien" als strafwürdige Taten.

Der ranghöchste "Angeklagte", Generalfeldmarschall Wilhelm List, legte in seinem Schlußwort gegen die erhobenen Vorwürfe Verwahrung ein und wies auf die besonderen Umstände der "Kämpfe auf dem Balkan" hin. Auf Kampfesarten, die "jeder Soldat" verabscheue und die "alle Merkmale des Bandenkampfes" getragen habe. Wenn es dabei "zu harten Maßnahmen" gekommen sei, so habe die Schuld bei denen gelegen, "die diesen Kampf ausgelöst und genährt" und "nach Balkanart geführt" hätten, "heimtückisch und grausam".

Beschreibungen, wie sie gegenwärtig täglich über Aktionen serbischer Polizei- und Militäreinheiten verbreitet werden und als Rechtfertigung für die Bombardierungen dienen. Vom Siegergericht damals jedoch nicht ganz ernst genommen wurden und die Verurteilung der "Angeklagten" nicht verhinderten. Feldmarschall List sollte nach dem gefällten Richterspruch "lebenslanglich" büßen.

Auf jedes mögliche Urteil gefaßt, hatte er in seinem Schlußwort nach der Beteuerung seiner Unschuld den Richtern die nachmalig prophetischen Worte zugerufen: "Möge ein gütiges Schicksal solche Kämpfe, die wir gezwungen waren zu führen, der Nation ersparen, die heute über uns zu Gericht sitzt!"

Über ein halbes Jahrhundert danach scheint dieser Wunsch aktueller denn je. Vielleicht bleibt er erfüllt, wenn man ernsthaft aus der Geschichte lernt.<<

Die US-Zeitschrift "The Barnes Review" berichtete im Juli/August 1999 über eine Rede des US-Schriftstellers Benjamin H. Freedman (1890-1984) von 1961 (x922/...): >>**Deutschland und die Juden**

Die Rolle der Juden im 1. und 2. Weltkrieg

Eine Rede von Benjamin H. Freedman - 1961

Vorwort

Benjamin H. Freedman wurde 1890 als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann in New York City und war der Haupteigentümer der Woodbury Soap Company. Er beendete seine Verbindungen mit dem organisierten Judentum nach dem 2. Weltkrieg. Mit einem finanziellen Aufwand von 2.5 Millionen Dollar verbrachte er den Rest seines Lebens damit, den Einfluß der Juden in Wirtschaft und Politik in den USA zu veröffentlichen. Er war ein Insider auf höchster Ebene in jüdischen Organisationen, und war persönlich befreundet mit Bernard Baruch, Samuel Untermyer, Woodrow Wilson, Franklin Roosevelt, Joseph Kennedy, John F. Kennedy und vielen anderen die in dieser Zeit etwas bewegt und zu sagen hatten.

Benjamin H. Freedman im Willard Hotel, Washington D.C. 1961:

Hier in den USA haben die Zionisten und ihre religiös Verbündeten die komplette Kontrolle über unsere Regierung. Es wäre zu komplex jetzt näher darauf einzugehen, aber die Zionisten und ihre religiös Verbündeten regieren die USA als wären sie die absoluten Monarchen dieses Landes.

Wahrscheinlich denken Sie, daß das eine sehr leichte und einfache Erkenntnis ist, aber lassen Sie mich erzählen und zeigen was passierte während wir alle "schliefen".

Was war passiert? Der 1. Weltkrieg brach im Sommer 1914 aus. Einige in meinem Alter werden sich noch daran erinnern. Nun, dieser Krieg wurde auf der einen Seite von England, Frankreich und Rußland, und auf der anderen von Deutschland, Österreich/Ungarn und der Türkei geführt.

Innerhalb von 2 Jahren gewann Deutschland diesen Krieg, nicht offiziell, aber auf dem Schlachtfeld. Die deutschen U-Boote, welche eine Überraschung für die Welt waren, fegten alle Konvois vom Atlantik.

Großbritanniens Munition und Vorräte gingen der Neige zu, danach kam der Hunger. Zur gleichen Zeit meuterte die französische Armee, sie hatten 600.000 Blüten der französischen Jugend bei der Schlacht von Verdun an der Somme verloren. Die Russen waren am Ende, sie nahmen ihr Spielzeug und gingen nach Hause, sie wollten nicht mehr weiterspielen, und sie mochten den Zar auch nicht unbedingt. Die italienische Armee kollabierte.

Nicht ein Schuß wurde auf deutschem Boden abgefeuert. Nicht ein Feind hatte die deutsche Grenze überschritten, und dennoch bot Deutschland England den Frieden an. Einen Frieden auf einer Basis den Anwälte den "Status quo ante" nennen würden. Das bedeutet - Laßt uns den Krieg beenden und laßt alles so sein wie es vorher war.

England dachte im Sommer 1916 ernsthaft darüber nach. Sie hatten keine Wahl, entweder sie würden dieses Friedensangebot annehmen oder bis zur Selbstvernichtung weiterkämpfen.

Während dieser Phase wandten sich deutsche Zionisten, die die Zionisten Osteuropas repräsentierten, an das britische Kriegskabinett, und, ich möchte die ganze Sache hier verkürzen, aber ich habe alle Dokumente hier um das zu beweisen, sie sagten: "Seht her, ihr könnt diesen Krieg noch gewinnen, ihr müßt nicht aufgeben. Ihr müßt diesen Frieden nicht annehmen den euch die Deutschen angeboten haben. Mit den USA als euren Verbündeten könnt ihr diesen Krieg noch gewinnen."

Die USA hatten mit diesem Krieg noch nichts zu tun. Wir waren frisch, wir waren jung, wir waren reich und wir waren mächtig. Die Zionisten sagten zu England: "Wir führen die USA in den Krieg als euren Verbündeten, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt und Deutschland, Österreich/Ungarn und die Türkei besiegt sind, wollen wir im Gegenzug Palästina, das ist Euer Preis."

Nun, England hatte das gleiche Recht irgend jemanden Palästina zu versprechen, wie wir, wenn wir den Iren Japan versprechen würden, aus welchen Gründen auch immer. Es war absolut absurd, daß Großbritannien, das keine Interessen und auch keine Verbindungen zu Palästina hatte, es als Zahlungsmittel für den Kriegseintritt der USA verwenden würde. Wie auch immer, sie gaben dieses Versprechen im Oktober 1916. Und kurz danach, ich weiß nicht wie viele sich noch daran erinnern werden, traten die USA, die immer und absolut pro-deutsch waren, als Verbündete Großbritanniens, in den Krieg ein.

Ich sage die USA waren immer pro-deutsch, weil die Zeitungen unter jüdischer Kontrolle waren, die Bankiers waren Juden, die Massenmedien in diesem Land waren unter jüdischer Kontrolle und die Juden selbst waren pro-deutsch, weil viele von ihnen aus Deutschland kamen. Sie wollten, daß Deutschland den Zar besiegt. Die Juden haßten den Zar, sie wollten nicht, daß Rußland den Krieg gewinnt.

Diese jüdischen Bankiers, wie Kuhn-Loeb und andere Großbanken, weigerten sich England und Frankreich auch nur mit einem Dollar zu unterstützen. Sie sagten: "Solange England und Frankreich Verbündete Rußlands sind gibt es nicht einen Cent!" Aber sie pumpten Geld nach Deutschland, sie kämpften mit Deutschland an einer Seite gegen den Zar, um das zaristische Regime zu brechen.

Nun, dieselben Juden schlossen den Vertrag mit England ab als sie die Möglichkeit sahen Pa-

lästina zu bekommen. Auf einmal veränderte sich alles, wie eine Ampel die von rot auf grün schaltet. Alle Zeitungen, die den Menschen erzählten, wie schwer es doch die Deutschen im Kampf gegen die Briten hätten, änderten plötzlich ihre Meinung. Sie erzählten die Deutschen wären schlecht, sie wären wie die Hunnen, wie Barbaren. Sie, die Deutschen würden Rot Kreuz Schwestern erschießen und kleinen Babys die Hände abschneiden. Sie wären einfach schlecht. Kurz darauf erklärte Präsident Wilson Deutschland den Krieg.

Die Zionisten in London telegrafierte in die USA, zu Richter Brandeis, mit der Aufforderung: "Bearbeiten Sie Präsident Wilson, wir bekommen von England was wir wollen. Bringen Sie Präsident Wilson dazu in den Krieg einzutreten."

Auf diese Art und Weise traten die USA in den Krieg ein. Wir hatten kein Interesse daran. Wir hatten das gleiche Recht in diesen Krieg einzutreten, wie wenn wir heute Abend auf dem Mond anstatt in diesem Saal wären. Es gab absolut keinen Grund diesen Krieg zu unserem zu machen. Wir wurden hineingetrieben, nur damit die Zionisten ihr Palästina bekommen. Das ist etwas was den Bürgern dieses Landes noch nicht erzählt wurde. Sie wußten nicht warum wir in den 1. Weltkrieg eintraten.

Nachdem wir eingetreten waren gingen die Zionisten nach London und sagten: "Wir haben unseren Teil der Abmachung erfüllt, jetzt seid Ihr dran, gebt uns ein Schriftstück das uns zeigt, daß wir Palästina bekommen, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt."

Sie wußten auch gar nicht wie lange der Krieg dauern würde, ob 1, 2 oder 10 Jahre, aber sie fertigten es an. Das Schriftstück wurde in Form eines Briefes, in einer eigenartigen Ausdrucksform geschrieben, so daß die Welt nicht genau wissen würde was dahintersteckt. Dieses Schriftstück wurde die BALFOUR DEKLARATION genannt.

Die Balfour Deklaration war nichts anderes als das Versprechen Englands für dieses abgemachte "Geschäft". Diese "große" Balfour Deklaration ist genauso wertvoll wie eine 3 Dollar Note. Ich denke, ich kann mich nicht anders ausdrücken.

So begann der ganze Ärger. Die USA traten in den Krieg ein. Die USA vernichteten Deutschland. Was dann passierte wissen Sie ja. Als der Krieg zu Ende war, und die Deutschen bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 eintrafen, waren auch 117 Juden anwesend. Eine jüdische Delegation, die die Juden Osteuropas repräsentierte, angeführt von Bernard Baruch. Ich war auch da, ich sollte das wissen. Was passierte dann? Die Juden in dieser Konferenz, als man gerade dabei war Deutschland zu zerstückeln um es an die Europäer zu verteilen, sagten: "Wie wäre es mit Palästina für uns?"

Und sie brachten in Gegenwart der Deutschen die Balfour Deklaration zur Sprache. Die Deutschen erkannten was vor sich ging. "Aha, das war das Spiel, deswegen traten die USA in den Krieg ein." Die Deutschen erkannten zum ersten mal, daß sie nur deswegen besiegt worden waren, weil die Zionisten Palästina besitzen wollten. Die Deutschen mußten diese Schmach und irrsinnigen Reparationszahlungen nur aus diesem einen Grund erdulden.

Das bringt uns zu einer anderen interessanten Sache. Als die Deutschen das erkannten, nahmen sie das den Juden verständlicherweise sehr übel. Bis zu dieser Zeit ging es den Juden in keinem anderen Land auf dieser Welt besser als in Deutschland.

Es gab Herrn Rathenau, der bestimmt genauso wichtig in Industrie und Finanz war, wie Bernard Baruch in diesem Land. Es gab Herrn Balin, Besitzer der großen Dampfschiffahrtslinien, der Norddeutsche Lloyds und der Hamburg-Amerika Linie. Es gab Herrn Bleichröder, der Bankier der Hohenzollern Familie. Es gab die Warburgs in Hamburg, eine Kaufmanns- und Bankiersfamilie, die größten auf dieser Welt. Den Juden ging es sehr gut in Deutschland. Aber die Deutschen dachten: "Das war ein ziemlicher Ausverkauf."

Es war ein Ausverkauf der dieser hypothetischen Situation gleichkommt:

Gehen wir davon aus, wir die USA wären im Krieg mit der UdSSR, und wir wären am gewinnen, und wir bieten der UdSSR den sofortigen Stopp an. Wir würden ihnen Frieden anbieten.

Plötzlich würde das rote China in den Krieg eintreten, als Verbündeter der UdSSR. Und dadurch würden wir vernichtend geschlagen werden. Gleich danach kämen Reparationszahlungen in einem Ausmaß, das wir uns gar nicht vorstellen können, auf uns zu.

Stellen Sie sich vor, daß wir gleich nach dem Krieg erfahren würden, daß unsere US-Chinesen, unsere Mitbürger, von denen wir immer dachten daß sie loyale und zuverlässige Bürger unseres Landes wären, stellen Sie sich vor wir fänden heraus daß sie es waren die für unsere Vernichtung verantwortlich gewesen sind. Stellen Sie sich vor daß diese US-Chinesen uns an die UdSSR verkauft hätten, wie würden wir uns fühlen!? Ich glaube keiner von ihnen könnte sein Gesicht jemals wieder auf den Straßen zeigen.

Es würde nicht genug Laternen geben die sie bei Nacht schützen würden. Wie würden wir uns fühlen ...? Nun, so fühlten auch die Deutschen gegenüber den Juden. Sie waren immer sehr anständig zu den Juden gewesen. Als 1905 die kommunistische Revolution in Rußland fehlgeschlug, und die Juden aus Rußland vertrieben wurden, gingen sie alle nach Deutschland, und Deutschland gab ihnen Unterschlupf. Sie wurden sehr gut behandelt. Jetzt aber haben sie Deutschland verraten und verkauft, und zwar nur aus einem Grund, nur um Palästina zu besitzen. Als ihr "Jewish Commonwealth."

Nahum Sokolow und all die großen Führer und Namen die man heute mit dem Zionismus in Verbindung bringt, schrieben von 1919-1923 in ihren Zeitungen, und sie waren voll mit ihren Aussagen, daß, trotzdem die Deutschen erkannt haben, daß sie durch jüdische Einmischung den Krieg verloren haben, das Gefühl gegenüber den Juden noch annehmbar sei.

Es gab keine religiösen Gefühle, es gab auch keine Anfeindungen nur weil die Juden einen anderen Glauben haben. Es war nur wirtschaftlicher Natur, und alles andere als religiös. Niemanden in Deutschland kümmerte es ob ein Jude abends nach Hause ging, seinen Rolladen herunterließ und "Shema Yisroel" oder "Unser Vater" sagte. Niemand kümmerte sich darum, nicht mehr und nicht weniger wie hier in den USA. Die Gefühle die sich später entwickelten waren nur darauf zurückzuführen, daß die Deutschen die Juden für ihre Niederlage verantwortlich machten.

Der 1. Weltkrieg begann, ohne daß die Deutschen dafür verantwortlich gewesen waren. Sie hatten überhaupt keine Schuld, nur die Schuld erfolgreich zu sein. Sie bauten eine große Marine. Sie hatten Handel mit der ganzen Welt. Sie müssen sich darüber klar werden, daß Deutschland während der französischen Revolution aus über 300 Stadtstaaten, Grafschaften, Fürstentümern usw. bestand. Zwischen dieser Zeit, der Zeit Napoleons und Bismarcks, wurden sie zu einem Land zusammenggeführt.

Innerhalb von 50 Jahren wurde Deutschland zu einer der Weltmächte. Ihre Marine rivalisierte mit der britischen und sie gingen dem Handel auf der ganzen Welt nach. Sie machten bessere Produkte und sie konnten mit jedem konkurrieren. Und was war das Ergebnis des Ganzen?

England, Frankreich und Rußland verschworen sich gegen Deutschland. Sie wollten Deutschland niederstrecken. Es gibt heute keinen Historiker der einen stichhaltigeren Grund finden könnte, warum Deutschland von der Landkarte verschwinden mußte.

Als die Deutschen erkannten wer für ihre Niederlage verantwortlich war, waren sie natürlich sehr verärgert. Aber nicht ein Haar wurde den Juden gekrümmt, nicht ein einziges. Professor Tansill der Georgetown Universität, der Zugang zu allen geheimen Unterlagen des State Departments hatte, zitierte in seinem Buch ein Dokument, geschrieben von Hugo Schoenfelt, ein Jude den Cordell Hull 1933 nach Europa schickte um die sogenannten Lager der politischen Gefangenen zu untersuchen, daß alle Gefangenen in guter Verfassung seien. Allen ging es gut und jeder wurde gut behandelt.

Die Lager waren gefüllt mit Kommunisten. Viele der Gefangenen waren Juden, weil 98 % der Kommunisten in Europa Juden waren. Einige Priester, Gewerkschaftsführer und andere mit internationalen Verbindungen waren auch unter den Gefangenen.

Der Hintergrund dessen war: In den Jahren 1918-1919 übernahmen die Kommunisten für einige Tage Bayern. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und eine Gruppe anderer Juden übernahmen die Regierung für drei Tage.

Nach dem Krieg floh Kaiser Wilhelm nach Holland, weil er dachte, daß ihm das gleiche Schicksal widerfahren würde wie dem Zaren Rußlands. Nach der kommunistischen Bedrohung in Deutschland arbeiteten die Juden wieder daran ihre alten Stellungen zurückzubekommen. Die Deutschen aber, bekämpften das so gut es ging. Sie bekämpften die Juden, wie die Prohibitionisten in unserem Land den Alkohol und deren Anhänger bekämpft haben.

Sie wurden nicht mit Pistolen bekämpft. Das war die Art und Weise wie die Juden in Deutschland bekämpft wurden. Zu dieser Zeit gab es zwischen 80-90 Millionen Deutsche, und nur 460.000 Juden. Ungefähr 0,5 % der Einwohner waren Juden, und doch kontrollierten sie die ganze Presse, und sie kontrollierten den Großteil der Wirtschaft, weil sie, als die Deutsche Mark abgewertet wurde, mit ihrem wertvollem Dollar praktisch alles aufkauften.

Die Juden versuchten das zu vertuschen, sie wollten nicht, daß die Welt versteht und begreift, daß sie Deutschland verraten und verkauft haben, und die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Die Deutschen bekämpften sie mit geeigneten Aktionen. Sie diskriminierten sie wo auch immer sie konnten. Sie mieden sie auf die gleiche Art und Weise wie wir die Neger, die Chinesen oder die Katholiken meiden würden, wenn sie verantwortlich für unsere Niederlage gewesen wären und sie uns an den Feind verkauft hätten.

Nach einer Weile trafen sich die Juden zu einer Weltkonferenz in Amsterdam. Juden aus jedem Land nahmen an diesem Treffen 1933 teil.

Und sie sagten zu Deutschland: "Ihr feuert Hitler und gebt uns unsere alten Positionen zurück, egal ob einer Kommunist oder was auch immer ist. Ihr könnt uns so nicht behandeln. Wir die Juden der Welt stellen euch ein Ultimatum." Sie können sich vorstellen was die Deutschen den Juden erzählt haben. Was geschah dann?

1933, als Deutschland sich dem Weltkongreß verweigerte, wurde die Konferenz abgebrochen. Mister Samuel Untermyer, der Kopf der amerikanischen Delegation und Präsident der gesamten Konferenz, kam zurück in die USA. Er ging vom Dampfschiff direkt zu den Studios der Columbia Broadcasting System - CBS, und gab eine Stellungnahme über die Radiostationen der gesamten USA ab, in welcher er sagte: "Wir sind nun in einem heiligen Konflikt mit Deutschland, und wir werden sie bis zur Aufgabe hungern lassen. Wir werden Deutschland weltweit boykottieren."

Tatsache ist, daß zwei Drittel der Lebensmittel der Deutschen importiert werden müssen, und es kann nur importiert werden, wenn auch gleichzeitig exportiert wird. So, wenn Deutschland nicht exportieren kann müssen zwei Drittel der deutschen Bevölkerung hungern. Es gab nur genug Lebensmittel für ein Drittel. In dieser Deklaration, die ich hier habe, und welche auch in der New York Times am 7. August 1933 abgedruckt war, gab Mister Samuel Untermyer bekannt, daß dies "unsere Art der Selbstverteidigung ist."

Präsident Roosevelt hat diese Handhabung in der National Recovery Administration bekanntgegeben, daß jeder der sich dem New Deal nicht beugt, auf diese Art und Weise boykottiert wird. Sie werden sich daran erinnern meine Damen und Herren, sogar der oberste Gerichtshof nahm es an. Letztendlich erklärten die Juden Deutschland den Krieg, und dieser war so effektiv, daß sie in keinem Laden mehr einen Artikel mit dem Aufdruck - Made in Germany - finden konnten.

Ein Mitarbeiter der Woolworth Company erzählte mir, daß sie Geschirr im Wert von mehreren Millionen Dollar in den Fluß werfen mußten, da Kunden, die diese gefunden haben, sie, die Inhaber gleich mit "Hitleristen, Mörder usw." gebrandmarkt haben. Es gab viele dieser Aufmärsche und Protestaktionen.

In einem Laden, der der R. H. Macy-Kette angehörte, der von der Familie Strauss geführt wur-

de, die auch Juden waren, fand eine Frau Strumpfhosen mit dem - Made in Germany - Aufdruck, Strumpfhosen aus Chemnitz, die dort seit 20 Jahren verkauft werden, wurden boykottiert. Die Besitzer wurden mit "Hitleristen" beschimpft. Hunderte von Menschen liefen auf und ab und protestierten... Bis zu dieser Zeit wurde keinem Juden in Deutschland auch nur ein Haar gekrümmt. Die Juden hatten nichts zu erleiden, mußten nicht hungern, wurden nicht attackiert oder ermordet.

Natürlich sagten sich die Deutschen: "Wer sind diese Menschen, die unser Land boykottieren, unser Volk arbeitslos werden lassen und unsere Industrie zum Stillstand führen? Wer sind diese Menschen, daß sie so etwas machen?"

Die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Plötzlich wurden in Deutschland jüdische Geschäfte mit Aufschriften und Zeichen bemalt. Warum auch sollte ein Deutscher sein Geld in ein Geschäft bringen dessen Besitzer Deutschland mitboykottiert, der dafür sorgt, daß das deutsche Volk hungern mußte und dadurch zur Aufgabe gezwungen werden und sich dem Weltjudentum ergeben sollte!? Ein Boykott von Menschen, die den Deutschen ihren Premier oder Kanzler aufzwingen wollten, es war lächerlich.

Der Boykott ging noch weiter, aber im Jahre 1938, als ein junger polnischer Jude in die deutsche Botschaft in Paris eindrang und einen Mitarbeiter erschoss, wurde es rauher für die Juden in Deutschland. Sie brachen Fenster ein und hatten Straßenkämpfe. Nun, ich benütze das Wort Antisemitismus ungern, weil es bedeutungslos ist, aber ich benütze es, weil sie es nicht anders kennen.

Der einzige Grund warum die Deutschen antijüdische Gefühle hatten, war der, daß sie wußten, daß die Juden für die Niederlage im 1. Weltkrieg und den Boykott verantwortlich waren. Dahingehend waren die Juden auch für den 2. Weltkrieg verantwortlich, weil, als das Ganze aus der Hand glitt, es wichtig war zu sehen, wer den Kampf überleben und als Sieger herausgehen wird.

Ich habe in Deutschland gelebt, und ich weiß, daß die Deutschen sich zwischen Kommunismus und Christentum zu entscheiden hatten. Es gab nichts dazwischen. Die Deutschen entschieden sich für das Christentum.

Sie begannen sich wieder zu bewaffnen. Im November 1933 haben die USA die Sowjetunion anerkannt. Die Sowjetunion wurde sehr mächtig, die Deutschen erkannten das und entschieden sich zu gehen und erst wieder zu kommen bis sie stark genug sind. Das gleiche machen wir hier doch auch, gehen und erst dann wieder auf der Bildfläche erscheinen bis wir stark sind.

Unsere Regierung gibt im Jahr 83 oder 84 Milliarden für Verteidigung aus. Verteidigung gegen wen? Verteidigung gegen 40.000 kleine Juden in Moskau, die Rußland übernommen haben, und in ihrer unaufrichtigen Art auch die Kontrolle über andere Staaten der Welt.

Heute leben wir an der Grenze zum 3. Weltkrieg aus dem keiner als Sieger hervorgehen wird. Das geht über meine Vorstellungskraft hinaus. Ich weiß, daß Atombomben im Megatonnenbereich gemessen werden. Eine Megatonne ist die Bezeichnung für 1 Million Tonnen TNT. Unsere Atombomben hatten eine Kapazität von 10 Megatonnen, 10 Millionen Tonnen TNT, als sie zum ersten mal entwickelt wurden. Heute haben wir Atombomben im 200 Megatonnen-Bereich, und nur Gott weiß wie viel die Russen davon haben.

Mit was haben wir es heute zu tun? Wenn wir heute einen Krieg auslösen, könnte er sich zu einem Atomkrieg entwickeln. Könnte das passieren? Es wird, wenn der Vorhang zum dritten Akt hochgeht. Akt 1 war der erste Weltkrieg, Akt 2 der zweite, Akt 3 wird der dritte Weltkrieg sein. Die Juden dieser Welt, die Zionisten und ihre religiös Verbündeten sind fest entschlossen, die USA weiterhin als ihren Stützpunkt für ihren Plan zu benützen, das Land Palästina zur Hauptstadt ihrer Weltregierung zu machen. Das ist so wahr wie ich hier stehe. Nicht nur ich weiß das und habe es gelesen, viele hier haben das auch, und es ist auf der ganzen

Welt bekannt.

Was können und sollen wir tun? Das Leben, das Sie retten könnten, könnte das Ihres Sohnes sein. Ihre Jungs könnten heute Nacht auf dem Weg in den Krieg sein, und Sie wußten genauso wenig darüber wie Sie 1916 wußten, als die britische Regierung und die Zionisten ihren Deal abschlossen. Hatten Sie das gewußt? Niemand in den USA wußte das. Es war Ihnen nicht erlaubt das zu wissen. Wer wußte es?

Präsident Wilson wußte es. Colonel House wußte es. Andere Eingeweihte wußten es auch. Habe ich es gewußt? Ja, ich hatte eine ziemliche Ahnung was so vor sich ging. Ich stand in enger Verbindung mit Henry Morgenthau sen., in der Wahlkampagne 1912, als Präsident Wilson gewählt wurde. Es wurde rund um das Büro viel gesprochen. Ich war Vertrauensmann von Henry Morgenthau sen., dem Vorsitzenden des Finanzkomitees, und ich stand in enger Verbindung mit Rollo Wells, dem Schatzmeister.

Da saß ich nun in dieser Runde, Präsident Wilson am Tische, und all die anderen. Ich hörte wie sie ihm die Einkommensteuer in sein Gehirn eingehämmert haben, durch die die Federal Reserve (Bundesbank) entstand, und ich hörte wie sie ihm die zionistische Bewegung indoktriniert haben. Richter Brandeis und Präsident Wilson waren sich so nahe wie diese zwei Finger an meiner Hand. Präsident Wilson war so inkompetent als dieses Newborn-Baby beschlossen wurde.

Das war die Art und Weise wie wir in den 1. Weltkrieg eintraten, während wir alle "schlafen". Sie schickten unsere Jungs auf die Schlachtbank, für was? Nur damit die Juden "ihr" Palästina bekamen, als ihr "Commonwealth".

Sie haben euch so verdummt, daß ihr nicht mehr wißt was links und rechts ist. Was wissen wir über die Juden? Ich nenne sie vor Ihnen Juden weil man sie so kennt. Ich selbst nenne sie nicht Juden. Ich nenne sie nur die "sogenannten Juden", weil ich weiß wer sie sind. Die osteuropäischen Juden, von denen 92 % der jüdischen Weltbevölkerung abstammen, sind eigentlich gar keine Juden.

Sie sind eigentlich Khazaren. Die Khazaren waren ein kriegerischer Stamm der Tief im Herzen Asiens lebte. Sie waren so kriegerisch, daß die Asiaten selbst sie aus Asien vertrieben und nach Europa schickten. Die Khazaren gründeten ein großes Königreich von 800.000 Quadratmeilen. Zu dieser Zeit existierte Rußland noch nicht, genauso wie viele andere europäische Länder. Das Khazarenkönigreich war das größte im gesamten Europa, so groß und so mächtig, das, wenn andere Monarchen es um Kriegshilfe gebeten hätte, es diesem leicht 40.000 Soldaten hätte leihen können. So groß und mächtig waren sie.

Die Khazaren waren Phallus-Verehrer/Anbeter, was sehr unanständig ist und ich möchte auch nicht näher darauf eingehen. Das war ihre Religion wie sie auch die Religion vieler anderer Barbaren und Heiden auf diesem Planeten war. Der Khazarenkönig war so angewidert von dieser degenerierten Lebensweise, daß er sich entschied einen Glauben zu "adoptieren", entweder das Christentum, den Islam oder das Judentum, was eigentlich Talmudismus ist.

Er entschied sich für das Judentum, und das wurde zur Staatsreligion. Er gründete die Talmudschulen Pumbedita und Sura aus der tausende von Rabbis hervorgingen. Er eröffnete Synagogen und Schulen, und seine Leute wurden was wir heute Juden nennen. Keiner von ihnen hatte jemals einen Vorfahren der auch nur mit einem Zehen das heilige Land betreten hat, nicht in der Geschichte des alten Testaments noch vom Anbeginn ihrer Zeit. Keiner von ihnen.

Und dennoch kommen sie zu den Christen und bitten um militärische Hilfe in Palästina. Sie sagen: "Wollt Ihr nicht dem auserwählten Volk helfen ihr gelobtes Land, die Heimat ihrer Vorfahren zurückzubekommen? Es ist eure christliche Pflicht. Wir gaben euch einen unserer Söhne als Herrn und Erlöser. Ihr geht Sonntags in die Kirche, kniet nieder und betet einen Juden an, und wir sind Juden."

Aber sie sind heidnische Khazaren, sie konvertierten genauso wie die Iren zum Christentum konvertierten. Es ist lächerlich, sie Volk des heiligen Landes zu nennen, so wie es lächerlich wäre 54 Millionen chinesische Moslems Araber zu nennen. Sie würden sich fragen ob diese Chinesen nicht ganz bei Trost sind. Jeder der glauben würde, daß diese Chinesen Araber wären, wäre nicht normal. Alles was sie taten war den Glauben anzunehmen, dessen Ursprung Mekka in Arabien ist. So wie die Iren es auch taten. Die Iren wurden nicht zu anderen Menschen. Sie waren immer noch die Gleichen, nur, daß sie das Christentum angenommen haben, und trotzdem sind sie immer noch Iren.

Diese Khazaren, diese Heiden, diese Asiaten waren eine mongolische Rasse die aus Asien nach Europa vertrieben wurde. Weil ihr König diesen Glauben angenommen hatte, hatte auch das Volk keine andere Wahl. So wie in Spanien, war der König katholisch, war es das Volk auch, wenn man sich weigerte hatte man das Land zu verlassen. So wurden die Khazaren was wir heute Juden nennen.

Jetzt können Sie sehen wie dumm es von den christlichen Regierungen war zu sagen: "Wir werden Gottes auserwähltem Volk, mit unserer Macht und unserem Prestige helfen das Land ihrer Vorfahren zurückzubekommen."

Gibt es eine größere Lüge als diese? Die Juden kontrollieren die Zeitungen, die Magazine, das Radio, das Fernsehen, die großen Buchverlage, und weil unsere Politiker ihre "Sprache" sprechen, ist es nicht überraschend, daß Ihr diese Lügen glaubt. Ihr würdet glauben schwarz sei weiß, wenn Ihr es nur oft genug hören würdet. Ihr würdet schwarz nicht mehr schwarz nennen.

Ihr würdet schwarz weiß nennen, und niemand könnte euch die Schuld geben. Das ist eine der großen Lügen in unserer Geschichte. Es ist das Fundament des ganzen Elends das uns befallen hat.

Wissen Sie, was die Juden am Tag des Atonements (?) machen, der Tag bei dem Sie denken, das er so heilig für die Juden wäre? Ich war einer von ihnen. Das ist kein Hörensagen. Ich bin nicht hier um Ihnen irgendeinen Schwachsinn zu erzählen. Ich gebe Ihnen hier Fakten!

Am Tag des Atonements (?) geht man in eine Synagoge. Für das erste Gebet, das man vorträgt, steht man aufrecht.

Es ist das einzige Gebet für das man steht. Man wiederholt dreimal ein Kurzgebet mit dem Namen Kol Nidre. In diesem Gebet schließt man ein Abkommen mit Gott, das besagt, daß jeder Eid, jedes Versprechen und jedes Gelöbnis, das man während der nächsten zwölf Monate gegenüber Nichtjuden macht, null und nichtig ist. Der Eid ist kein Eid, das Versprechen kein Versprechen und das Gelöbnis kein Gelöbnis. Das alles hat bei Juden keinen moralischen Wert. Und der Talmud lehrt auch, daß, wann immer man einen Eid, ein Versprechen oder ein Gelöbnis abgibt, man sich immer an den Tag des Atonements (?) erinnern soll, weil man als Jude diese Dinge nicht erfüllen muß und man davon ausgenommen ist. ...

Nun, wie sehr können Sie auf die Loyalität eines Juden zählen. Sie können darauf genauso zählen, wie die Deutschen im Jahre 1916 darauf gezählt haben.

Wir werden das gleiche Schicksal erleiden wie Deutschland, aus den gleichen Gründen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 1999 über Schröders Staatsbesuch in Polen: >>... Der Kanzler steht in Warschau zur historischen Verantwortung der Deutschen und sagt den Polen Hilfe beim EU-Beitritt zu

... Nach einem Besuch bei Staatspräsident Aleksander Kwasniewski bekannte sich Schröder nachdrücklich zur Verantwortung und den Lehren aus der deutschen Geschichte. Mit dem Besuch unmittelbar nach dem 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen wolle er zeigen, daß er als Politiker der Nachkriegsgeneration die "fürchterlichsten Teile" der Geschichte "kennt und sie nicht verdrängen will". ...

Polens Ministerpräsident Buzek dankte Deutschland für die Bemühungen bei der Aufnahme

Polens in die NATO. Er hoffe darauf, daß Deutschland sich auch als Anwalt für die rasche Aufnahme Polens in die Europäische Union (EU) einsetzen werde. Polen strebt eine Aufnahme in die EU mit Beginn des Jahres 2003 an.

Bundeskanzler Schröder versprach, dieses Vorhaben zu unterstützen. Im Anschluß an das Treffen mit dem Premier und dem Präsidenten sagte der Bundeskanzler, Deutschland werde alles tun, um Polen bei einem möglichst baldigen Anschluß an die EU zu helfen. ... Mit der Reise nach Warschau will Schröder mit Blick auf den bevorstehenden Jahrestag des Falls der Berliner Mauer im November 1989 den ehemals kommunistisch regierten Ländern in Osteuropa für ihre Rolle beim Zustandekommen der deutschen Einheit danken. ...<<

Das "Jahrbuch Nr. 1 Aktuell" des "Harenberg Lexikon-Verlags" berichtete im Jahre 1999 über die Europäische Union (x096/209-239):

>>... Agenda 2000: Im März 1999 beschlossen die EU-Mitgliedstaaten in Berlin in der Agenda 2000 Reformen der Agrar- und Strukturpolitik sowie die Neuordnung der EU-Finanzierung. ...

Agenda 2000/Eckpunkte: Die Agenda 2000 sieht für 2000-2006 Ausgaben von rund 700 Mrd. Euro vor. Die Agrarpolitik ist mit 298 Mrd. Euro größter Posten im EU-Haushalt. ... Der größte Zahler Deutschland kann frühestens ab 2003 auf eine leicht sinkende Nettobelastung im Verhältnis zu seiner Wirtschaftsleistung rechnen. ...

Agenda 2000/EU-Erweiterung: Als Hilfe zur Vorbereitung für den Beitritt werden den Kandidaten (u.a. Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) ... bis 2006 ca. 22 Mrd. Euro bereitgestellt. Für die aufgenommenen Länder werden 2002-2006 weitere Ausgaben von 58 Mrd. Euro einkalkuliert. Die Finanzmittel fließen in Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und in die Landwirtschaft der neuen Mitglieder. ...

Agrarpolitik/Milchstrafe: Wegen der Überschreitung der von der EU festgesetzten Milchquote 1997/98 mußte Deutschland eine Strafe von 226 Mio. DM zahlen. ...

EU-Erweiterung: Im November 1998 nahmen die EU-Mitgliedstaaten Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern auf. ... Auch Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, die Slowakei und die Türkei streben die Aufnahme in die EU an. Der Beitrittsantrag der Schweiz ruht seit 1992, nachdem das Volk sich in einer Abstimmung gegen die Teilnahme am europäischen Wirtschaftsraum ausgesprochen hatte. ...

Zur Aufnahme in die EU sind im betreffenden Land eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Achtung der Menschenrechte und der Schutz nationaler Minderheiten, eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie Mindeststandards in der Sozialgesetzgebung und im Umweltschutz erforderlich. ...

Die Europäische Kommission kritisierte Ende 1998 den Stillstand der Reformen in Slowenien und Tschechien, vor allem den fehlenden Willen der Regierungen, ihr Rechtssystem an EU-Normen anzugleichen. ... Eine Aufnahme der Türkei wurde 1999 trotz Fortschritte bei der Entwicklung der Marktwirtschaft wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung von Minderheiten (z.B. der Kurden) und des Fehlens einer zivilen Kontrolle des Militärs als verfrüht angesehen. ...

EU-Haushalt/Deutsche Beiträge: ... In den Jahren 1992 bis 1998 betrugen die deutschen Nettozahlungen an die EU (deutsche Zahlungen an EU abzüglich EU-Zahlungen an Deutschland):

1991 = 19,0 Mrd. DM

1992 = 22,1 Mrd. DM

1993 = 23,7 Mrd. DM

1994 = 27,6 Mrd. DM

1995 = 26,1 Mrd. DM

1996 = 22,5 Mrd. DM

1997 = 22,5 Mrd. DM

1998 = 24,1 Mrd. DM
(187,6 Mrd. DM)

EU-Haushalt/Betrug: 1998 gingen der EU ca. 4 Mrd. EUR (ungefähr 5 % des EU-Haushalts) durch Betrug, Korruption und Schlamperei verloren. Durch Schwarzarbeit, Schwarzhandel und mangelhafte Eintreibung von Steuermitteln, die der EU zustehen, wurden weitere Mindereinnahmen von ca. 22 Milliarden Euro erzielt. ...

Euro: Am 1.1.1999 wurde in elf Ländern der EU (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Er kann bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen bleiben bis 2002 im Umlauf. ...

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hat. So entspricht ein Euro genau 1,95583 DM. ...

Der Euro sank seit seiner Einführung bis Mitte 1999 von 1,1789 US-Dollar auf unter 1,04 US-Dollar. Gründe waren das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die stabilitätsorientierte und wachstumsfördernde Politik der elf EU-Staaten. ...

Die Kosten der Euro-Umstellung belaufen sich für die europäischen Unternehmen auf 77 Mrd. Euro, rund 70 % mehr als 1997 geschätzt. ...

Europäische Kommission/Vetternwirtschaft: ... Der Europäische Rechnungshof, das europäische Parlament und die EU-Bekämpfungseinheit Uclaf stellten 1998/99 zahlreiche Fälle von Mißmanagement, Betrug und Günstlingswirtschaft innerhalb der EU fest. ...

Europäische Kommission/Kompetenzen: Die europäische Kommission ist eine Art europäische Regierung, die mit ihren rund 21.000 Bediensteten den EU-Haushalt von ca. 85 Mrd. EUR (1999) verwaltet.

Europäische Union: Die Europäische Union (EU) ist ein Staatenbund, der mit Beginn der Europäischen Währungsunion am 1.1.1999 ein weiteren Schritt zu einer politischen Union vollzog. ...

In Amsterdam wurden 1997 zusätzliche Reformen der EU eingeleitet:

Übertragung von Befugnissen an die EU auf dem Gebiet der inneren Sicherheit.

Stärkung des Mehrheitsprinzips bei Entscheidungen in der EU im Gegensatz zum Einstimmigkeitsprinzip.

Stärkung des Europäischen Parlaments beim Gesetzgebungsverfahren. ...

1999 blieb unter den Mitgliederstaaten offen, ob die EU zu einem europäischen Bundesstaat mit europäischer Regierung und gesetzgebenden Parlament ausgebaut werden soll oder mit Blick auf die geplante Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten in die EU (frühestens 2002) sich nur zu einer Konföderation in Form eines Staatenbundes mit gemeinsamer Gesetzgebung in eng abgegrenzten Bereichen entwickeln soll. ...

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion begann am 1.1.1999 in elf Ländern (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) mit der Einführung des Euro und der Übertragung der währungspolitischen Hoheit auf die Europäische Zentralbank. ...

Griechenland erfüllte als einziges Mitglied nach Auffassung des Rates der EU die Kriterien nicht hinreichend. Dänemark, Großbritannien und Schweden verzichteten aus stabilitätspolitischen Bedenken und wegen des mit einer Teilnahme an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verbundenen Verlustes nationaler Souveränität zunächst auf die Einführung des Euro. ...

Europäischer Rat: Der Europäische Rat ist kein EU-Organ, sondern als deren oberste Instanz ein Zusammenschluß der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten. ...

Im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik legt der Europäische Rat die

Richtlinien der EU fest. ...

EU-Steuerharmonisierung: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs forderten Ende 1998, bei Entscheidungen über Steuerfragen in der EU vom üblichen Prinzip der Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten abzugehen, um Mehrheitsbeschlüsse gegen den Willen einzelner Regierungen leichter durchsetzen zu können.

Die britische Regierung lehnte diesen Vorschlag ab ... Sie verwies auf den Vertrag von Amsterdam (1997), in dem die Einstimmigkeit in Steuerfragen ausdrücklich festgeschrieben ist. Bis 1999 galt nur ein rechtlich unverbindlicher Steuerverhaltenskodex. Danach sollen als unfair angesehene Steuervergünstigungen abgeschafft werden, die einige EU-Länder (u.a. Großbritannien, Luxemburg) eingeführt hatten, um den eigenen Wirtschaftsstandort attraktiver zu gestalten.

Die Regierungen in Deutschland und Frankreich fürchten als Folge des Steuerwettbewerbs einen wachsenden Kapitalstrom in EU-Staaten mit günstigen Steuersätzen, eine ungerechte Verteilung der Steuerlast zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern sowie eine ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Mitgliedsländer. ...

EU-Wettbewerbskontrolle: ... Die Europäische Kommission kontrolliert die Einhaltung der Wettbewerbsregeln, die im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft festgelegt wurden, u.a. Kartellverbot, Mißbrauch marktbeherrschender Stellung und Verbot wettbewerbsverzerrender staatlicher Subventionen.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: ... Auf internationaler Ebene soll die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine eigene Identität der EU entwickeln. Sie umfaßt alle die Sicherheit der EU-Staaten betreffenden Fragen, darunter die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer koordinierten Strategie im Verteidigungsfall führen könnte.

Dennoch ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik keine einheitliche Politik. Jedes EU-Mitgliedsland bleibt für seine eigene Außenpolitik verantwortlich. ...

Rat der EU: ... Bei einstimmigen Entscheidungen oder einfachen Mehrheitsbeschlüssen hat jedes Land unabhängig von seiner Größe eine Stimme. Bei Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit haben die Länder entsprechend ihrer Größe unterschiedlich viele Stimmen. Einstimmige Beschlüsse sind erforderlich in bedeutenden Angelegenheiten wie Beitritt eines neuen Staates, Vertragsänderungen ...

Zwischen 1995 und Mitte 1998 wurde bei Entscheidungen des Rates der EU Deutschland am häufigsten überstimmt (40-mal). 27-mal befand sich Großbritannien in der Minderheit, 22-mal Italien, 20-mal Schweden. Die häufigen Abstimmungsniederlagen Deutschlands wurden auf mangelndes Verhandlungsgeschick und fehlende Koordination in der EU-Politik zurückgeführt. ...

Strukturfonds: Ziel der Strukturfonds ist die Überwindung der regionalen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede in der EU. ... 1994-99 wurden insgesamt 183 Mrd. Euro für die Regionalförderung ausgegeben. ...

Bis Ende 1999 gilt ein vielfach undurchsichtiges System von Zielgebieten und Gemeinschaftsinitiativen, das entscheidet, welche Projekte (Unternehmen, öffentliche Einrichtungen) gefördert werden. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11/12 – 2000 berichtete später über das Buch "Third Way" des englischen Journalisten Michael Chapman (x853/...): >>"Der

Dritte Weg" - Sozialisten kontrollieren die EU

"Keiner kann gleichzeitig ein aufrichtiger Katholik und ein wahrer Sozialist sein."

(Papst Pius XI.)

Die Europäische Union (EU) versucht, einen Überstaat zu schaffen, basierend auf einem "Dritten Weg", einer Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus. Dieser "Mittlere Weg",

auch als Interventionismus bekannt, bedeutet, daß die Regierung die Wirtschaft und die Kultur durch exzessive Regulierungen und Steuern kontrolliert. Nennen wir es Sozialismus "leicht". Viele der Regelungen des "Dritten Weges" in der EU und die Menschen, die sie machen, widersprechen jedoch der Lehre der katholischen Kirche. Sie sollten somit gut im Auge behalten werden; denn Europa, einst die Wiege der Christenheit, bringt eine mächtige Kultur des Todes hervor.

Die kürzlich vom Europäischen Parlament verabschiedete Resolution zugunsten homosexueller "Ehen" und andere todbringende Politik "werden die westeuropäischen Länder und deren Völker in die Selbstzerstörung treiben", sagte Pater Richard Welch, Präsident von Human Life International. "Da dies alles gegen Gott und seine Gebote ist, stirbt der Glaube. Dies ist der schreckliche Spielplan des Todes."

Der "Dritte Weg" ist selbstzerstörerisch - in Europa und überall, wo er beschritten wird. Preiskontrollen bei der Gesundheitsvorsorge ... z.B. führen zu einer Rationierung des Gesundheitsdienstes. Oder betrachten wir es so: Für Teenager wird die Empfängnisverhütung als "Dritter Weg" verkauft zwischen denen, die Enthaltensamkeit befürworten und denen, die sexuelle "Freiheit" betreiben. Das wird als "Dritter Weg" zwischen Extremen angesehen.

Aber die Verhütung löst das Problem nicht; sie macht es schlimmer. Dann kommen die Befürworter des "Dritten Weges" mit weiteren Regelungen wie Abtreibung und Sterilisation (und weiteren Steuern), um dem Problem zu begegnen, das sie selbst verursacht haben. Und danach wird es noch schlimmer.

Es ist ein selbstzerstörerischer Teufelskreis, und es spielt keine Rolle, ob sich die Politik der Geburtenkontrolle, der "Rechte" der Homosexuellen, des Freihandels, der Gesundheit, Wohlfahrt oder Entwicklungshilfe annimmt. Der Interventionismus verzerrt die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Menschen und Nationen, verschlimmert die Probleme und verschafft den "Dritte-Weg-Bereitern" ironischerweise eine Entschuldigung für noch mehr Regelungen, weitere Geldausgaben und den Ausbau der Bürokratie.

Das leitende Organ der EU, die Kommission, wird von Beamten der 15 Mitgliedstaaten gebildet und umfaßt derzeit 21 Kommissare.

Die Kommission überwacht mehr als 17.000 Bürokraten, gibt jährlich etwa 100 Milliarden Dollar aus und erläßt Tausende von Regelungen, welche die 376 Millionen Bürger betreffen. Das EU-Hauptquartier befindet sich in Brüssel, Belgien, in einem neuerbauten 1,2 Milliarden Dollar teuren Gebäude. Die EU-Währung, der Euro, entspricht in etwa dem Dollar. (Zum besseren Verständnis der enormen Größe der EU wird auf die Webseite verwiesen: www.europa.org.)

Sollte ein Mitgliedsstaat wie Deutschland seinen Anteil an "EU-Hilfe", d.h. Zuwendungen, einfordern, muß es sich nach der EU richten. Wer die Kapelle bezahlt, bestimmt die Musik. ...

Europa hat den sozialistischen Weg beschritten

Im vergangenen Jahr sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher vor dem britischen Oberhaus: "Fast alle europäischen Staaten außer Spanien werden sozialistisch regiert. Die Sozialisten haben dies alles erreicht unter der Maske der Mäßigung. Dies kennzeichnet deren neuer Zugang als Dritten Weg. Doch leider führt dieser Dritte Weg nirgendwohin."

"Statt Verstaatlichung erreichen die neuen Utopisten den gleichen Sozialismus, indem sie zahllose Vorschriften einführen und alles, was sie können, kontrollieren. Die Kontrolle ist in der Europäischen Union allgegenwärtig, dafür gibt es eine Fülle von Vorschriften."

Diese verursachen zusätzliche Kosten, die auf Erzeuger und Verbraucher abgewälzt werden, was letztlich zu Arbeitslosigkeit führt, meint Thatcher. Die Arbeitslosenquote in den 15 Mitgliedsstaaten der EU beträgt im Durchschnitt 9 %. In Frankreich sind es mehr als 15 %. Im Vergleich dazu beträgt die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten 4 % und auf einigen

Sektoren nur 2,3 %.

Die EU-Arbeitslosenquote sei der "wunde Punkt der industrialisierten Welt", sagte der Autor und Finanzanalytiker William Rees-Mogg.

Aber wenn der "Dritte Weg" der EU Arbeitslosigkeit verursacht, dann anscheinend auch Korruption - das Ergebnis eines politisch-ökonomischen Systems, das auf Zwang und Umverteilung der Einnahmen beruht. So sind im vergangenen Jahr alle 20 Mitglieder der Europäischen Kommission, dem zugleich gesetzgebenden (legislativen) und ausführenden (exekutiven) Organ der EU, zurückgetreten. Viele der Kommissare, die ernannt, nicht gewählt werden, haben Verschwendung und Betrug toleriert oder waren an Korruption und Mißmanagement, Vettern- und Günstlingswirtschaft und massiver Geldverschwendung bei EU-Hilfsprogrammen beteiligt.

... Eine der am meisten kritisierten Kommissare ist Edith Cresson, eine Sozialistin. Die 20 neuen Kommissare sind, mit wenigen Ausnahmen, Sozialisten. Die meisten von ihnen haben niemals wirklich in der freien Wirtschaft gearbeitet oder ein eigenes Geschäft geführt. Sie haben entweder an steuerfinanzierten Universitäten oder in Regierungen gearbeitet.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Neil Kinnock ist auch Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, einer neomarxistischen Gruppierung, die Verhütung, Abtreibung, Homosexualität und eine Menge anderer lebensfeindlicher Praktiken unterstützt. Kinnock ist auch ein langjähriges Mitglied der linksgerichteten Labour Party. Nach dem Verlassen der Hochschule in den 60er Jahren hat er bei verschiedenen Dienststellen der britischen Regierung gearbeitet.

Der Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi ist nach der Hochschule in die Akademie eingetreten. Seine weitere Karriere bei der Regierung begann in den späten 70er Jahren. Prodis politische Richtung ist Mitte links. (Prodi ist praktizierender Katholik und Kommunist. Die Bezeichnung "Mitte Links" ist noch verharmlosend.)

Der Kommissar Erkki Liikanen aus Finnland kam 1972 direkt von der Hochschule zur Regierung, er ist Sozialdemokrat. (Treffender wäre die Bezeichnung Sozialist)

Der belgische Kommissar Philippe Busquin ist Philosoph, der auf dem Gebiet "ökologische Führung" spezialisiert ist. Er begann seine Laufbahn als Lehrer und gehörte der Regierung seit 1977 an. Er diente 1992 der Sozialistischen Partei als Präsident und von 1995-97 der Europäischen Sozialistischen Partei als Vizepräsident.

Der deutsche Kommissar Günter Verheugen hat 1969 mit der Regierungsarbeit begonnen. Er ist im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und war 1997 Vorsitzender des Sozialistischen Internationalen Rates für Frieden, Sicherheit und Abrüstung.

Der französische Kommissar Pascal Lamy ist Mitglied der Sozialistischen Partei und langjähriger Bürokrat in der Regierung.

Der Ökonomie-Wissenschaftler Thomas DiLorenzo vom Loyola-College sagt: "Die große Mehrheit der Politiker, die der EU und der NATO vorstehen, sind Sozialisten."

Wie im HLI Report vom letzten Monat dokumentiert, baut die EU eine Kultur des Todes auf und unterstützt antichristliche Gedanken und Praktiken. Dazu gehören:

Verhütung, Abtreibung, Euthanasie, Homosexualität und Sexualkunde, "Vielfalt" an Familienformen, Geburtenkontrolle und die International Planned Parenthood Federation (deren deutscher Zweig Pro Familia ist). John Klink, einer der UN-Spitzenunterhändler des Vatikans, bezeichnet die Tätigkeit der EU als "kulturellen Imperialismus", der auf die Zerstörung "der religiösen Überzeugungen aller andern" aus ist. Und der Ökonom und Autor Paul Craig Roberts betrachtet die EU als "Ergebnis von unbesonnenen Intellektuellen, die an ihrer Traumwelt bauen" und die, ob sie es wissen oder nicht, die Saat für künftige europäische Kriege aussäen".

Dies ist der selbstzerstörerische Pfad des "Dritten Wegs" – ein breiter Weg, dem die Vereinig-

ten Staaten (und die Vereinten Nationen) in vieler Hinsicht folgen.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328):

>>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.

Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.

Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.

Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern denken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.

Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beitritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.

Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.

So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete später (im Jahre 2008) in seinem Buch "Diktatur Europa? Was darf man in Europa noch sagen?" über die Europäische Union (x861/...): >>Europa als kommende Diktatur

Was darf man in Europa noch sagen?

Die Vereinigten Staaten von Europa

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika geben, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 27 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein? Meine These, die ich in verschiedenen Publikationen ("Europa - das wiedererstehende Römische Reich?", 2005; "Diktatur Europa?", 2008) ausführlich begründet habe, lautet:

Das wiedererstehende Römische Reich besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum in Rom. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit, denn die Herrschaft des Antichristen und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein.

Es heißt im Wort Gottes:

"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.)

Die weltanschaulichen Grundlagen der Europäischen Union

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA PRÄAMBEL heißt es:

"Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben ... (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)"

In Artikel 2 der EU-Charta werden "Die Werte der Union" beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont.

Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu

ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte.

Die Ziele der Homosexuellen-Bewegung

Janet L. Folger hat im Jahr 2005 in den USA ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel: "The Criminalization of Christianity". "Read this, before it becomes illegal!", ist der Untertitel. Zu Deutsch: "Die Kriminalisierung des Christentums". "Lesen Sie dieses Buch, bevor es illegal (ungesetzlich) wird!" Sie schreibt darin: "Das letztendliche Ziel der Homosexuellen-Bewegung ist die Kriminalisierung des Christentums." Auf Seite 82 und 83 veröffentlicht sie die weltweit propagierte Homosexuellen-Agenda, die bereits am 25. April 1993 bei einem "Gay Pride March" - das heißt zu Deutsch etwa "Schwulen-Stolz-Marsch" - in Washington D.C. ganz offiziell verabschiedet wurde. Darin heißt es:

"1. Alle Sodomiegesetze sollen aufgehoben und alle Formen von sexueller Ausdrucksweise, einschließlich Pädophilie (Kinderschändung; L. G.), legalisiert werden."

"2. Die Verteidigungshaushaltsgelder sollen umgewandelt werden, um Aidspatienten medizinische Versorgung zu ermöglichen."

Das mag ja noch akzeptabel sein. Aber dann heißt es auch: "... um Geschlechtsumwandlungsoperationen vorzunehmen." Vor einiger Zeit hat sich z.B. in den USA eine methodistische "Pastorin" umwandeln lassen in einen "Pastor".

3. Die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption ... soll legalisiert werden.

4. Homosexuelle Erziehungsprogramme sollen auf allen Ebenen der Erziehung, einschließlich Grundschulen, eingeführt oder angeboten werden.

5. Verhütungs- und Abtreibungsdienste sollen verfügbar gemacht werden für alle Personen, unabhängig vom Alter (auch schon für minderjährige Mädchen; L. G.).

6. Steuerzahlermittel sollen eingesetzt werden für künstliche Besamung von Lesben und Bisexuellen.

7. Religiös begründete Äußerungen bezüglich Homosexualität sollen verboten werden.

8. Organisationen wie die Pfadfinder sollen dazu gebracht werden, homosexuelle Gruppenführer zu akzeptieren."

Wir wollen natürlich dem einzelnen homosexuell empfindenden Menschen seelsorgerlich helfen und beistehen, damit er zur biblischen Orientierung der Heterosexualität findet, die Gott uns schöpfungsgemäß geschenkt hat und wozu Er uns in Seinem Wort anweist. Ich sehe es allerdings als ein Zeichen der endzeitlichen Entwicklung an, daß der "Mensch der Sünde" sich immer mehr auf den Thron Gottes zu setzen versucht (2. Thessalonicher 2), auch in dieser Form. Und dazu gehört nicht nur dieses: Propagierung sexueller und anderer Unmoral, sondern gleichzeitig wird auch gesagt: Man muß die "Fundamentalisten" (dazu werden auch bibeltreue Christen gerechnet) mundtot machen bzw. "zähmen".

Dieser Begriff ("die Fundamentalisten zähmen") stammt von Robert Muller, der über 30 Jahre Vizesekretär der Vereinten Nationen gewesen ist. Robert Muller, ein Elsässer, arbeitet seit Langem an dem Projekt einer "Eine-Welt-Regierung" ("One World Government") und "Eine-Welt-Kirche" ("One World Church"). "Mein Traum", sagt er, "ist es, eine riesige Allianz zwischen allen Hauptreligionen dieser Welt und den Vereinten Nationen aufzubauen".

Muller ist ein typischer New-Age-Denker. Er arbeitet mit den Theosophen in der Blavatsky-schen und Besantschen Tradition zusammen an diesem Ziel. Er sagt weiter: "Aber da ist nur ein kleines Problem: das sind diese verdammten Christen ('damned Christians')." Und weiter:

"Friede wird nur entstehen durch die 'Zähmung' des Fundamentalismus." Er versteht darunter das Christentum, das an der Heiligen Schrift als wortwörtlich inspiriert (jedenfalls im Urtext) festhält.

Beispiele für eine beginnende Christenverfolgung in Europa

Harry Hammond, ein 67-jähriger Engländer, hielt vor einigen Jahren in einem englischen Park ein Schild hoch, darauf war zu lesen: "Stoppt Unmoral! Stoppt Homosexualität! Stoppt Lesbianismus!" Und was geschah?

Homosexuelle sahen das, telefonierten miteinander, und es kam eine ganze Gruppe, die ihn zuerst lächerlich machte und dann tätlich angriff und zu Boden schlug. Dann riefen sie sogar die Polizei selber herbei. Wen nahm die Polizei daraufhin fest? Diesen 67-jährigen älteren Bruder! Diesen klagten sie an und sagten, sein Schild sei ein illegales Zeichen, er habe damit die Leute provoziert, und das dürfe man heute nicht. So sind heute schon die Gesetze umgeändert!

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches unter anderem für kritische Äußerungen über Homosexualität oder Homosexuelle eine Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren vorsieht. Dies soll auch dann gelten, wenn sich derjenige, der sich kritisch zur Homosexualität äußert, auf Bibelstellen beruft, wie z. B. auf Römer 1, 26; 1. Korinther 6, 9 - 11 und andere. Die Bibel soll wohl noch zitiert werden dürfen, aber - und dies ist der springende Punkt - sie soll nicht mehr als auch für unsere Zeit verbindliches Wort und Gebot Gottes ausgelegt und verkündigt werden.

Sie soll also zum historischen Archiv herabgesetzt (oder soll man sagen: diskriminiert) werden. Hierin erkennen wir die Absicht des Teufels und des Antichristen, uns weg von Gott und Seinem Wort zu ziehen und die, welche an Gottes Wort festhalten, auszugrenzen und in Verfolgung zu stürzen.

Es gab in Schweden im Hinblick auf das oben erwähnte Gesetz einen Präzedenzfall (Musterfall): Der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde namens "Ake Green" bezeichnete in einer Predigt Homosexualität und andere abnorme Neigungen als Sünde und als "Krebsgeschwulst am Körper unserer Gesellschaft". Außerdem sagte er, jeder der zu Jesus Christus umkehrt und seine Kraft in Anspruch nimmt, könne davon geheilt werden. Für diese Äußerungen wurde Ake Green angezeigt.

Der Rechtsstreit durchlief mehrere Instanzen. Der Pastor hat durch Gottes Gnade vor dem höchsten Gericht Schwedens in letzter Instanz gewonnen. Das Gericht entschied, daß seine Äußerung durch das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt ist. Daraufhin wollen nun die liberalen (scheinliberalen) Parteien in Schweden das Antidiskriminierungsgesetz verschärfen. Bisher aber ist die Entscheidung des Gerichtes ein wichtiger Präzedenzfall, auf den wir uns in Europa eventuell berufen können.

Ein Fall aus neuester Zeit: Im Februar 2008 hat das Amtsgericht von Cardiff (Großbritannien) den anglikanischen Bischof von Hereford, Anthony Priddis, zu einer Geldstrafe von 47.345 Pfund (umgerechnet 63.540 Euro) verurteilt. Sein "Vergehen": Der Bischof hatte einem Homosexuellen die Anstellung als Jugendmitarbeiter verweigert, weil er gemäß der christlichen Sexualmoral handeln wollte, die allein die Ehe von Mann und Frau als Ort geschlechtlicher Gemeinschaft vorsieht. Zusätzlich zu dieser immensen Geldstrafe verurteilte das Gericht den Bischof und seine Mitarbeiter zur Teilnahme an einem "Gleichberechtigungs-Training" mit dem Ziel der Umerziehung!

Ähnliche Fälle nehmen inzwischen weltweit zu (z.B. auch in Südafrika, USA und Kanada; vgl. die Beispiele in meinem Buch "Diktatur Europa"). Besondere Schlagzeilen gab es in Deutschland im Frühjahr 2008 im Blick auf den Jugendkongreß Christival. Ein "Homo-Heilungs-Seminar", das dort ursprünglich angeboten war, wurde aufgrund finanzieller Abhängigkeit von der Bundesregierung und starken öffentlichen Drucks der Grünen und Homosexu-

ellen-Verbände aus dem Programm genommen.

Die Europäische Verfassung und Gesetzgebung

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte schon mehrfach gemeinsame Artikel des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zusammen mit Lüder Gerken. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vorher, von 1987 bis 1994, Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Er hat sogar bei der EU-Charta mitgewirkt, und zwar als Leiter derjenigen Kommission, die die EU-Charta entworfen hat! Und was sagt er heute?

Roman Herzog schreibt in der WELT AM SONNTAG vom 14.1.2007: "Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland." Und weiter: "Die Menschen in Deutschland sind weiter, als mancher Politiker meint.

Die meisten Menschen stehen der europäischen Integration im Grundsatz positiv gegenüber. Gleichzeitig aber beschleicht sie das immer mächtiger werdende Gefühl, daß da etwas nicht stimmt; daß eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungsbereiche und Kompetenzen an sich zieht." Er spricht in seinem Artikel immer wieder von der Zentralisierung aller Kompetenzen. Es wird alles immer mehr in einem Machtzentrum zusammengezogen, wie wir diesen Zentralismus in der Vergangenheit auch schon in verschiedenen Staaten erleben mußten.

Europarat verurteilt biblische Schöpfungslehre

Nun kommt ein weiterer klarer Beweis dafür, daß sich die Europäische Union insgesamt immer mehr in Richtung "Gesinnungsdiktatur" entwickelt. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 4. Oktober 2007 eine Resolution veröffentlicht unter der Überschrift: "Die Gefahren des Kreationismus in der Erziehung." Kreationismus (von lat. creatio = Erschaffung) ist die biblische Schöpfungslehre - also die Lehre, daß Gott die Welt in 6 Tagen so geschaffen hat, wie es Sein Wort sagt, und am 7. Tag ruhte. Wie wird in dieser Resolution formuliert?

Man höre genau hin, wie sich politische Gremien in weltanschauliche, glaubensmäßige Entscheidungen einmischen. Politiker bestimmen über das, was man in dem Zusammenhang auch in Schulen unterrichten darf. Es heißt wörtlich: "Wenn wir nicht aufpassen, könnte der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden, die eine zentrale Angelegenheit des Europarates darstellen."

Wir sind also - wie in altrömischer Zeit - Feinde des Menschengeschlechts, wenn wir die Bibel noch ernst nehmen.

Und dann heißt es - jetzt wird es immer gravierender -: "Die Evolutionslehre zu verleugnen, kann ernsthafte Konsequenzen haben für die Entwicklung unserer Gesellschaften ... Der Krieg gegen die Evolutionstheorie und ihre Vertreter gründet sich meistens in Formen von religiösem Extremismus, der eng verbunden ist mit extremen rechtsradikalen politischen Bewegungen."

Jetzt sind wir als bibeltreue Christen in der Nazi-Ecke - und das, obwohl z.B. ich selber alles andere als ein Nazi bin. Ich habe z.B. die israelische Nationalhymne für Musikverlage ins Deutsche übersetzt und verschiedenes andere für Israel getan. Aber ich sage das als Beispiel dafür, wie schnell man in diese Ecke gedrängt wird.

Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche

Nicht nur politische Mächte fast jeder Couleur, sondern auch ökumenische Organisationen und die Römisch-Katholische Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinigung Europas und der gesamten Menschheit.

Dies hat sich etwa bei den bisher durchgeführten Stuttgarter Europatagen unter großer katholischer und ökumenischer Beteiligung (auch von Charismatikern und Evangelikalen!) gezeigt.

Und doch mündet die religiöse Schiene beim Einigungsprozeß gemeinsam mit der politischen Schiene letztlich in Rom. Auffallenderweise wurde am 29. Oktober 2004 die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte:

"Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte 'Gott' oder 'Christentum' auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken? Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert:

"Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgebetstreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:

"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."

Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger):

"Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."

Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Hier sei erwähnt, daß Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".

Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablass (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anläßlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:

"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ...

Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ... In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

Gott mehr gehorchen als den Menschen

In all diesen Entwicklungen wird der Vers in Apostelgeschichte 5, 29 wichtige Bedeutung erlangen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Zwar wollen wir nach Römer 13 gehorsame und treue Untertanen der Obrigkeit sein, aber die Bibel lehrt uns auch die Grenze dieses Gehorsams.

Wir sollen nicht einfach die Köpfe in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten, so lange es noch möglich ist. Und wenn sie uns ins Gefängnis stecken, dann sollen wir auch dazu bereit sein.

Janet Folger ruft in ihrem Buch "The Criminalization of Christianity" dazu auf, solange es noch Zeit ist, Einfluß zu nehmen in den Schulen, in Gesetzgebungen, in Massenmedien, den Wissenschaften, auf musikalischem Gebiet, auch zusammenzuarbeiten, so weit es möglich ist, aber nicht um den Preis der Wahrheit. Ich bin nicht für eine große Koalition aller Konfessionen, wie es manche jetzt propagieren, aber für ein Zusammenstehen derer, die wirklich wiedergeboren sind durch den Geist Gottes, auch bei allen Unterschieden, die es in einzelnen Lehrfragen gibt.

Und vor allem: Wir sollten uns abwenden von einer Abwehrhaltung hin zu einer offensiveren Haltung. Janet Folger schreibt: "Immer wieder werden die Begriffe uns übergestülpt. Wir werden als engstirnig hingestellt, als intolerant, als vorgestrig, als gesetzlich, und die anderen präsentieren sich dar als fortschrittlich, als modern, als tolerant, als pluralistisch."

Nein, wir sollen ganz klar sagen, daß wir nur das Beste vertreten, daß wir die beste Botschaft haben für die Menschen, damit sie wirklich heil werden und auch ins Reine kommen mit Gott, und damit auch ihr eigenes Leben wieder eine ganz neue Basis bekommt durch unseren Erlöser und HERRN Jesus Christus. Möge Gott der HERR uns dazu noch Zeit und Gnade schenken. Und möge uns der HERR Jesus Kraft schenken, wenn es einmal wieder auch für uns etwas kosten sollte, Christ zu sein.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1999 über Schröders Staatsbesuch in Polen: >>**Buzek und Schröder sind jetzt per Du**

... Buzek ist offenbar erleichtert über den Rücktritt seines Innenministers Janusz Tomszewski, er wirkt gut gelaunt. Nun spricht er Schröder direkt an, auf englisch und an einer Studentin vorbei, die zwischen den beiden sitzt. "My name is Jerzy. What is your name?"

Schröder wundert sich ein bißchen, dann ergreift er die ausgestreckte Hand und lacht. ...

Es ist nicht das erste Mal, daß Buzek in seiner unkomplizierten Art die deutsch-polnische Atmosphäre entspannt. Als vor Schröders Antrittsbesuch im Herbst 1998 der polnische Außenminister Bronislaw Geremek Zweifel an der Europapolitik der neuen Bundesregierung äußerte, betonte Buzek vor Journalisten, daß man den deutschen Beteuerungen einer stetigen Politik natürlich glaube.

Nun signalisiert er, daß man Deutschland zwar nicht aus der historischen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen in Polen entlassen werde, dies aber keine Rückwirkungen auf das Verhältnis zum "EU-Anwalt Polens" haben werde.

"Deutschland war ein guter Anwalt bei unserem NATO-Beitritt", erklärt Buzek. "Einen Anwalt, der gute Arbeit geleistet hat, wechselt man nicht. Ich denke, Deutschland wird uns auch ein guter Anwalt bei der Aufnahme in die EU sein." ...

Die gute Stimmung Buzeks hat noch einen anderen Grund: In aller Heimlichkeit hatten er und Schröder bereits bei ihrem Treffen in Danzig im Mai vereinbart, Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen um die Rückgabe polnischer Kulturgüter zu bringen, die nach dem Krieg in polnische Hände gefallen sind. Jetzt haben die beiden Politiker ein Abkommen über den Austausch von Archivalien unterzeichnet, die für die Verwaltung des jeweils anderen Landes wichtig sind. ...

Vor dem feierlichen Beethoven-Konzert hielt der polnische Regierungschef eine Rede, in der

er ausführlich und in deutlichen Worten an die Besatzungszeit, den Zweiten Weltkrieg und den polnischen Widerstand gegen die Deutschen erinnerte.

Doch am selben Tag teilte er auch mit, er habe bereits mit dem Warschauer Stadtpräsidenten besprochen, daß in Kürze ein Platz oder eine Straße in Warschau nach dem früheren Bundeskanzler Willy Brandt benannt werden solle. Schröder, so wurde berichtet, sei gerührt gewesen angesichts dieser Information.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. September 1999: >>... Der gemeinsam von Volkswagen und Porsche geplante Geländewagen wird voraussichtlich im slowakischen Bratislava (Preßburg) und nicht in Hannover gebaut. ... Die Slowakei soll mit Steuervergünstigungen gelockt haben.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. September 1999 über den beantragten EU-Beitritt Polens: >>**Verheugen: Polen schnell in die EU holen**

Polen soll nach den Worten des zuständigen EU-Kommissars Günter Verheugen möglichst schnell der Union beitreten. ...

Verheugen versteht unter EU-Erweiterung indessen nicht nur die Ausweitung nach Osten. "Auch der Süden und Südosten sind interessant", sagte er. Die Vollendung der Europäischen Einheit sei die einzige Chance, dauerhaft Frieden und Stabilität auf dem gesamten Kontinent zu schaffen. Am Ende seiner Amtszeit 2005 möchte Verheugen bereits Polen, Tschechien, Slowenien und Estland in der EU begrüßen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. September 1999: >>**Vom Land kein Geld für Ostkreuz**

Die Landesregierung wird das sog. "Kreuz des Deutschen Ostens" bei Bad Harzburg im Landkreis Goslar nicht in Eigenregie wieder aufbauen. ... Es werde auch keinerlei Geld gestellt.

Gegen eine private Initiative zum Wiederaufbau habe das Land aber nichts einzuwenden. Voraussetzung sei eine Zustimmung der Naturschutzbehörden.

Das rund 20 Meter hohe alte Kreuz, das von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden aufgestellt worden war, war Anfang vergangenen Jahres von einem Sturm zerstört worden. Der Goslarer Kreistag hat den Wiederaufbau mehrheitlich beschlossen. Gegen die Pläne zum Wiederaufbau gibt es Widerstand von Umweltinitiativen.

Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf rund 100.000 DM geschätzt. 50.000 DM hat eine Bürgerin aus Bad Harzburg bereits gespendet.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. September 1999: >>**Der Symbolwert war entscheidend**

Spätaussiedlerlager Friedland bleibt erhalten / Bramsche wird "Reservelager"

Die finanziellen Gründe, das Lager Friedland zu erhalten und den Standort Bramsche zu schließen, hat Bundesinnenminister Otto Schily am Dienstag in Berlin zuerst genannt. Friedland kostet den Bund 21,4 Millionen Mark im Jahr, in Bramsche wären es 25,5 Millionen gewesen. ...

Es sei der Respekt gewesen vor einem historischen Ort, der hohen Symbolwert in der Nachkriegszeit gewonnen habe, sagte (Bundesinnenminister) Schily: "Wer der älteren Generation zuzurechnen ist, wie ich, der versteht das."

... Das ehemalige Grenzdurchgangslager im Süden Niedersachsens wird künftig mit seinen 1.300 Betten das einzige Aufnahmelager sein, alle anderen werden geschlossen. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 16. Oktober 1999 (x887/...): >>**Schicksal Ostfront: Das Leiden betraf alle**

Ein Mitglied der Widerstandsgruppe um General von Tresckow nimmt Stellung zu Reemtsmas Anti-Wehrmachtsausstellung
von Philipp Freiherr von Boeselager

Es gibt keine Zweifel, es sind grauenhafte Verbrechen an Polen, Russen, Zigeunern, Juden und auch an Deutschen selbst begangen worden.

Aber schon die Überschrift der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" ist eine Täuschung, da gar nicht Verbrechen der Wehrmacht gezeigt werden - zur Wehrmacht gehörten auch die Luftwaffe und die Marine - sondern Verbrechen von SS, SD, Polizeieinheiten und von Angehörigen des Heeres. Die SS- und Polizeieinheiten, die die Judenmorde im großen Stil durchführten, gehörten nicht zur Wehrmacht. Die SS hat es immer entschieden abgelehnt, zur Wehrmacht gerechnet zu werden. Sie dünkte sich ja als etwas Besseres.

Es wird in der Ausstellung auch nicht erläutert, wie sich die Angehörigen von SS und Polizei und Osteinheiten in ihren Uniformen vom Heer unterschieden, und so glaubten viele der jüngeren Besucher, wie ich es in Frankfurt erlebt habe, bei den abgebildeten SS- oder Polizeiangehörigen, handle es sich um Heeresangehörige.

In der Ausstellung werden unendlich viele Fotos von einzelnen Soldaten gezeigt, von grauenhaften Erschießungen und Erhängungen. Aber wenn die Ausstellung historischen, wissenschaftlichen Ansprüchen genügen wollte, müßten die gezeigten Bilder wenigstens Angaben über Ort und Zeit, den Täter und den Grund der Tat anführen; bei zwei Dritteln der Bilder fehlen diese Angaben.

So zeigte die Ausstellung eine Sammlung von Fotos, deren Herkunft und deren Zusammenhang mit den Ereignissen und Morden nicht immer klar ist.

Hatten die erhängten Partisanen beispielsweise Minen gelegt, oder was war der Anlaß, daß sie erhängt wurden?

Sicherlich, ich sagte es bereits, sicherlich sind auch von Heeresangehörigen Verbrechen begangen worden.

Hätte die Ausstellung die Überschrift "Der Krieg als Gefährdung der 'humanitas', so wäre sie eher zu begrüßen. Der Erzbischof von Canterbury sagte anläßlich des Gedenkgottesdienstes für die Opfer der englischen Luftangriffe auf Dresden: "Wir waren nach sechs Kriegsjahren alle enthemmt."

Aber das ist nicht das Ziel der Ausstellung. Ansonsten hätte man nicht nur den sogenannten Kommissarbefehl erwähnt, sondern auch den ganz ähnlichen Befehl Stalins vom 3. Juli 1941, der lautete: "Alle deutschen Offiziere, die Parteimitglieder waren, sind sofort zu erschießen." Stalin scheint nicht gewußt zu haben, daß dieser Befehl nur Reserve-Offiziere treffen konnte, da aktiven Offizieren die Mitgliedschaft in der Partei von Anfang an verboten war.

Es wird auch nicht der sogenannte "Fackelmännerbefehl" Stalins vom 3. August 1941 erwähnt, der zur völkerrechtswidrigen Partisanentätigkeit aufrief und die Russen in den von den Deutschen besetzten Gebieten dazu aufforderte, möglichst in deutschen Uniformen Dörfer anzustecken und Zivilisten, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, aufzuhängen. Diese russischen Partisanen in deutschen Uniformen hießen wegen der Brände, die sie legten, "Fackelmänner".

Da die Russen ihre Erfolge dokumentierten, wie der ehemalige Chef der Partisanen dem Verfasser dieser Zeilen vor zwei Jahren bei einem Besuch in Smolensk berichtete, ist zu fragen, ob nicht auch Bilder in der Ausstellung - über ein Drittel von 314 Bildern stammen aus dem russischen Staatsarchiv - solche Fackelmänner-Tätigkeiten dokumentieren.

Wir wissen heute, wie russische Quellen einzuschätzen sind. So haben bei dem berüchtigten Leningrader Prozeß alle deutschen Offiziere gestanden, sie hätten die polnischen Offiziere in Katyn erschossen. Die Wahrheit ist heute bekannt. Aber die deutschen Offiziere wurden damals aufgrund ihrer erpreßten Aussagen alle hingerichtet. Ähnlich war es bei dem Minsker Prozeß.

Waren die Partisanen eine wirkliche Gefährdung der deutschen Soldaten?

Nach Aussage des Smolensker Partisanenchefs gab es 1943 zwischen Smolensk und der Front

nach Osten etwa 40.000 Partisanen und von Smolensk aus nach Westen bis zum Reichsgebiet insgesamt etwa 300.000.

Dabei wollte der Chef unter Partisanen nur solche Zivilisten verstehen, die durch Funkgeräte von Moskau aus geführt werden konnten und bewaffnet waren. Diese Partisanen töteten im Bereich der Heeresgruppe Mitte etwa 30.000 Soldaten und 250.000 Landesbewohner, die sich mit den Deutschen verbündet hatten.

Die monatlichen Anschläge auf Eisenbahnen und sonstige Verkehrseinrichtungen beliefen sich auf etwa 500.

Die Deutschen hatten in diesem Raume fünf Sicherungsdivisionen, die aus 65.000 älteren, schlecht bewaffneten Soldaten bestanden.

Die Divisionen erlitten erhebliche Verluste, da sie bei ihren Streifzügen von den Partisanen meuchlings ermordet wurden.

Wenn man das Buch des russischen Historikers A. E. Epifano liest, wird man in der von mir geäußerten Vermutung bestärkt, da er schildert, wie eine den Deutschen in der Gefangenschaft angelastete Verbrennung eines Dorfes in Wirklichkeit vom russischen NKWD, dem Staatssicherheitsdienst, vorgenommen wurde.

Die Reemtsma-Ausstellung arbeitet mit Unterstellungen, sie verschweigt, daß die Masse der Soldaten an der Front fast gar nicht mit Partisanen oder Juden in Berührung kam.

Neben dem Vorwurf, das Heer habe den Partisanenkrieg benutzt, um die Zivilbevölkerung auszurotten, lautet der zweite Anwurf gegen die Wehrmacht, das Heer habe die russischen Gefangenen absichtlich schlecht behandelt und verhungern lassen.

Das Schicksal der russischen Gefangenen war schrecklich. Aber wenn wir jetzt die schauerlichen Bilder vom Kosovo oder aus Mazedonien und Albanien mit den jeweils 50.000 bis 60.000 Flüchtlingen, die in ein friedliches, hinreichend von der Nato versorgtes Land fliehen und das mit den 400.000 russischen Gefangenen vergleichen, die beispielsweise im Herbst 1941 schon halb verhungert in ein Gebiet kamen, das - wie ganz Rußland - eine schlechte Infrastruktur hatte und ein ausgesprochen armes Land war, wenn man das vergleicht, dann erst bekommt man einen Blick für die damalige Situation der Gefangenen und der deutschen Soldaten.

Ich sehe sie noch in riesigen Mengen während unseres Vormarsches uns entgegenkommen. So brachte der Spähtrupp Nagel einmal über 2.000 Gefangene zurück. Wir hatten auf unseren Pferden nur unsere Tagesration für 160 Soldaten bei uns und schickten die Gefangenen einfach weiter nach hinten. Verpflegen konnten wir sie nicht, und ähnlich wird auch die Lage bei der Division hinter uns gewesen sein.

Ihre Unterbringung litt an mangelndem Wachpersonal und an mangelnder Unterkunft, da auf Geheiß Stalins vom 3. Juli 1941 - Zitat - "alles zu vernichten (war), was dem Feind als Unterkunft oder zur Versorgung mit Nahrungsmitteln dienen könnte".

So zogen die Gefangenen meist, fast ohne Bewachung, nach hinten und wurden dort in irgendeinem primitiven Lager untergebracht. Ihr Schicksal war schrecklich. Von den 5,245 Millionen russischen Kriegsgefangenen starben allein im ersten Winter fast zwei Millionen an Hunger und Seuchen.

Ihre Versorgung war sicherlich schlecht, da die Versorgung der deutschen Truppe im besonders kalten Winter 1941/42 im Bereich der Heeresgruppe Mitte, die in der Ausstellung miserabel behandelt wird, fast zusammengebrochen ist.

Anstatt der für den Nachschub benötigten über 70 täglichen Versorgungszüge fuhren nur 23, da die Lokomotiven größtenteils einfroren und die Loks für die Strecken, die noch die breitere, russische Spur hatten, fehlten. Wegen der großen Kälte hatten die Schienenwege nicht rechtzeitig auf die normale, europäische Spur umgenagelt werden können. So fehlte der Truppe der dringend benötigte Brennstoff, die Munition und Verpflegung.

Ich habe das selbst am eigenen Leibe erfahren. Ich wurde vor Moskau durch einen Bauchschuß schwer verwundet und wurde erst nach fast 14 Tagen ärztlich versorgt. Die ersten drei Tage war ich bei minus 30° Celsius auf einem Panjeschlitten - wegen der Kälte waren die Sanitätsautos nicht mehr angesprungen und hatten auch keinen Sprit mehr - mit einem russischen Gefangenen als Kutscher mutterseelenallein zu einem Verwundetensammelpunkt nach Westen gefahren.

Als wir nach drei Tagen an diesem Verwundetensammelpunkt ankamen, sagte mir ein Arzt: "Fahren Sie um Gottes Willen weiter, hier in den drei Buden liegen über hundert Verwundete und die übrigen 800 liegen alle auf dem Schnee und werden erfrieren. Wir haben nichts, um sie zu schützen, und der Abtransport klappt überhaupt nicht."

So fuhr ich weiter bis zur nächsten Bahnstation. Dort wurden wir zu 42 Schwerverwundeten in einen normalen Güterwagen verladen und zuerst nach Orel gefahren. Dort auf dem Bahnhof blieben wir drei Tage stehen, da keine Lokomotive kam. Während dieser Tage bestand unsere Versorgung darin, daß ein russischer Hilfwilliger, also ehemaliger Soldat, uns gefrorenes Brot und Konservenbüchsen in den Waggon warf, mit denen wir als Schwerverwundete nichts anfangen konnten.

Dann, nach diesen drei Tagen, ging es nach Westen. Beim Ausladen lebten von den 42 Schwerverwundeten noch zwei, die anderen waren erfroren. Das war die Lage im Winter 1941/42, und, wenn die deutschen Soldaten so schlecht versorgt wurden, dann wird man verstehen, daß die russischen Kriegsgefangenen ebenso unversorgt blieben. Das war keine Absicht, wie dies die Reemtsma-Heer-Schau unterstellt.

Aber wie war vergleichsweise die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland? Von den 3.155.000 Kriegsgefangenen starben etwa 1.200.000, also etwa 40 Prozent, und von den 96.000 in Stalingrad Gefangenen kehrten sogar nur 6.000 in die Heimat zurück. Diese Zahlen führe ich an, nicht um aufzurechnen, sondern nur, um zu zeigen, wie schwierig die Versorgung plötzlich in Gefangenschaft geratener Soldaten ist.

Aber es geht bei der Reemtsma-Ausstellung über das Heer nicht um die historische Wahrheit, sondern um die Diffamierung von 18 bis 20 Millionen Soldaten der Wehrmacht als Verbrecher.

Ist erst einmal die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation gewesen, wie dies die Ausstellung suggeriert, dann auch die Bundeswehr, da sie von Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht aufgebaut worden ist. Und, da die Bundeswehr eine Stütze unseres freiheitlichen Staates ist, so wäre auch die Bundesrepublik Deutschland als solche in Frage gestellt.

In diese Richtung zielte auch das Verfassungsgerichtsurteil "Soldaten sind Mörder".

Die Urheber der Ausstellung haben diese klugerweise erst fast 50 Jahre nach dem Krieg eröffnet. Ansonsten hätten die Spitzen der damaligen SPD, Schumacher und Erler, aber auch der damalige Leiter der Bundeszentrale für die Verfolgung von Naziverbrechen, Generalbundesanwalt Nellmann, dafür gesorgt, daß die Ausstellung in den "Blauen Tonnen" für Altpapier verschwindet, und sie tingelte dann nicht mehr durch die Lande.

Letztlich gilt immer noch ein altes Wort, das de Gaulle neu geprägt hat: "Den Charakter eines Volkes erkennt man daran, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Oktober 1999 über die 50. Preisverleihung des Deutschen Buchhandels in Frankfurt: >>"NS-Geschichte lastet auf uns allen"

... Der Friedenspreisträger und US-Historiker Fritz Stern hat die Deutschen aufgefordert, sich weiter ihrer Vergangenheit zu stellen. ...

In seiner Dankesrede sagte der Sohn jüdischer Eltern vor großer Zuschauerprominenz, darunter Bundespräsident Johannes Rau: "Der Nationalsozialismus lastet auf uns allen."

Stern betonte aber zugleich, daß die Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, in Europa immer größer werde. Deutschland sei ein Land, "in dem so viele Bürger sich der Vergangenheit bewußt sind und sich um Versöhnung bemühen." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Oktober 1999: >>**Falsche Fotos in Wehrmacht-Ausstellung**

Bei der Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" ist eine Reihe von Fotos fälschlich der Wehrmacht zugeordnet.

Dies dokumentiert der polnische Historiker Bogdan Musial im Vierteljahresheft für Zeitgeschichte". Danach wurden bei der Ausstellung unter anderem exhumierte Leichen gezeigt, bei denen es sich in Wahrheit um Opfer des sowjetischen Volkskommissariats für Inneres (NKWD) handelt. Das NKWD habe im Sommer 1941 ukrainische Zivilisten erschießen lassen; nachweislich seien Fotos dieser Opfer in die Ausstellung gelangt.

Die Wanderausstellung, zusammengestellt vom Hamburger Institut für Sozialforschung (Ausstellungsmacher: Jan Philipp Reemtsma), hatte seit 1995 bundesweit rund 800.000 Besucher. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder

Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...

In zwei angesehenen wissenschaftlichen Zeitschriften - "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" aus dem Institut für Zeitgeschichte in München und "Geschichte in Wissenschaft und Unterricht" - publizierten die Historiker Bogdan Musial, Krisztián Ungváry und Dieter Schmidt-Neuhaus kritische Anmerkungen zu der seit langem umstrittenen Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Diese geht jetzt in das fünfte Jahr und zählt schon über 800.000 Besucher.

Es ist bemerkenswert, daß zwei der Autoren aus Ostmitteleuropa kommen, der dritte kein Fachhistoriker ist. Renommierten deutschen Historikern scheint offenkundig die Debatte um die Wehrmacht-Ausstellung zu politisch, als daß sie sich noch kritisch äußern wollen. Die Arbeit verblieb daher den akribischen Archivgängern.

Und die haben sich ins Detail vertieft und eine zur Geschichtswissenschaft elementar zugehörige Quellenkritik geübt. Wann entstand das Foto? Wo ist es zu verorten? Wer waren die Täter? Von wem stammt die Bildlegende? Im Gegensatz zu den datierten Textquellen der Ausstellung - Wehrmachtsbefehle, Feldpostbriefe, Prozeßaussagen - gleicht die Überprüfung von Bildern einem Kriminalfall. Die Historiker müssen mit Lupe, Zentimetermaß und Vergleichsbildern aus anderen Archiven arbeiten.

"In zwei polnischen Archiven und im Fotoarchiv des Holocaust-Museums befinden sich mindestens sieben Fotografien, die zweifelsfrei dieselbe Szene darstellen, aber aus einem anderen Blickwinkel", schreibt zum Beispiel Musial, wo es um eine strittige Ortsangabe geht. Manches - so räumen auch die Ausstellungsmacher Hannes Heer und Bernd Boll inzwischen ein - ist auf den Tafeln und im Katalog tatsächlich inkorrekt vermerkt. ...

... Den Vorwurf mangelnder Sorgfalt oder gar Manipulation will sich Heer nicht machen lassen. Man habe nur in angesehenen internationalen Archiven nach Bildmaterial recherchiert und dabei die Bildunterschriften, so wie sie waren, übernommen. Die große Mehrzahl der 801 Fotos des Katalogs seien nach wie vor unbezweifelt. Es sei aber richtig, daß ein sehr krasses Erschießungsbild aus Stari Becej ungarische Soldaten hinter der Waffe zeige - und nicht die Wehrmacht. Ein ähnlicher Fall, mit finnischen Soldaten, wurde aus der Ausstellung bereits entfernt.

... Die Wehrmacht-Ausstellung, von Anfang an umstritten, löste eine wichtige Debatte zur Vergangenheit in Deutschland aus. Selten hat es eine Wanderschau - mit der eigenwilligen Mischung von Kriegsbildern, Alltagsmomenten und Erschießungs- oder Erhängungsszenen - in dem Maße geschafft, das Schweigen zwischen den Generationen aufzubrechen. Die Ausstellungsmacher haben sich mit ihrer verdichteten These des Ostfeldzuges als "großes Verbrechen" sehr exponiert und damit Verantwortung übernommen. Jetzt aber, so scheint es, können sie ihren Kritikern wenig entgegensetzen.

Chronik einer Ausstellung

Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860 000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<

Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schrieb damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.

Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke ab (außer Landesverteidigung)!

Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Oktober 1999: >>**Allianz bestätigt Holocaust-Kompromiß**

Die Allianz will nach eigenen Angaben 150.000 Akten aus ihrem Archiv daraufhin überprüfen lassen, ob sie Ansprüche jüdischer Holocaust-Opfer aus alten Versicherungsverträgen rechtfertigen. ... Die Allianz rechnet nun damit, daß der Boykottaufruf gegen den Versicherer durch den Weltkongreß nun hinfällig wird. Es gebe entsprechende Äußerungen des Exekutivdirektors der Organisation, Elan Steinberg.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944":

>>**Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung**

Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen. Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...

Das Institut für Sozialforschung reagierte damit auf Kritik von Wissenschaftlern, vor allem auf die des polnischen Historikers Bogdan Musial. Musial hatte in den "Vierjahresheften für Zeitgeschichte" (Ausgabe IV/99) im Oktober geschrieben, daß ein in der Ausstellung gezeigtes Bild, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewe (Serbien) dokumentiert, sondern die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg.

Musial versuchte in seinem Zeitschriftenbeitrag zu beweisen, daß wenigstens neun der Fotos der Ausstellung sowjetische Verbrechen zeigen und daß das auch bei weiteren zwei Dutzend vermutet werden kann. Der Historiker sah vor diesem Hintergrund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert.

... Die Fehler müssen korrigiert werden, erklärte Reemtsma. An der Grundthese der Ausstellung, der Verantwortung der "Organisation Wehrmacht" an der Vernichtung der jüdischen und

nichtjüdischen Bevölkerung im Osten, ändere die jedoch nichts.

Wie viele der insgesamt 800 Bilder falsch betextet wurden, soll nun eingehend geprüft werden. Schon jetzt steht fest, daß etliche Bildlegenden falsch sind, wie der Freiburger Professor Wolfram Wette vom wissenschaftlichen Beirat des Vereins der Förderung der Ausstellung feststellte. Auch der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, der zum Kuratorium des Trägervereins gehört, begrüßte das "Moratorium" und räumte Fehler ein. Das ändere aber nichts an der Tatsache, daß die Wehrmacht zweifelsfrei an vielen Verbrechen beteiligt gewesen sei.

Die Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. November 1999: >>... Krenz (ehemaliger DDR-Staatsratsvorsitzender) muß eine sechseinhalbjährige Haftstrafe antreten, die ehemaligen SED-Politbüromitglieder Günter Schabowski und Günter Kleiber erhalten je drei Jahre Haft.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Revisionen der Angeklagten und der Staatsanwaltschaft verworfen. ... Der BGH nennt die drei Angeklagten "mittelbare Täter, die für die Erschießung der Flüchtlinge strafrechtlich verantwortlich" seien. ...

... Krenz selbst wird nicht müde zu beteuern, das Verhalten an der innerdeutschen Grenze sei der Souveränität der DDR entzogen gewesen. ...

Die eingeschränkte Souveränität der DDR in Grenzfragen wird vom BGH zwar zugestanden. Doch es sei der DDR möglich gewesen, humane Zustände an der Mauer zu gewährleisten. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... "Ja, wir haben Fehler gemacht."

Jan Philipp Reemtsma, der Chef des Hamburger Instituts für Sozialforschung, scheut sich nicht, es zu wiederholen. Am vergangenen Donnerstag ließ er die spektakulärste historische Ausstellung der letzten Jahre schließen: "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944".

Nachdem der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial nachgewiesen hatte, daß mehrere Fotos der von Hannes Heer geleiteten Ausstellung nicht Opfer der Wehrmacht, sondern der sowjetischen Geheimpolizei NKWD zeigen, geriet Reemtsmas Institut ins Kreuzfeuer der Kritik (siehe "ZEIT", Nr. 44). Durch ein "Moratorium" wurde der überhitzte Streit vorerst beendet; es soll dazu dienen, alle gezeigten Bilder von einem unabhängigen Gremium überprüfen zu lassen.

Zunächst hatte es nicht nach einem Einlenken ausgesehen. Mit dem Argument, daß sie die Kernaussage der Ausstellung nicht berührten, ignorierte Hannes Heer selbst seriöse Kritik. Gegen Bogdan Musial ging das Institut sogar mit juristischen Mitteln vor - und griff damit eine Grundvoraussetzung jeder Forschung an: die freie Diskussion unter Gleichberechtigten.

Die gegenwärtige Misere trifft Reemtsma an einer empfindlichen Stelle. Anders als in den Vereinigten Staaten wirkt ein Privatmann, der sich ein professionelles Forschungszentrum aufbaut, in Deutschland noch immer kurios. Das wurde bereits bei der Gründung des Hamburger Instituts für Sozialforschung vor 15 Jahren deutlich.

Eine "richtige Schnapsidee" sei das, wettete die "Welt". Der damals 31-jährige Stifter ließ sich nicht beirren. Schon 1980 verkaufte er die Mehrheitsanteile des Zigaretten-Imperiums, das er als Kind von seinem Vater geerbt hatte. Damit war der radikale Bruch mit der Familientradition vollzogen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Dezember 1999: >>... Kolmer

(Sprecher der tschechischen Regierungsdelegation) verweist ganz nüchtern auf die "besondere Rolle Deutschlands in Europa" und verlangt für seine Generation zumindest einen kleinen Ausgleich. "Haß ist ein Luxus, den wir uns nicht leisten können."

Das jüngste deutsche Angebot von 8 Milliarden Mark - 5 Milliarden will die Wirtschaft zahlen, 3 Milliarden der Staat - könne nicht das letzte Wort sein, meint Kolmer. Die Bundesrepublik habe sich vorbildlich engagiert. Als erste deutsche Regierung nach dem Krieg überhaupt habe sie die Entschädigung zum Thema gemacht und verlange nun einiges vom Steuerzahler. ... Vom "anderen, dem neuen Deutschland" müsse ein Signal ausgehen.

Außerdem könnten es sich die deutschen Firmen schlichtweg nicht leisten, wegen ihrer Knau-serigkeit bei den Entschädigungszahlungen mit Boykottaufrufen in den USA bestraft zu werden. ...

Unter 10 Milliarden Mark werde es keine Einigung mit den Opfervertretern geben, sagt Kolmer. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Dezember 1999: >>54.000 Konten von Nazi-Opfern gefunden

Bei Schweizer Banken sind rund 54.000 Konten möglicher Holocaust-Opfer gefunden worden. ... Der Wert bewegt sich etwa in der Größenordnung des Vergleichs über knapp 1,3 Milliarden US-Dollar, den die 2 Schweizer Großbanken, der Jüdische Weltkongreß und Sammelkläger in den USA abgeschlossen hatten. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den Zwangsvergleich der Schweizer Großbanken (x169/-104-116): >>... Der Jüdische Weltkongreß spielte seine immerwährende Trumpfkarte aus und grämte sich wegen des Elends "bedürftiger Holocaust-Überlebender".

"Mein Problem ist die Zeit, die abläuft", erklärte Bronfman gegenüber dem Bankenausschuß, "und ich habe all diese Holocaust-Überlebenden, die mir Sorgen machen."

Man fragt sich, weshalb der gramgefüllte Milliardär ihre Not nicht vorübergehend selbst lindern konnte. Als er einen schweizerischen Einigungsvorschlag über 250 Millionen zurückwies, schniefte Bronfman: "Keine Gefälligkeiten. Ich werde das Geld selbst geben."

Er tat es nicht. Die Schweiz willigte jedoch im Februar 1997 ein, einen "Sonderfonds für bedürftige Holocaust-Opfer" von 200 Millionen Dollar einzurichten, um "Personen, die Hilfe in besonderer Weise brauchen", eine Überbrückung zu bieten, bis die Kommissionen ihre Arbeit vollendet hätten. (Der Fonds verfügte immer noch über Geld, als die Kommissionen von Bergier und Volcker ihre Berichte vorlegten.)

Doch das Drängen der Holocaust-Industrie auf eine abschließende Regelung ließ nicht nach, sondern wurde eher noch stärker. Als die Schweiz erneut darum ersuchte, mit der Regelung zu warten, bis die Ergebnisse der Kommissionen vorlägen, ... traf sie damit weiterhin auf taube Ohren. ...

Ein weiteres Mantra (magische Formel) der Holocaust-Industrie lautet, daß es bei der Entschädigung "um Wahrheit und Gerechtigkeit geht, nicht um Geld".

"Es geht nicht um Geld", witzelten die Schweizer nun. "Es geht um mehr Geld."

Die Holocaust-Industrie heizte nicht nur die öffentliche Hysterie an, sondern koordinierte auch eine zweigleisige Strategie, um die Schweizer mit unablässigem Druck zur Unterwerfung zu zwingen: durch Sammelklagen und wirtschaftlichen Boykott.

Anfang Oktober 1996 brachten Edward Fagan und Robert Swift im Namen von Gizella Weiss Haus (ihr Vater hatte vor seinem Tod in Auschwitz davon gesprochen, daß er Geld in der Schweiz angelegt habe, doch die Banken hatten ihre Anfragen nach dem Krieg abgewiesen) und "anderen in ähnlicher Lage" die erste Sammelklage über insgesamt 20 Milliarden Dollar ein. Ein paar Wochen darauf erhob das Simon-Wiesenthal-Zentrum, das dafür die Anwälte Michael Hausfeld und Melvyn Weiss bestellte, eine zweite Sammelklage, und im Januar

1997 leitete der World Council of Orthodox Jewish Communities eine dritte in die Wege. Alle drei Klagen gingen bei Richter Edward Korman ein, einem Richter am US-Bezirksgericht in Brooklyn. ...

Die wichtigste Waffe, die man einsetzte, um den Widerstand der Schweizer zu brechen, war jedoch der wirtschaftliche Boykott. "Nun wird die Schlacht viel schmutziger", warnte im Januar 1997 Avraham Burg, Vorsitzender der Jewish Agency und Israels vorderster Kämpfer im Fall der Schweizer Banken. "Bis jetzt haben wir internationalen jüdischen Druck zurückgehalten."

Bereits im Januar 1996 hatte der WJC damit begonnen, den Boykott zu planen. ...

Im Februar 1996 schrieben Hevesi und McCall an die Schweizer Banken und drohten ihnen Sanktionen an. Im Oktober sagte Gouverneur Pataki öffentlich seine Unterstützung zu. Während der folgenden Monate brachten die örtlichen und staatlichen Regierungen in New York, New Jersey, Rhode Island und Illinois jeweils Entschließungen ein, in denen sie mit einem wirtschaftlichen Boykott drohten, bis die Schweizer Banken einknickten.

Im Mai 1997 verhängte die Stadt Los Angeles die ersten Sanktionen und zog mehrere hundert Millionen Dollar von Pensionsfonds aus einer Schweizer Bank ab. Mit Sanktionen New Yorks folgte Hevesi rasch nach. Innerhalb weniger Tage schlossen sich Kalifornien, Massachusetts und Illinois an.

"Ich will 3 Milliarden Dollar oder darüber", verkündete Bronfman im Dezember 1997, "um das alles zu beenden, die Sammelklagen, das Volcker-Verfahren und das übrige."

Indessen versuchten D'Amato und offizielle Vertreter der New Yorker Banken, die kurz zuvor gegründete Schweizerische Bankenvereinigung (ein Zusammenschluß der großen Schweizer Banken) daran zu hindern, in den USA tätig zu werden.

"Wenn die Schweizer sich weiterhin stur stellen, werde ich alle Anteilseigner der USA auffordern müssen, ihre Geschäfte mit den Schweizern auszusetzen", warnte Bronfman im März 1998. "Wir kommen an einen Punkt, wo sich das entweder von selbst erledigt, oder wir haben einen totalen Krieg."

Im April fingen die Schweizer an, dem Druck nachzugeben, widersetzten sich aber immer noch einer schmählichen Unterwerfung. (Im Verlauf des Jahres 1997 gaben die Schweizer angeblich 500 Millionen Dollar aus, um die Angriffe der Holocaust-Industrie abzuwehren.)

"Die ganze schweizerische Gesellschaft ist mit einem bösartigen Krebsgeschwür durchsetzt", lamentierte Melvyn Weiss, einer der Anwälte der Sammelklage. "Wir haben ihnen eine Chance gegeben, es mit einer starken Strahlendosis zu sehr niedrigen Kosten loszuwerden, doch sie haben das zurückgewiesen."

Im Juni legten die Schweizer Banken ein "letztes Angebot" über 600 Millionen Dollar vor. Der Chef der ADL, Abraham Foxman, zeigte sich von der Arroganz der Schweizer schockiert und konnte seinen Zorn kaum zügeln: "Dieses Angebot ist eine Beleidigung für das Andenken der Opfer, für deren überlebende Angehörige und für jene aus der jüdischen Gemeinschaft, die den Schweizern in bester Absicht die Hand reichten, um gemeinsam diese höchst schwierige Angelegenheit zu lösen."

Im Juli 1998 drohten Hevesi und McCall weitere harte Sanktionen an. New Jersey, Pennsylvania, Connecticut, Florida, Michigan und Kalifornien schlossen sich ihnen innerhalb weniger Tage an. Mitte August kapitulierten die Schweizer schließlich. In einem von Richter Korman herbeigeführten Vergleich zu den Sammelklagen willigten die Schweizer ein, 1,25 Milliarden Dollar zu zahlen. ...

"In diesem Heldenepos sind Sie ein echter Vorkämpfer gewesen", gratulierte Israels Premierminister Benjamin Netanjahu D'Amato. "Es handelt sich hier nicht nur materiell gesehen um einen Erfolg, sondern auch um einen moralischen Sieg und einen Triumph der Idee."

Der 1,25 Milliarden Dollar schwere Vergleich mit der Schweiz betraf im Grunde drei Grup-

pen - Anspruchsberechtigte für nachrichtenlose Schweizer Konten, Flüchtlinge, denen die Schweiz kein Asyl gewährt hatte, und Opfer von Zwangsarbeit, von der Schweizer profitiert hatten.

Gemessen an all der Entrüstung über die "perfiden Schweizer" ist das vergleichbare Sündenregister Amerikas in all diesen Belangen ebenso schlimm, wenn nicht schlimmer. ... Wie die Schweiz verweigerten auch die USA jüdischen Flüchtlingen, die den Nazis zu entkommen suchten, während des Zweiten Weltkriegs die Einreise. Doch die amerikanische Regierung sah sich nicht in der Lage, etwa die jüdischen Flüchtlinge, die an Bord des Unglücksschiffes St. Louis gewesen waren, zu entschädigen.

Und man stelle sich die Reaktion vor, wenn die mehreren tausend Flüchtlinge aus Mittelamerika und Haiti, denen man nach der Flucht vor den von Amerika geförderten Todesschwadronen Asyl verweigert hatte, hier um eine Entschädigung nachsuchen würden.

Obwohl die Schweiz hinsichtlich Größe und Ressourcen von den USA weit in den Schatten gestellt wird, hat sie während der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ebenso viele jüdische Flüchtlinge (annähernd 20.000) aufgenommen wie die Vereinigten Staaten.

Die einzige Möglichkeit, für die Sünden der Vergangenheit Buße zu tun, so predigten amerikanische Politiker der Schweiz, bestehe darin, materielle Wiedergutmachung zu leisten.

Stuart Eizenstat, Clintons Sonderbeauftragter für die Rückgabe von Eigentum, erachtete die Schweizer Entschädigungszahlungen an die Juden "als einen wichtigen Lackmustest für die Bereitschaft dieser Generation, die Verfehlungen der Vergangenheit zu korrigieren".

Auch wenn man sie nicht "für Dinge verantwortlich" machen könne, "die vor vielen Jahren geschehen sind", bekannte D'Amato während der gleichen Anhörung vor dem Senat, so hätten die Schweizer noch immer "die Pflicht, Rechenschaft abzulegen und das zu tun, was zu diesem Zeitpunkt richtig ist."

Präsident Clinton, der die Entschädigungsforderungen des WJC öffentlich unterstützte, überlegte gleichermaßen, daß "wir uns der schrecklichen Ungerechtigkeit der Vergangenheit stellen und sie nach besten Kräften korrigieren müssen".

"Die Geschichte kennt keine Verjährungsfrist", erklärte der Vorsitzende James Leach ... Und in einer Botschaft an das Parlament der Schweiz erklärte Außenministerin Madeleine Albright, daß die wirtschaftlichen Vorteile, die der Schweiz durch die Einbehaltung jüdischer Konten zugewachsen seien, "an die nachfolgenden Generationen weitergereicht wurden, und deshalb schaut die Welt nun auf das Volk der Schweiz ...

Durchaus edle Gefühle, doch wenn es um afrikanisch-amerikanische Entschädigungen für die Sklaverei geht, ist davon weit und breit nichts zu hören ...

Es bleibt unklar, wie die "bedürftigen Holocaust-Überlebenden" bei dem abschließenden Vergleich abschneiden werden. Gizella Weisshaus, die erste, die den Anspruch auf ein nachrichtenloses Konto in der Schweiz einklagte, hat ihren Anwalt, Edward Fagan, mit dem bitteren Vorwurf von seinen Pflichten entbunden, er würde sie benutzen. Zudem betrug die Rechnung Fagans an das Gericht 4 Millionen Dollar Anwaltsgebühren. Die Forderungen an Anwaltsgebühren insgesamt belaufen sich auf 15 Millionen Dollar, wobei viele 600 Dollar pro Stunde berechnen.

"Jüdische Gruppen und Überlebende", berichtete die New Yorker Jewish Week, "kämpfen ohne Bandagen um einen Anteil an den 1,25 Milliarden Dollar aus dem Holocaust-Vergleich mit den Schweizer Banken."

Kläger und Überlebende bestehen darauf, daß das gesamte Geld direkt an sie gehen sollte. Jüdische Organisationen verlangen jedoch ein Stück des Kuchens für sich. Greta Beer, vor dem Kongreß eine Hauptzeugin gegen die Schweizer Banken, prangerte die Anmaßung der jüdischen Organisationen an und beschwor Richter Kormans Gericht mit den Worten: "Ich möchte nicht wie ein kleines Insekt unter den Füßen zerquetscht werden."

Ungeachtet seines beflissenen Eintretens für "bedürftige Überlebende des Holocaust" will der WJC fast die Hälfte des Geldes aus der Schweiz für jüdische Organisationen und "Holocaust-Fortbildung" reservieren. Falls jüdische Organisationen, die dessen "würdig" sind, Gelder erhalten, besteht das Simon-Wiesenthal-Zentrum darauf, daß "ein Teil an jüdische Bildungszentren gehen sollte".

Während sie nach einem größeren Anteil der Beute "angeln", behaupten sowohl Organisationen der Reformer wie der Orthodoxen, die 6 Millionen Toten würden jeweils ihren Zweig des Judentums als finanziellen Nutznießer bevorzugt haben.

Nun zwang ja die Holocaust-Industrie die Schweiz zu einem Vergleich, weil Zeit angeblich der entscheidende Faktor war - "jeden Tag sterben bedürftige Holocaust-Überlebende". Sobald die Schweizer jedoch die Einigung unterzeichnet hatten, war wie durch ein Wunder alles nicht mehr so dringend. Mehr als ein Jahr nach dem Vergleich gab es noch immer keinen Verteilungsplan. Wenn schließlich festgelegt sein wird, wie das Geld aufzuteilen ist, sind wahrscheinlich all die "bedürftigen Holocaust-Überlebenden" tot. ...

"Möglicherweise ist keinerlei Einigung zu vertreten", schrieb Burt Neuborne, Juraprofessor an der New York University in der New York Times, "wenn sie es den Schweizer Banken ermöglicht, den Holocaust wie ein gewinnträchtiges Unternehmen zu nutzen."

Vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses sagte Edgar Bronfman in bewegenden Worten aus, daß den Schweizern "nicht erlaubt werden sollte, aus der Asche des Holocaust Gewinn zu ziehen". Andererseits räumte Bronfman kürzlich ein, daß der Schatzmeister des WJC nicht weniger als "grob geschätzt 7 Milliarden Dollar" Entschädigungsgelder angehäuft habe.

Die unabhängige Expertenkommission ("Bergier-Kommission") veröffentlichte ihren Bericht "Die Schweiz und Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg" im Juli 1998. Darin wurde bestätigt, daß die Schweizer Banken Gold im heutigen Wert von 4 Milliarden Dollar aus Nazi-Deutschland bezogen hatten, wobei ihnen bekannt war, daß dafür die Zentralbanken im besetzten Europa geplündert worden waren.

Während der Anhörungen auf dem Capitol Hill zeigten sich Kongreßabgeordnete schockiert, daß die Schweizer Banken mit erbeutetem Besitz gehandelt hatten und, was fast noch schlimmer war, diese ungeheuerlichen Praktiken noch immer zuließen.

Ein Abgeordneter prangerte an, daß korrupte Politiker ihre unrechtmäßig erworbenen Gewinne in Schweizer Banken deponierten, und forderte die Schweiz auf, endlich Gesetze gegen "diese geheimen Geldbewegungen ... von bekannten Politikern oder Staatsführern, von Leuten, die ihre Staatsfinanzen plündern," zu erlassen.

Ein anderer Abgeordneter klagte über die "Zahl der hochgradig korrupten Regierungsbeamten und Geschäftsleute in aller Welt, die in der Schweiz einen Zufluchtsort für ihren erheblichen Reichtum gefunden haben," ein dritter fragte sich laut, ob "das schweizerische Bankensystem den Ganoven dieser Generation und den Ländern, die von ihnen vertreten werden, in ... ähnlicher Weise entgegenkommt, wie es dem Naziregime vor 55 Jahren eine Zuflucht geboten hat?"

Dieses Problem verdient wahrhaftig Beachtung. Jährlich werden etwa 100-200 Milliarden Dollar, die aus politischer Korruption stammen, weltweit über Grenzen verschoben und in Privatbanken deponiert. Die Vorwürfe des Kongreß-Bankenausschusses hätten jedoch mehr Gewicht gehabt, wenn nicht gut die Hälfte dieses "illegalen Fluchtkapitals" mit uneingeschränkter Billigung der Gesetze der USA in amerikanischen Banken deponiert würde.

Zu den Nutznießern dieser legalen "Zuflucht" in den USA gehört seit kurzem auch Raul Salinas de Gortari, der Bruder des früheren mexikanischen Präsidenten, und die Familie des ehemaligen nigerianischen Diktators Generals Sani Abacha.

"Das Beutegold des Adolf Hitler und seiner Schergen", meint Jean Ziegler, ein Schweizer Par-

lamentarier und scharfer Kritiker der Schweizer Banken, "ist nicht wesensverschieden vom Blutgeld" der Diktatoren aus der Dritten Welt, das nun auf privaten Schweizer Konten lagert. "Millionen von Frauen, Männern und Kindern sind durch Hitlers Räuber in den Tod getrieben worden", und in der Dritten Welt "(sterben) alljährlich Hunderttausende von Kindern an ... Seuchen und Unternährung", weil Diktatoren mit Hilfe von Schweizer Finanzhaien ihre Länder ausplündern". Und mit Hilfe der amerikanischen Finanzhaie ebenso.

Dabei lasse ich den sogar noch wichtigeren Aspekt einmal beiseite, daß viele dieser Diktatoren mit der Macht der USA eingesetzt und durch sie unterstützt werden und ihre Länder mit Billigung der Vereinigten Staaten ausplündern. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Dezember 1999: >>... Anwälte in den USA haben nun auch Unternehmen in Japan auf Entschädigungszahlungen für ehemalige Zwangsarbeiter verklagt. ...

Die Klagen wurden für ehemalige Kriegsgefangene und Bürger ... aus Großbritannien, China und Australien eingereicht. ...

Die Regierung von Ministerpräsident Keizo Obuchi teilte mit, daß nach ihrer Einschätzung die Ansprüche der Opfer bereits vor 48 Jahren durch das Friedensabkommen von San Francisco geregelt wurden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Dezember 1999: >>**Schweiz spielte den Nazis in die Hände**

Die Schweiz hat nach Darstellung einer internationalen Historiker-Kommission im Zweiten Weltkrieg vor allem jüdische Flüchtlinge der Ermordung durch die Nazis preisgegeben. ...

Der Bericht für das Parlament in Bern fällt ein vernichtendes Urteil: "Die Schweiz verweigerte Menschen in höchster Lebensgefahr die Hilfe. Eine am Gebot der Menschlichkeit orientierte Politik hätte viele tausend Flüchtlinge vor der Ermordung durch die Nationalsozialisten und ihrer Gehilfen bewahrt", heißt es in der am Freitag in Bern vorgestellten Untersuchung.

Das internationale Expertengremium unter dem Vorsitz des Schweizer Jean-Francois Bergier streicht in seinem 360-seitigen Bericht zwei Entscheide als besonders verhängnisvoll heraus: Die Einführung des sogenannten Judenstempels im Jahre 1938 und die Schließung der Grenzen im August 1942.

"Ohne die Einführung des Judenstempels wäre es vielen möglich gewesen, über die Schweiz oder andere Staaten der Verfolgung zu entkommen." Mit der Verwendung des Judenstempels habe die Schweiz rassistische Kriterien Deutschlands übernommen.

Auch die Grenzschießung wird scharf kritisiert. "Indem die Schweizer Behörden zusätzliche Hindernisse schufen, trugen sie dazu bei, daß das NS-Regime seine Ziele erreichen konnte." Die Ablehnung der Flüchtlinge sei durch eine antisemitische Grundhaltung motiviert gewesen, sagte Bergier.

Die Schweizer Regierung erklärte, die Fehler der damaligen Flüchtlingspolitik seien durch nichts wieder gut zu machen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Dezember 1999: >>**Geklagt wird, wo was zu holen ist**

Die Anwälte der Zwangsarbeiter – raffgierige Experten der "Sammelklagenindustrie"?

8 Milliarden Mark wollen die deutsche Industrie und die Bundesregierung zur Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter der Nazi-Zeit bereitstellen. Als "schäbiges Almosen" haben amerikanische Anwälte das deutsche Angebot zurückgewiesen. Wer sind diese Anwälte, für wen sprechen sie, was treibt sie um?

Die bekanntesten heißen Michael Hausfeld, Melvyn Weiss und Ed Fagan. Sie sind nicht gut aufeinander zu sprechen. Sie sind Konkurrenten. Jeder macht für sich geltend, als erster den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen als Rechtfertigung von Sammelklagen vor US-amerikanischen Gerichten entdeckt zu haben. Das kam der Entdeckung einer Goldader gleich,

schrieb der Journalist David Rohde in der "New York Times". Inzwischen haben Hausfeld, Weiss und Fagan eine zügig wachsende Zahl von Nachahmern gefunden.

Sammelklagen zu erheben, im Namen einer zunächst unbekannten Anzahl potentiell Geschädigter, gegen Unternehmen, die gut verdienen und auf ihr Image bedacht sein müssen, ist der mit Abstand profitabelste Zweig des profitablen amerikanischen Rechtswesens. Geklagt wird, wo etwas zu holen ist. Vorgestern bei Asbest, gestern bei Tabakkonzernen und schweizerischen Banken, heute bei der Waffenindustrie und deutschen Unternehmen mit dunkler Vergangenheit.....

Sammelklagen ... können eine Form legalisierter Erpressung sein. Das Magazin "Fortune" schrieb: "Die Anwälte der Kläger sind nicht an Beweisen interessiert, sondern nur an Zahlen." Walter Olson vom "Manhattan Institut" spricht von der Existenz einer "Sammelklagenindustrie".

Deren Existenz hat dazu beigetragen, daß die Berufsgruppe der Anwälte in den USA Umfragen zufolge einen noch schlechteren Ruf hat als die der Journalisten. Noch negativer bewertet werden nur Versicherungsagenten und Autoverkäufer. ...

Die Opfer spielen in den Sammelklagen zumeist eine untergeordnete Rolle und werden selten reich. Sie werden aber gebraucht, um in Pressekonferenzen oder, sollte es zum Verfahren kommen, vor einer leicht zu beeindruckenden Laienjury ihr hartes Schicksal möglichst eindrucksvoll zu schildern. Zur Vorbereitung heuern geschickte Anwälte erfahrene PR-Berater und Schauspieler an.

... Die Anwälte arbeiten auf der Basis einer Gewinnbeteiligung. Üblich sind rund 20 bis 40 %.

...

In den USA kommt es nur in etwa jeder 50. Schadensersatzklage zum Prozeß. Viele Klagen werden abgewiesen. Der Ermessensspielraum von Richtern ist groß. Rund 80 Prozent aller Klagen enden in einer außergerichtlichen Einigung. Prozesse sind langwierig und bringen Schlagzeilen, die sich viele Unternehmen glauben nicht leisten zu können.

Im Sommer 1998 brachten Fagan, Weiss und Hausfeld fast gleichzeitig Klagen im Namen von ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern gegen deutsche Unternehmen ein, vor verschiedenen US-Gerichten.

Fagan reklamierte für sich, der Erste gewesen zu sein: "Wir haben Nachahmer. Nachahmer zu finden, ist die höchste Form der Schmeichelei." Fagan suchte sich seine Mandanten, indem er Anzeigen in polnischen Zeitungen aufgab.

Anwälte finanzierten auch jene großformatigen Anzeigen, die im Namen renommierter jüdisch-amerikanischer Organisationen pünktlich zum Zeitpunkt der vorletzten Verhandlungsrunde in der "New York Times" erschienen. Sie prangerten BASF, Bayer, BMW, VW und andere an, an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern "Billionen" verdient zu haben und ihre Opfer jetzt, und nur unter dem Druck der Klagen, "mit Pennys" abspeisen zu wollen. In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Anzeigen stark beachtet. Fagan und Co. beherrschten die Klaviatur der Public Relations.

... Konkurrenten behaupten, Fagan habe seine Mandanten Verträge unterschreiben lassen, denen zufolge ihm 25 Prozent der ausgehandelten Entschädigungssumme zustünden.

Weiss und Hausfeld haben gegenüber Journalisten mehrfach behauptet, in diesem Fall auf Honorare zu verzichten. Bei anderen Gelegenheiten sprachen sie von "zwei bis drei" oder fünf Prozent. Zwei Prozent von den angebotenen acht Milliarden Mark wären 160 Millionen Mark. Fagan rät, Anwälten nicht zu glauben, die behaupten, umsonst tätig zu werden. Er kenne seine Kollegen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Dezember 1999: >>"Eingliederung wird schmerzhaft"

Innenminister Bartling ruft Aussiedler im Lager Friedland zum Deutschlernen auf

... Bestes Rezept für eine erfolgreiche Integration sei das Erlernen der deutschen Sprache. Während 1990 fast 400.000 Spätaussiedler in Deutschland eintrafen, seien es in diesem Jahr erstmals weniger als 100.000 Deutschstämmige, teilte Bartling mit. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Dezember 1999: >>**Schröder und Clinton einig über Entschädigung**

... Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton haben sich im Streit um die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern auf eine Lösung verständigt. ... Schröder sagte in Berlin, er habe mit Clinton unter anderem die Größenordnung des Entschädigungsfonds geklärt. ...

Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:

"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...

Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.

Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden. Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...

Bayerns Staatskanzleichef Erwin Huber (CSU) wies die Forderung nach einer Beteiligung der Länder zurück: "Es gibt keine rechtliche, keine politische und keine moralische Verpflichtung der Länder und Kommunen, sich an dieser Finanzierung einer eindeutigen Bundesaufgabe zu beteiligen. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.06.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x028/79) = Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage, Seite 79.

x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x096	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Das Jahrbuch Nr. 1. Aktuell 2000. Das Lexikon der Gegenwart von A-Z. 16. Auflage. Dortmund 1999.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Menschen wie wir ...</u> Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfälle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.-com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/-index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.

x858	http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/ - Oktober 2015.
x861	http://horst-koch.de/diktatur-europa/ - Januar 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x904	https://de.wikipedia.org/wiki/Denkmal_f%C3%BCr_die_ermordeten_Juden_Europas – März 2019
x922	https://de.wikipedia.org/wiki/Benjamin_Freedman - April 2019